Krieg Irak/ Iran

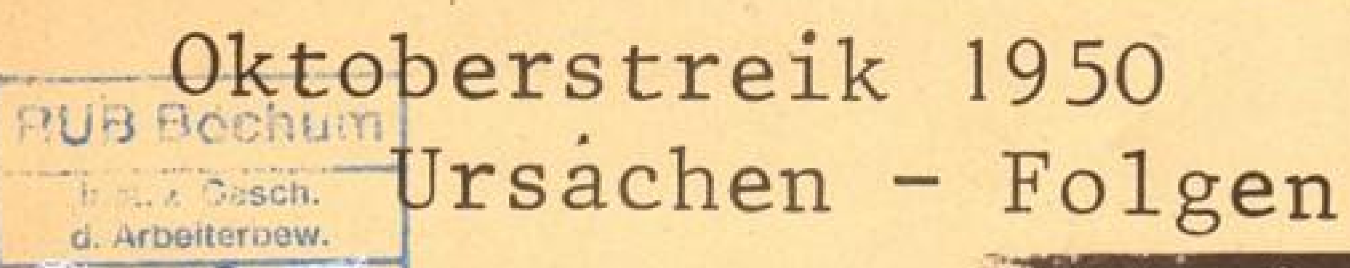
Seite 14

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis: 8,— (für Studenten, Schüler, Lehrlinge, Soldaten, Pensionisten: 4.—) Redaktion: 1020 Wien, Krummbaumgasse 1/2, Tel.: 0222/35 21 76 Vertrieb: 1020 Wien, Krummbaumgasse 1/2, Tel.: 0222/33 59 174 Nr. 18/Oktober 1980



Oktoberstreik 1950 Ursachen - Folgen



Der sogenannte Oktober-Streik von 1950 hat heuer seinen 30. Jahrestag. Deswegen nimmt er eine gewisse Stellung in den Massenmedien ein, um ihn auch denjenigen, die ihn noch nicht im Arbeitsleben stehend miterlebten, einerseits als "warnendes Zeichen" an die Wand zu malen, andererseits auch heute "Unverbesserliche" auf die sozialpartnerschaftliche Politik des bürgerlichen Staates und der Gewerkschaftsführung nachdrücklich einzuschwören.

Artikel S. 18 - 21

POLEN

Doch jetzt geht es erst richtig los. Es geht jetzt ums Ganze (Lech Walesa).

Seite 16

KV-Lohnraub:

Metall: 6,2%
Privatangestellte: 5,9% . 630,- mindestens

Seite 3/7

Warum der 10. Oktober kein Grund zum Feiern ist

Seite 4

"Zweisprachig in die 80er Jahre" war das Motto der heurigen Veranstaltung der Oktoberarena/Oktobrski Tabor, die am 11. Oktober zum vierten Mal in Klagenfurt/Celovec stattfand.
Wie schon in den vergangenen Jahren blieb es dieser, von den slowenischen Zentralorganisationen unterstützten Veranstaltung vorbehalten, die Rechte der nationalen Minderheiten und ein gleichberechtigtes Zusammenleben der slowenisch-und deutschsprechenden Massen in Österreich zu propagieren.
Die offiziellen Feiern des Landes Kärnten waren auch am 60. Jahrestag der Volksabstimmung wieder ein Abklatsch des Chauvinismus und des Deutschnationalismus sattsam bekannter Spielart. Das Geschwätz von "Versöhnung" konnte schon deshalb nicht ernst genommen werden, weil es die Landespolitiker nicht der Mühe Wert gefunden hatten, die slowenische Sprache der Minderheit als gleichberechtigte Sprache bei den offiziellen Feiern zuzulassen.
So blieb die Oktoberarena/Oktobrski Tabor die einzige Veranstaltung, bei der das Slowenische neben dem Deutschen seinen gleichberechtigten Platz hatte.
Besonders erfreulich an der heurigen Veranstaltung war die gestiegene Beteiligung gegenüber dem Vorjahr, sowohl was die teilnehmenden Künstler als auch was die Zahl der Teilnehmer insgesamt betrifft.
Mehr als in den vergangenen Jahren, in denen der künstlerische Teil fast überwiegend von den "Schmetterlingen" bestritten wurde, nahmen heuer eine Reihe von namhaften Künstlern teil: neben den "Schmetterlingen" der slowenische Chor "Danica", der slowenische Sänger Andrej Šifrer, "Auflauf", Sigi Maron, Georg Danzer, Peter Turrini, André Heller, um nur einige zu nennen. Auch die Zahl der teilnehmenden Menschen war entsprechend größer: den 1.000 Teilnehmern 1979 standen heuer über 2.500 gegenüber.

OKTOBERARENA OKTOBRSKI TABOR

Besonders die letzte Tatsache ist sehr erfreulich. Zeigt sie doch, daß die Zahl jener, die heute bereit sind, die Bewegung für die Rechte der Minderheiten zu unterstützen im Wachsen begriffen ist. Sie zeigt auch, daß sie stärkeres Gewicht innerhalb Kärntens gewonnen hat und daß sie den Chauvinismus immer mehr unter Druck bringt.
Andrerseits konnte die diesjährige Veranstaltung die derzeitigen Schwächen der Bewegung nicht verbergen. Wenn zum Beispiel in den Programmen der verschiedenen Künstler kaum Beiträge zu finden waren, die aktuellen Bezug auf die derzeitige Lage der Bewegung nahmen - im Gegensatz zu früheren Jahren - so steht dahinter ein wirkliches Problem: die Bewegung für die Rechte der Minderheiten befindet sich derzeit eher in einer Phase der Sammlung der Kräfte denn des offenen Kampfes, der mit künstlerischen Beiträgen zu unterstützen wäre. Auch war an der sozialen Zusammensetzung der Teilnehmer eines nicht zu übersehen: Es ist bisher kaum gelungen, den Gedanken der Rechte der Minderheiten in die Organisationen der Arbeiterbewegung, v.a. in die Gewerkschaft zu tragen.
Diese Probleme müssen gelöst werden, sollen die 80er Jahre wirklich ein Jahrzehnt eines erfolgreichen Kampfes für die Zweisprachigkeit werden. Die diesjährige Oktoberarena hat gezeigt, daß es dafür gute Voraussetzungen gibt. Wenn die Schwächen beseitigt werden können, wird man in 10 Jahren einem neuen Oktober einen guten Schritt näher sein: einem Oktober der Gleichberechtigung und des demokratischen Zusammenlebens aller Volksgruppen. (Z-wik)

KOMMENTAR

"ZEHN GEBOTE" STATT DEMOKRATISCHER KONTROLLE?

Es kommt anscheinend wieder in Mode, "Zehn Gebote" zu verkündigen. Die offensichtlichen Verflechtungen und Bestechungen zwischen Politikern und Beamten auf der einen und verschiedenen Firmen auf der anderen Seite hat alle bürgerlichen Parteien auf den Plan gerufen. Während die ÖVP in einer Kampagne die "Politikerverantwortung" breittritt, haben es sowohl Kreisky als auch FP-Steger für notwendig befunden, Forderungen an die politische "Moral" in "Zehn Gebote" zu fassen.

Der Anlaß ist mittlerweile berüchtigt: Im Zuge des AKH-Bestechungsskandals wurde in den vergangenen Monaten einiges von jenem Schlamm aufgewühlt, in dem offensichtlich alle bürgerlichen Parteien stecken, soweit es um die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an private Kapitalisten geht.

Daß diese Entwicklung in der Bevölkerung das offene Mißtrauen gegen die bürgerlichen Politiker und politischen Funktionäre verstärkt hat, bedarf keines besonderen Beweises. Dieses Mißtrauen zumindest ein wenig aufzufangen - und so nebenbei parteipolitisches Kapital aus dem "Kampf gegen die Korruption" zu schlagen - ist dabei ein wichtiger Gesichtspunkt der Entrüstung Kreiskys über die "Schlangengrube" bzw. der Saubermännerei eines Steger. In Wirklichkeit steckt hinter all diesen Polemiken ein großes Problem, mit dem die herrschende Monopolbourgeoisie heute zu kämpfen hat. Und nicht nur in Österreich, wie z.B. der Lockheed-Skandal vor wenigen Jahren bewiesen hat.

Mit zunehmender Konzentration der imperialistischen Monopole ist auch die wirtschaftliche Bedeutung des bürgerlichen Staatsapparats und seine Verflechtung mit den großen Wirtschaftsgiganten gestiegen. In Österreich drückt sich das nicht nur in der dominierenden Bedeutung der verstaatlichten Industrie und der verstaatlichten Banken in der österreichischen Wirtschaft aus, sondern auch darin, daß in diesem Land kaum ein größerer Kapitalist existieren und Profite machen kann, wenn er sich nicht an der Vielzahl der öffentlichen Großprojekte - vom Straßenbau bis zum AKW, von der U-Bahn bis zum AKH - beteiligt. Die Tatsache, daß diese Großprojekte in der Regel nur durch den Einsatz modernster Produktionsmittel bewältigt werden können, die ihrerseits wieder große Kapitalmengen voraussetzen, reduziert den Kreis jener Firmen, die sich an solchen öffentlichen Ausschreibungen überhaupt beteiligen können, auf einige wenige. Liest man die Namen der Kapitalisten, die sich an den verschiedenen Projekten beteiligen, wird man daher immer auf dieselben stoßen.

Das Problem wird zusätzlich dadurch verschärft, daß viele dieser Firmen direkt oder indirekt unter staatlicher Kontrolle stehen und damit in den Händen jener politischen Parteien, die in Bund oder Länder über die Vergabe der Aufträge formell entscheiden. Man braucht sich nur die Listen der Aufsichtsräte der verstaatlichten Industrien und Banken, der verschiedenen Elektrizitätsgesellschaften der Länder und auch solcher Kapitalgesellschaften, die in "privater" Hand sind, anzusehen - man wird immer die gleichen Namen finden. Man braucht sich nur die Mitgliederliste des mittlerweile berüchtigten "Klubs 45" anzusehen, um zu verstehen, daß sich die Kreise der (möglichen) Bestochenen und der (möglichen) Bestecher weit mehr decken, als man uns gemeinhin weismachen will. Die Verflechtung von Kapital und Politik ist kein Zufall, sie hat System.

Daran können weder die moralische Entrüstung Kreiskys, der als Bundeskanzler der regierenden Partei des Monopolkapitals immerhin an der Spitze dieses politischen Systems steht, noch seine inhaltlichen Vorschläge etwas ändern. Die öffentliche Ausschreibung von staatlichen Großprojekten könnte vielleicht in dem einen oder anderen Fall verhindern, daß sich einzelne imperialistische Monopole an den Steuergeldern der Massen noch mehr bereichern, als sie es ohnehin schon tun. Und auch eine schärfere gerichtliche Verfolgung von Bestechungsaffären würde bestenfalls dazu führen, daß lediglich einige politische Funktionäre aus dem Verkehr gezogen werden, die sich zu sehr an den öffentlichen Aufträgen bereichern. Es wird auch niemand so naiv sein anzunehmen, daß die Kontrolle von Politikern über Politiker, wie sie Kreisky vorschlägt, auch nur in einem Fall verhindern kann, daß sich dieselben Politiker gegenseitig die Aufträge zuschieben und ihre Machenschaft noch obendrein vor den Volksmassen verschleiern. Am verfaulten System des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Tatsache, daß in jedem Fall die Volksmassen die Rechnung mit ihren Steuern begleichen müssen, ändert keines der "Zehn Gebote" etwas.

Die einzige, weil demokratische, Lösung für die Trockenlegung dieses Sumpfes kann nur darin liegen, daß jene, die über die Entscheidungsgewalt verfügen, von den Volksmassen selbst kontrolliert werden: daß sie als Beamte von den Volksmassen selbst gewählt und abgewählt werden können; daß sie als Abgeordnete zur Rechenschaft gezogen werden können, d.h. auch abgewählt werden können; daß sie nicht mehr bezahlt bekommen als die große Masse der Bevölkerung. Kurz gesagt, daß die politische Macht im Staat jenen entzogen wird, die heute über die wirtschaftliche Macht in der Gesellschaft verfügen: der Kapitalistenklasse. Die neuen "Zehn Gebote" helfen dabei genausowenig, wie die alten geholfen haben.

(Z-wik)

Noch lange kein Schlußstrich

Beim letzten großen 10.Oktober-Aufmarsch der Chauvinisten im Jahre 1970 hat der Kärntner Heimatdienst verkündet, die Geschichte habe in Kärnten noch keinen Schlußstrich gezogen und würde dies erst tun, wenn eines der beiden Völker nicht mehr besteht.

Mit jener deutschnationalen Orgie am 10. Oktober 1970 begann für die Kärntner Slowenen, aber auch für ihre Unterdrücker das zweifellos turbulenteste Jahrzehnt der Nachkriegsgeschichte.

Die slowenische Jugend begann in jenem Herbst mit ihren Ortstafelbeschriftungsaktionen, um auf die unerfüllten Rechte aufmerksam zu machen. Die ganze slowenische Volksgruppe unterstützte nach anfänglichem Unbehagen ihrer Führung diese Aktionen, die ein neues "nationales Erwachen" einleiteten. Regierung und Landesregierung mußten was tun, sollte diese Bewegung nicht noch stärker werden. Ein Ortsatafelgesetz wurde beschlossen und 36 zweisprachige Ortstafeln aufgestellt.

Natürlich war das bei weitem nicht eine Erfüllung der Bestimmungen des Staatsvertrages, aber der offenen deutschnationalen und faschistischen Reaktion um den Heimatdienst herum war auch das zu viel. 1972 folgte der Ortstafelsturm. Deutschnationale Horden, teils besoffen und einer lückenlosen Blindheit von seiten der Exekutive teilhaft zogen durchs Land und rissen alles aus, was zweisprachig war. Kreisky und der dann bald abgesägte LH Sima wurden bei Veranstaltungen mit faulen Eiern und Tomaten begrüßt. Das wirkte, denn die SPÖ sah die schönen und wichtigen Wahlstimmen der Chauvinisten und der von ihnen beeinflußten Kärntner die Drau hinunterschwimmen, sollte nicht schnell etwas geschehen. Und es geschah. Sima wurde zum Sündenbock gestempelt, für alles verantwortlich gemacht und kalt abgeschossen. Wagner wurde als neuer starker Mann auf die Spitze gehievt, gab viele nationale Töne, die ein Heimatdienstlerherz erfreuen, von sich und trat laut und im deutschen Sinn gegen die Slowenen auf, die sich mit der Diskriminierung noch immer nicht abfinden wollten. Wagner gewann die deutschnationalen Stimmen, von denen die SPÖ bei einer Gemeinderatswahl bedrohlich viele verloren hatte, bei der Landtagswahl 1973 wieder zurück - mit dem Versprechen, nun doch die Minderheitenfeststellung durchzuführen, welche die SPÖ bisher offiziell immer abgelehnt hatte.

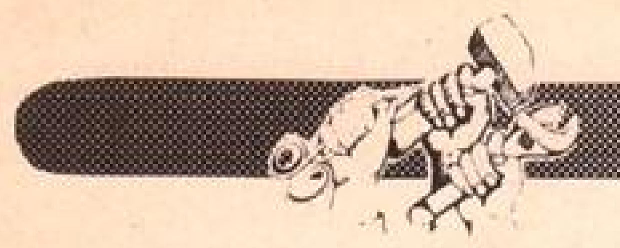
Es begann ein Wettrennen, welche Partei wohl die "kärntnerischeste" und slowenenfeindlichste in ihrem Auftreten und bei der Vorbereitung der Minderheitenfeststellung ist. Schließlich aber einigten sich alle drei, und 1976 wurde die Zählung durchgeführt.

Der Erfolg für die Regierung war nicht voll, denn die Minderheiten boykottierten die Zählung. Die Ergebnisse waren unbrauchbar, aber die Regierung hatte die Zählung jedenfalls durchführen können. So erreichten auch die Minderheiten ihr Ziel nicht voll - die Verhinderung der Minderheitenfeststellung und die Verwirklichung ihrer Rechte. Denn das, was nach dem Volksgruppengesetz "erfüllt" wurde, ist in Wirklichkeit eine Verschlechterung der Situation.

Also hat keine der beiden Seiten ihre Ziele voll erreichen können. Doch haben die Slowenen etwas erreicht, was eine der Voraussetzungen ist, daß sie ihre Rechte eines Tages doch erkämpfen werden: In ganz Österreich ist eine Bewegung für die Minderheitenrechte entstanden, die viele Menschen erkennen ließ, was in Kärnten vor sich geht. Die Parteien und die Regierung können nicht mehr tun und lassen mit den Volksgruppen, was ihnen beliebt, ohne daß es dagegen Protest und Widerstand gibt - bis tief in die Reihen der Regierungspartei. Diese Bewegung ist natürlich noch nicht sehr gefestigt und schwankt, besonders in Zeiten ohne größere Repressalien und Gewaltakte gegen die Minderheiten und in Perioden ohne bedeutendere Aktivitäten der Betroffenen. Aber sie existiert und kann jederzeit reaktiviert werden, wenn sich bestimmte Entwicklungen wieder offener stellen werden.

In Kärnten selber gewinnt diese Bewegung in Form der Oktoberarena/Oktobrski tabor auch jetzt schon immer stärkeres Gewicht und beginnt den Chauvinisten aller Lager merklich die Nervosität in die Knochen zu treiben. Früher oder später wird sie am berüchtigten "Kärntner Klima" einiges ändern und ein Klima der Zweisprachigkeit, der Gleichberechtigung und Abschaffung verknöcherter Feindbilder entstehen lassen. Das ist sehr günstig - v.a. für den Kampf und Zusammenschluß der Arbeiterklasse für ihre sozialen, wirtschaftlichen und politischen Interessen. Wenn auch die nationale Gleichberechtigung erst in einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung voll verwirklicht werden kann, so kann auch der Sozialismus nicht erreicht werden ohne Kampf um nationale Gleichberechtigung bereits heute.

Der Dreiparteienpakt funktioniert zwar noch immer gut. Aber der Schlußstrich ist noch lange nicht gezogen - im Gegenteil. *(ksch)*



GEWERKSCHAFTLICHER KAMPF

KV-Abschluß Metallarbeiter

Kapitalisten gelingt neuerlicher Lohnraubabschluß

Ab 1. Oktober ist der neue Kollektivvertrag für die Metallarbeiter in Kraft. Wichtigstes Ergebnis dabei war der Abschluß mit 6,2% erhöhung der Ist-Löhne. Die von der Gewerkschaft anfänglich aufgestellte Forderung nach einem Mindestbetrag wurde im Laufe der Verhandlungen sang- und klanglas fallengelassen.

Als dann zwei Wochen später die Angestelltengewerkschaft mit - allerdings nur - 5,9% Istgehaltserhöhung und einem Mindestbetrag1) von S 63o,- abschloß, kam ein kurioses Beispiel trauriger gewerkschaftlicher Lohnpolitik ins Rollen: Die Metallarbeitergewerkschaftsführung hatte - offenbar gegen eine Zusicherung der Unternehmer, daß sie auch der GPA bei deren Mindestbetragsverlangen auf keinen Fall nachkommen werden - sofort von ihrer (ohnehin bei ihr nicht sonderlich beliebten, aber doch von etlichen "Basis"-Gremien geforderten) Mindestbetragsforderung Abstand genommen. Nun dieser Verrat der Unternehmer! Wo doch die Gewerkschaft Metall - Bergbau - Energie so brav "gesamtwirtschaftlich" und "sozialpartnerschaftlich"-verantwortlich gehandelt habe!

Zwar ist bekannt, daß sich seit einigen Jahren eher die Rivalität als die Zusammenarbeit zwischen Metallarbeiter- und Angestelltengewerkschaft entwickelt, weil die Gewerkschaft M-B-E vehement - allerdings mehr aus machtpolitischen denn aus "Einheits"gründen - für das Industriegruppenprinzip eintritt: was zumindest einmal die Auflösung der Sektion Industrie und Gewerbe in der GPA bedeuten und aus der Gewerkschaft M-B-E wieder die mitgliederstärkste machen würde.

Die GPA wiederum sieht sich veranlaßt, ihre Existenzberechtigung zu beweisen und ihre "Stärke" auszuspielen. Daher auch ihr betont kampfbereites Vorgehen in Bezug auf die Durchsetzung des Mindestbetrages (mit dem allerdings die Kollegen mit einem Gehalt von über ca. S 10.500,- brutto bei ihrer mageren, aber als solidarisch bezeichneten 5,9%-Erhöhung nicht gerade glücklich sind).

Am 11.10. hat nun das gewerkschaftliche Verhandlungskomitee der Metallarbeiter die Wiederaufnahme der Verhandlungen, und zwar über einen Mindestbetrag von S 610,-, von den Unternehmern verlangt. Ob diese dem auch nachkommen werden, war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

Nun steht es mit dieser Lohnrunde zumindest wieder 1:1 zwischen diesen beiden Gewerkschaften, wenn nicht 2:1 für die GPA. Sicher ist allerdings, daß es 1:0 für die Unternehmer steht. Einmal davon abgesehen, wirkt der nunmehr geforderte Mindestbetrag bis zu einem Bruttolohn von S 9.840,-; die in den letzten 13 Monaten aufgelaufene Indexsteigerung von 7,1% wird durch den Mindestbetrag nur bis zu einem Lohn von rund 8.200,- S abgegolten; alle anderen Lohngruppen haben offen einen Reallohnverlust (abgesehen von der gesteigerten Produktivität) zu tragen.

Was bedeuten nun diese 6,2%? Geht man nach den verschiedenen bürgerlichen Zeitungen, so steht dort nur Lob für die "realistischen" und "vernünftigen" Metallarbeiter drinnen. Geht man aber von den Steuern, Preisen, der gesteigerten Ausbeutung aus, davon also, wovon die Arbeiter ausgehen müssen, so sieht die Sache ganz anders aus: AUCH WENN MAN ALLE INNERBETRIEBLICHEN LOHNERHÖHUNGEN SEIT DEM LETZTEN ABSCHLUSS MITEINBEZIEHT, KOMMT UNTER DEM STRICH REAL WENIGER HERAUS. Das zeigen die folgenden zwei Tabellen: 2)

(Siehe die beiden Tabellen links unten)

Zieht man bei den Netto-Löhnen noch die innerbetrieblichen Lohnerhöhungen bis April 1980 ab, so sinkt der Prozentsatz der kollektivvertraglichen Erhöhungen noch weiter:

LG 1	5,1%
LG 2	5,0%
LG 3	5,0%
LG 4	5,3%
LG 5	5,3%
LG 6	5,1%
LG 7	5,1%

Rechnet man die seit September 1979 aufgel fenen Preissteigerungen (7,1% bis 1. Oktober 1980) brutto und netto auf den Kollektivvertragsabschluß auf, ergibt s h eine eindeutige Senkung der Reallöhne:

Reallohnveränderung nur durch Lohnrunde

LG	brutto	netto
1	- 1,1%	- 2,2%
2	- 1,1%	- 2,3%
3	- 1,1%	- 2,3%
4	- 1,1%	- 2,0%
5	- 1,1%	- 2,1%
6	- 1,1%	- 2,2%
7	- 1,1%	- 2,2%

Auch die Hinzurechnung der innerbetrieblichen Lohnerhöhungen seit dem letzten Abschluß macht das Bild nicht besonders besser:

Reallohnveränderung durch Lohnrunde und Innerbetriebliche Lohnerhöhung

LG	brutto	netto
1	0,0%	- 1,8%
2	- 0,4%	- 2,3%
3	0,0%	- 1,9%
4	- 0,2%	- 1,8%
5	+ 0,9%	- 0,7%
6	- 0,1%	- 1,9%
7	+ 0,4%	- 1,6%

Die Gewerkschaftsführung hat, nachdem sie den Kapitalisten kampflos einen neuerlichen Reallohnabbau ermöglicht hat, wieder - wie in den letzten Jahren auch - die Notwendigkeit innerbetrieblicher "Zuschläge" angedeutet. Daß sie dabei, wie es die Erfahrung praktisch aller Belegschaften, die

Fortsetzung Seite 7

Steigerung der Brutto-Löhne (alle metallverarbeitenden Branchen zusammen) 9/79 - 10/80:

Lohngruppe	brutto 9/79	brutto 4/80	brutto 10/8o	Steigerung 9/79 bis 10/80 absolut	in %
1	12.365,80	12.493,30	13.267,88	902,08	7,3
2	11.301,60	11.373,--	12,078,13	776,53	6,9
3	10.373,40	10.485,60	11.135,71	762,31	7,3
4	9.790,30	9.873,40	10.485,76	695,46	7,1
5	9.280,30	9.472,40	10.059,69	779,39	8,4
6	8.165,10	8.239,90	8.750,77	585,67	7,2
7	7.582,--	7.689,10	8.165,82	583,82	7,7

Steigerung der Netto-Löhne (alle metallverarbeitenden Branchen zusammen) 9/79 - 10/80:
(ohne Alleinverdiener-Absetzbetrag)

Lohngruppe	netto 9/79	netto 4/80	netto 10/80	Steigerung 9/79 bis 10/80 absolut	in %
1	8.586,90	8.619,80	9.061,30	474,70	5,5
2	7.979,--	7.980,50	8.382,20	403,20	5,1
3	7.439,10	7.471,--	7.844,70	405,60	5,5
4	7.080,30	7.095,20	7.471,10	390,80	5,5
5	6.765,30	6.849,60	7.209,10	443,80	6,6
6	6.079,60	6.095,40	6.408,50	328,90	5,4
7	5.720,70	5.757,60	6.048,70	328,--	5,7

1) Der Mindestbetrag bedeutet - im Gegensatz zum Sockelbetrag (was auch gerne von ÖGB-Präsident Benya und Nationalökonomen etc. verwechselt wird) -, daß jene Kollegen, die mit 5,9% auf ihren Gehalt unter S 63o,- kommen, mindestens diese S 630,- bekommen. Alle anderen Erhöhungen werden prozentmäßig berechnet. Der Sockelbetrag hingegenwürde bedeuten, daß alle Kollegen S 630,- und 5,9% Gehaltserhöhung bekämen.

2) Grundlage dafür ist die Lohnerhebung der Bundeswirtschaftskammer vom April 1980 (Löhne im April) für alle metallverarbeitenden Brnachen zusammen.

Warum der 10.Oktober

Serbien muß im Umfang aus dem Jahre 1912 annektiert und mit Bosnien und Herzegowina unter militärischer Verwaltung vereinigt werden. In weiterer Zukunft sollte an eine Vereinigung aller serbokroatischen Länder gedacht werden. ... Aus dieser Vereinigung aber sind die Slowenen bedingungslos auszunehmen, da der Weg zur Adria in der Hand Westösterreichs verbleiben muß.

(Denkschrift über die künftige Neugestaltung Österreich-Ungarns, verfaßt von einer k.u.k.Kommission am Beginn des 1.Weltkrieges)

Kärnten ist uralter deutscher Boden.

(Hans Steinacher, 1892 - 1971, in seinem Buch "Sieg in deutscher Nacht. Ein Buch vom Kärntner Freiheitskampf". Steinacher war einer der Führer des Kärntner Abwehrkampfes und Organisator der Volksabstimmungspropaganda 1920, danach in Deutschland Leiter des "Volksbundes für das Deutschtum im Ausland", mit dem Heimatdienst dann gemeinsam Organisator der "Bodenvermittlungsstelle" für die Ansiedlung "reichstreuer" Familien in Südkärnten und die Zerstörung und Unterdrückung slowenischer wirtschaftlicher Strukturen, seit 1937 Mitglied der NSDAP und durch seine frühere Tätigkeit mitverantwortlich für die 1942 einsetzenden Aussiedlungen slowenischer Familien. 1945 wurde Steinacher "entnazifiziert", dh.von jedem Makel freigesprochen, weil er angeblich "ohne eigenes Wissen" in die NSDAP aufgenommen wurde; 1947 tritt er der ÖVP bei, ist wieder Funktionär des Heimatdienstes, der nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages wieder aus dem "Bund der heimattreuen Südkärntner" hervorgeht, und wird - offensichtlich zum Dank für seine Verdienste - österreichischer Generalkonsul in Mailand. Er erhält auch einen hohen Orden der Zweiten Republik.
Auch die weiteren Zitate Steinachers stammen aus dem Buch "Sieg in deutscher Nacht")

Es war mir stets eine unumstößliche Selbstverständlichkeit, den Abstimmungskampf nicht um den Anschluß an Österreich, sondern um die großdeutsche Zukunft zu führen. Hingegen spielte ein Bekenntnis zu Österreich in unserem Abstimmungskampf so gut wie keine Rolle. Unser Propagandamaterial kennt das Wort Österreich kaum. (Hans Steinacher)



Hans Steinacher während der Nazizeit

Die vorläufige Landesversammlung, weit entfernt, die Methoden jugoslawischer Vergewaltigung und Willkür anzuwenden, vertritt als Grundsatz der zukünftigen Landespolitik die Politik der Versöhnung und der Gerechtigkeit.
Sie erklärt daher im Bewußtsein der verantwortungsvollen Stunde namens der von ihr vertretenen Bevölkerung, daß sie den slowenischen Landsleuten ihre sprachliche und nationale Eigenart jetzt und allezeit wahren will und daß sie deren geistigem und wirtschaftlichem Aufblühen dieselbe Fürsorge angedeihen lassen wird, wie den deutschen Bewohnern des Landes.
Die genaue Ausarbeitung dieser Grundsätze wird nach durchgeführter Wiedervereinigung mit den Vertretern der Kärntner Slowenen vereinbart werden. Die demokratischen Grundsätze, auf denen die Republik Österreich aufgebaut ist, bürgen übrigens dafür, daß der Wille der slowenischen Bevölkerung unverhüllt zum Ausdrucke kommen wird.

(Entschließung der vorläufigen Landesversammlung, 28.Sept 1920, wenige Tage vor der Volksabstimmung)

Nur ein Menschenalter haben wir Zeit, diese Verführten zum Kärntnertum zurückzuführen; in der Lebensdauer einer Generation muß das Erziehungswerk vollendet sein. Das werden nicht die Behörden und Regierungen machen können, das Kärntner Volk muß es selbst besorgen; Haus, Schule und Kirche müssen sich am Heilungswerk beteiligen.
Was die öffentliche Verwaltung hinsichtlich der Schule tun kann, wird sie tun ...
Die Kultur des deutschen Volkes hat Kärnten zur südlichen Mark gemacht, die Kultur Mitteleuropas gegenüber südlicher Hyperkultur soll es und wird es auch schaffen, mitzuhelfen, daß Kärnten ungeteilt bleibt.

Der Kärntner 10.Oktober ist heuer seit 60 Jahren jener Tag, an dem der Chauvinismus den "Sieg des Deutschtums" über die Kärntner Slowenen feiert. Am 10.Oktober 1920 konnte sich nämlich die Südkärntner Bevölkerung in einer von den imperialistischen Siegermächten veranstalteten Abstimmung für das deutschimperialistische Österreich oder für das damals ebenfalls imperialistische Jugoslawien entscheiden. Die Arbeitermassen wurden gegeneinander in den Kampf getrieben, und es konnte nur einen Sieger geben: Imperialismus und Kapital. Die wichtigen Grenzfragen hat-

Mit deutscher Kultur und Kärntner Gemütlichkeit wollen wir, wenn Schule und Kirche das ihre tun, in einem Menschenalter die uns vorgestreckte Arbeit geleistet haben.

(Landesverweser, eine Art provisorischer Landeshauptmann, Arthur Lemisch wenige Tage nach der Volksabstimmung am 10.Oktober 1920; nach der Abstimmung begann die systematische Unterdrückung der Kärntner Slowenen; slowenische Lehrer, Priester und andere Intellektuelle wurden entlassen oder versetzt, viele Werktätige verloren ihre Arbeit, politische Morde, Gewaltakte und Drohungen gegen slowenische Führer standen auf der Tagesordnung. In den Schulen wurde das Slowenische radikal unterdrückt. Viele Slowenen mußten unter diesen Umständen auswandern. Das "Heilungswerk" hatte begonnen.)

Dr.Lemisch war kein Soldat, aber er konnte als bester Vertreter jener Kärntner nationalen Deutschen gelten, die in den letzten 20 Jahren vor dem Weltkrieg in Kärnten die Führung besaßen. Es war dies jene Generation, die in den nationalen Schutzvereinen "Südmark" und "Schul verein" einen regen völkischen Opfersinn pflegte, und während der das Deutschtum im Lande wohl seine größten Fortschritte in geschichtlicher Zeit machte. Zwischen 1980 und 1910 sinkt der Anteil der Slowenen an der Bevölkerung Kärntens von 30 v.H. auf 21 v.H.

(Hans Steinacher, für den Kärnten uralter deutscher Boden trotz 30% oder ca 100.000 Slowenen war, über Arthur Lemisch)

Weil wir aber wegen der auf alldeutsche Umtriebe lauernden Interalliierten nicht in der Lage waren, Deutschland zu rufen, wir Österreich nicht sagen wollten, so wurde unser Kampfruf eben "Kärnten".

Nicht nur falsch, sondern auch lächerlich sind alle Veruche der "österreichischen" Nachkriegszeit gewesen, den Erfolg Kärntens im zweijährigen Kampf von 1918 bis 1920 als einen "Sieg des österreichischen Staatsgedankens" darstellen zu wollen. Kärntens Kampf konnte nur als deutscher Kampf, in Selbsverantwortung für das gesamte Reich und für Volkstum und Heimat geführt werden. Auch dafür sei meine Darstellung Zeugnis und Bekenntnis.

(Hans Steinacher über Abwehrkampf und Volksabstimmung)

In der Stunde der größten Not haben wir uns mit den bürgerlichen Parteien zusammengetan, um unser Volk und unsere Heimat zu beschützen ...

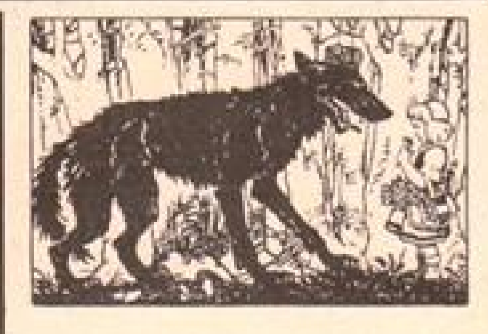
(Erklärung des späteren sozialdemokratischen Landeshauptmannes Florian Gröger anläßlich der Konstituierung der Kärntner Landesversammlung am 11.November 1918. In der Volksabstimmungsagitation spielte die Sozialdemokratische Partei eine führende Rolle)

Dem falschen theoretischen Ausgangspunkt entsprach auch die Taktik der österreichischen Sozialdemokratie. Ihr direktes Ziel war nicht die Zerstörung der österreichisch-ungarischen Monarchie als System, die Zerstörung ihres Staatsapparates und all ihrer Klassenstützpunkte. Auch die nationale Frage faßte sie nicht revolutionär auf, als eine gewaltige latente revolutionäre Energie, sondern nur als Problem des bürgerlichen Nationalismus sowie der Politik und Kultur, das man durch die Verfassung regulieren könne und sollte, damit es nicht die Ausbreitung der Arbeiterbewegung behindere. Auf diese Art geriet die Sozialdemokratie in einen doppelten Widerspruch. Erstens: Objektiv nützte ihr Standpunkt dem deutschen Nationalismus und Imperialismus, denn sie selbst versperrte sich den Weg zu den breiten Schichten der unterdrückten Völker. Zweitens: Sie fand in sich selbst nicht den Widerstand gegen das Vordringen des bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus. Anstatt sich in richtiger Erkenntnis des revolutionären Wesens der nationalen Frage an die Spitze der nationalen Befreiungsbewegungen zu stellen und die Führung den bürgerlichen Parteien zu entreißen, zerfiel sie in selbständige und untereinander nur lose verbundene nationale sozialdemokratische Parteien, die in mancher Hinsicht zum Anhängsel des bürgerlichen Nationalismus wurden. Das kam im Ersten Weltkrieg besonders klar an den Tag, als die sozialdemokratischen Parteien der österreichischen Länder eine nach der anderen ins Schlepptau der bürgerlichen nationalistischen Programme gerieten. Edvard Kardelj, Die Vierteilung

kein Grund zum Feiern ist

ten die Großmächte schon früher am Verhandlungstisch entschieden, und die slowenische Nation wurde um ihr Selbstbestimmungsrecht gebracht.
Dies sind letztlich die Dinge, die jahraus jahrein, insbesondere aber zu den"großen" 10-Jahres-Jubiläen, in Kärnten gefeiert werden. Aber der Kreis jener, der sie nicht mehr feiern will, wird in den letzten Jahren immer größer. Warum es am 10.Oktober nichts zum Feiern gibt, wollen wir anhand von Dokumenten dieser letzten 60 Jahre illustrieren.





Es geht um das Selbsbestimmungsrecht des Arbeitervolkes. Wir leben in der Republik, alle Vorrechte sind abgeschafft, die Armee ist das Werkzeug des Arbeitervolkes geworden ... Die Ziele der Arbeiterklasse stehen vor der Verwirklichung. Alle Freiheit, die wir uns erkämpft haben, aller geistige und wirtschaftliche Fortschritt, den wir uns erkämpft haben, das alles ist von der Zugehörigkeit zu unserem republikanischen Staatskörper abhängig, ist unmittelbar mit dem territorialen Schicksal unserer deutschen Erde in Kärnten verbunden.

(Der sozaildemokratische"Arbeiterwille" am 10.Mai 1919 in seiner Rechtfertigung der Aufstellung eines Arbeiterbattaillons für den Kampf gegen die jugoslawischen Klassengenossen)

So hat sich die Partei ... mit all ihrer Kraft in den Dienst der Aufgabe gestellt, die wirtschaftliche und politische Aufspaltung Kärntens zu verhindern und hat so auch schon im voraus die südliche Grenze der großen d e u t s c h e n Republik fesgelegt.

(Au. der Broschüre "Abwehrkampf und Volksabstimmung in Kärnten 1918 - 1920", redigiert und herausgegeben von Hans Lagger im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei im Jahr 1930)



Immer dachte Kärnten deutsch. Seine ganze Liebe, sein Hoffen und seine Sorgen galten Deutschland. Durch die Jahre seit der Volksabstimmung gingen weiter der Ruf und das Mahnen durch das ganze Land:"Haltet die Wacht an Deutschlands südlichster Crenze!"

(Artikel von Maier-Kaibitsch im "Kärntner Grenzruf" zum 20.Jahrestag der Volksabstimmung. Maier-Kaibitsch war ein intimer Freund Steinachers und verantwortlich für die Aussiedlung slowenischer Familien während des 2.Weltkrieges. Während in der 1. Republik der 10.Oktober nicht Landesfeiertag war, wurde er unter den Nazis groß gefeiert. Der Völkermarkter Gemeinderat trug sich in de 70-er Jahren übrigens mit dem Gedanken, Maier-Kaibitsch ein Denkmal aufzustellen. Für Hans Steinacher wurde ja bekanntlich 1976 eines aufgestellt, wurde aber nicht lange danach von unbekannten Tätern gesprengt.)

Arbeiter aus den Fabriken, aus den Wäldern, Bauern auf den Feldern und Wiesen und ihr alle, die ihr unterdrückt seid und die ihr das Joch des Kapitalismus auf eueren Schultern spürt, euch geht das"Plebiszit" überhaupt nichts an. Ein solches Plebiszit ist nicht die Sache der Arbeiterschaft! Die Arbeiterschaft ist nicht dafür da, Grenzen zwischen den Nationen zu ziehen oder der Bourgeoisie solche Grenzen aufbauen zu helfen. Sondern die Arbeiterschaft muß die Grenzen, die der Kapitalismus aufbaut, niederreißen und zerstören. ... Die Ziele der Arbeiterschaft sind ganz andere, besonders in der heutigen revolutionären Epoche. Wir müssen für die Errichtung der Sowjetdemokratie kämpfen, deren Bild uns das brüderliche Rußland gibt, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats.
Am Tag der Volksabstimmung bleibe jeder bewußte Proletarier, jeder Kommunist zu Hause! Mit vollkommenenr Abstinenz zeige, du Arbeiterschaft, deine politischer Reife, daß du die Entscheidungen Paris' nicht anerkennst. ...
Was sie uns vorschreiben, ist nicht Selbstbestimmung der Nationen, das ist Einschläfern in das alte Regime der wechselseitigen Unterdrückung, aus der nur herrliche Perspektiven für einen grausamen gegenseitigen Krieg erwachsen.

(Standpunkt der jungen Kommunistischen Parteien Österreichs und Sloweniens, verfaßt vom Revolutionär und späteren großen slowenischen Dichter Lovro Kuhar-Prežihov Voranc im "Rdeči prapor", zu deutsch Rote Fahne, am 18.August 1920)

Wir sind ein einiges Volk, in unseren Reihen stehen Männer wie Glantschnig, Hans Steinacher, Fritz und andere, die in Kärntens Notzeit w a h r h a f t T r ä g e r d e s F r e i h e i t s g e d a n k e n s u n d d e r E i n i g k e i t gewesen sind. (Hervorhebung von der Red.)

(ÖVP-Landesrat Dr. Karisch in einer Wahlversammlung am 2.Oktober 1949 in Bleiburg/Pliberk)

Kärnten und das Gebiet, in dem abgestimmt worden ist, war immer bei Östereich. Bei der Volksabstimmung 1920 ist es daher nicht um die Angleiderung gegangen, sondern darum, ob Kärnten ungeteilt bei Österreich bleibt oder einen Teil an Jugoslawien abtreten muß. Im übrigen ist der Kärntner Abwehrkampf und die Volksabstimmung die gelungene Feuertaufe des damals noch blutjungen Bundesstaates Österreich und seines in der Verfassung verankerten föderalistischen Geistes anzusehen.

(Der Kärntner ÖVP-Bundesrat Gasser zum 10.Oktober, in der "Volkszeitung" vom 13.Juni 1980)



Ich war immerhin ein hochgradiger Hitlerjunge.
Ich bin ein echter Kärntner. Ich spreche kein Wort Slowenisch.
Wer war schon damals nicht bei der NSDAP?

(LH Leopold Wagners stolze Sprüche in den letzten Jahren - letzterer bei einer Pressekonferenz über die diesjährige 10.Oktoberfeier)

Was den 10.Oktober anbelangt, so wird dieser unter dem Titel "Begegnung in Kärnten" der Erinnerung an die Volksabstimmung und an den e r s t e n A k t d e r S e l b s t b e s t i m m u n g e i n e s d e m o k r a t i s c h e n V o l k e s gewidmet sein. Alle Kärntner, gleich welche Sprache sie sprechen, sind eingeladen, aktiv oder passiv mitzufeiern. ... An einem Festtag, wie es dieser einer sein soll, ist es selbstverständlich, daß jeder anzieht, was er will. Ich den Kärntneranzug.
Neben dem offiziellen Programm werden aber Veranstaltungen stattfinden wie alle Jahre, H e l d e n e h r u n g des Abwehrkampfes in Annabichl und Feierstunden des Abwehrkämpferbundes in Klagenfurt und allen Teilen des Landes.

(LH Wagner in der "Kärntner Tageszeitung" vom 5.Juni 1980; Hervorhebungen von der Red.)

Das folgende Gespräch mit *Antonia Wenisch* wurde wegen der neuerlich angelaufenen Auseinandersetzung um das Atomkraftwerk (AKW) Zwentendorf geführt. *Antonia Wenisch* ist Mitglied des Gesamtösterreichischen Koordinationsausschusses der IÖAG (= Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner).

„Seit der Volksabstimmung haben sich unsere Argumente bestätigt..."

Frage:
Wie ist die Lage der IÖAG als Organisation? Welchen Stellenwert hat sie in der Bewegung gegen Zwentendorf heute, kann die IÖAG darin eine Führungsrolle beanspruchen?

Antwort:
Im letzten Jahr war die Tätigkeit der IÖAG-Gruppen ziemlich eingeschränkt. Ein Teil der Aktivisten hatte sich zurückgezogen, weil die AKW-Frage nicht so aktuell war.

Seit Frühjahr haben je nach Bundesland im unterschiedlichen Ausmaß neue Gruppen (in und außerhalb der IÖAG) die Arbeit aufgenommen, und alte wurden rekonstruiert.

Die IÖAG hat sich niemals als einzige Anti-AKW-Organisation gesehen, sie hatte und hat aber bestimmte Vorteile: Sie ist eine nationale Organisation und gibt eine Zeitung heraus, die wesentlich von den Gruppen (der Basis) getragen wird. In ihren Einschätzungen war sie bis zur Volksabstimmung führend; heute ist hier die Situation schwieriger, weil verschiedene Parteiorganisationen in der Bewegung mitzumischen versuchen.

Eine Führungsrolle kann sowieso keiner beanspruchen, die IÖAG arbeitet mit allen Anti-AKW-Gruppen und mit allen AKW-Gegnern zusammen.

Jedenfalls sind in letzten Jahr ein Teil der IÖAG-Gruppen zur Ansicht gekommen, daß es nicht genügt sich mit Fragen zu befassen, die das AKW direkt betreffen, sondern daß man die AKW-Frage zumindest mit der ganzen Energiepolitik in Zusammenhang bringen muß. Für die IÖAG schließt das das Problem der Unabhaängigkeit der Energieversorgung wie Österreichs überhaupt ein. In der IÖAG wird zu diesen Fragen gearbeitet, ebenso propagandistisch nach außen (z.B. existiert dazu ein Dia-Vortrag, den man borgen kann).

Frage:
Gegenüber dem Pro-Zwentendorf Begehren wollt ihr vor allem mit der Losung "Das Nein muß bleiben!" kämpfen? Und wie denkt ihr über die Politik der SPÖ und das Verhalten Kreiskys?

Antwort:
Seit der Volksabstimmung haben sich unsere Argumente bestätigt und wir halten an ihnen fest. Die Vorkommnisse von Harrisburg oder die Stillegung von Bohumiče...

Das Pro-Zwentendorf-Volksbegehren hat keinen Rückhalt in der Bevölkerung, es ist keine Volksbewegung; die Repräsentanten dieser Initiative sind vorgeschobene Strohmänner der AKW-Lobby. Das Volksbegehren wird finanziell unterstützt von der "Gesellschaft für Energiewesen", vom "Atomforum" (am Reaktorbau beteiligte Firmen) und von den E-Gesellschaften.

Ihre Methoden der Unterschriftensammlung sind bekannt. Sicherlich werden sie mit Unterstützung eines Teils des ÖGB- und SP-Parteiapparats die 200000 Unterschriften erreichen und das Problem damit erneut dem Parlament zuspielen; wobei diese Zahl für die Befürworter natürlich eine Pleite wäre; auch davon wird die Situation nach dem Volksbegehren abhängen.

Wir versuchen jetzt mit einem Agitationsmonat wieder Argumente gegen das AKW Zwentendorf und dieses Volksbegehren zu verbreiten.

Frage:
Mit dem anderen liegt ein zweites Volksbegehren zur Unterschrift auf. Wie beurteilst Du das Umbau-Volksbegehren von Elisabeth Schmitz?

Antwort:
In der IÖAG wurde das Volksbegehren von Frau Schmitz mehrheitlich abgelehnt. Manche Gruppen unterstützen sie aber. Gegen einen Umbau in ein kalorisches Kraftwerk werden von uns verschiedene Gründe angeführt (die Monstrosität - 1100MW, die Unmöglichkeit der Abwärmenutzung, ökologische Gründe...). Gegen das Volksbegehren selbst sprechen taktische Gründe: Unsere Bewegung hat mit 1,6 millionen Stimmen die Volksabstimmung gewonnen. Wir haben keinen Apparat hinter uns (nicht einmal Frau Schmitz den der ÖVP) und so kann ein Volksbegehren der AKW-Gegner nur schlecht abschneiden gegenüber dem anderen oder dem Ergebnis der Volksabstimmung.

Die Entwicklung der letzten 2 Wochen ist sicherlich wichtiger als das Ergebnis des Volksbegehrens der Frau SChmitz. Die ÖVP hat ihre Gesprächsbereitschaft gegenüber der SPÖ bekundet, ein Endlagerungsprojekt wird möglicherweise wieder hervorgekramt, die Kriegslage zwischen dem Irak und Persien kann, als Druck auf die öffentliche Meinung, genutzt werden. Das ist wichtig! Nicht die Volksbegehren bringen das Atomsperrgesetz zu fall, sondern Packeleien der Parteien und ein drauf folgender Parlamentsentscheid. Meiner Meinung nach muß sich die Anti-AKW-Bewegung darauf orientieren. Wenn wir das verhindern wollen, müssen alle AKW-Gegner zusammengehen. Manche Gruppen (wie die "Bewegung 5.November" und Gruppen die der SPÖ nahe stehen) glauben aber daß es wichtiger ist sich von Frau Schmitz zu distanzieren.

Anfang November planen die Anti-AKW-Gruppen Aktionen. Die Differenzen darüber, ob es heute wichtiger ist zu sagen: "Keine Unterschrift unter die beiden Volksbegehren" oder bereits weiter zu sehen und zu fordern: "keine Aufhebung des Atomsperrgesetzes", "Keine Packeleien im Parlament" beeinflußen auch diese geplanten Aktivitäten.

Frage:
Die Anti-AKW-Bewegung ist bisher kaum dem Vorwurf der Maschinenstürmerei begegnet. Er spielt besonders in ser Arbeiterschaft eine wichtige Rolle.

Antwort:
Zu dieser Frage kann die IÖAG nicht geschlossen Stellung nehmen. Sie ist dazu zu heterogen. Aber natürlich werden solche Fragen in der Anti-AKW-Bewegung diskutiert. Natürlich gibt es Leute, die sagen, alles kommt von der Technologie oder wie das Schlagwort heißt "Small is beautiful". Dann gibt es die Debatte um die angepaßte Technologie, den Technologieexport in die 3.Welt... Allein mit Marx- und Lenin-Zitaten kommt man der Entwicklung der letzten 50 jahre nicht bei. Es gibt keine "klassenneutrale" Technik. Die Technologie, die wir heute vorfinden ist unter kapitalistischen Verhältnissen entwikkelt worden, für die Zwecke des Kapitals. Was das bedeutet und wie sich das auswirkt, muß man meiner Ansicht nach untersuchen, wenn man solche "Alternativbewegungen" verstehen will und ihnen eine Perspektive weisen will.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck: Kommunistischer Bund Österreichs; für den Inhalt verantwortlich: Kristijan Schellander, alle 1020, Krummbaumgasse 1/2 .



Metallarbeiter
Kapitalisten gelingt neuerlicher Lohnraubabschluß

um solche Lohnerhöhungen kämpften, zeigt, im besten Fall keinen Finger rührt um Unterstützung zugegen, im Normalfall den Kollegen in den Rücken fällt, läßt sehen, was von solchen Äußerungen zu halten ist.

Trotzdem: NUR DER KAMPF UM INNERBETRIEBLICHEN AUSGLEICH DES LOHNVERLUSTES WIRD LETZTLICH AUCH ZU EINER STÄRKEREN POSITION DER ARBEITER BEI DEN NÄCHSTEN KOLLEKTIVVERTRAGSVERHANDLUNGEN FÜHREN.

Daß es jetzt darum geht, sich innerbetrieblich das zu holen, was der Kollektivvertragsabschluß nicht gebracht hat, liegt auf der Hand.

Innerbetriebliche Lohnerhöhungen in einer Mindesthöhe von ca. S 300,- bis S 400,- für alle wären schon allein dafür notwendig, um den Lohnabbau der letzten 13 Monate auszugleichen.

Daß das einigen kampfstärkeren Belegschaften gelingen kann und wird, steht ausser Zweifel. Daß es aber auch vielen Belegschaften nicht gelingen wird, ebenso. Vor allem dann, wenn die Gewerkschaft wieder, wie in den letzten Jahren, mehr auf die Ruhe in den Betrieben schaut als auf die Unterstützung und Ausweitung von Kämpfen gegen den Lohnabbau.

Deshalb haben die kampfstärkeren Belegschaften jetzt auch besondere Verantwortung gegenüber der gesamten Arbeiterbewegung: Nur sie können durch entschiedenes Eintreten gegen die Reallohnverluste ein Beispiel geben und andere Belegschaften mitreißen. Erschwert wird die Situation aber insbesondere durch die Situation am verstaatlichten Edelstahlsektor mit immerhin doch 20.000 Beschäftigten. Angeblich ist der Auftragsstand im August 1980 auf dem Hüttensektor um 50%, im September sogar um 60% gesunken (wobei es keine Angaben darüber gibt, um wieviel die Aufträge vorher gestiegen sind bzw. wieviele von den eingegangenen Aufträgen z.B. langfristig sind usw.), allerdings ist der Finalproduktionssektor (Fertigung von Apparaten, Industrieanlagen und Fertigwaren), der zwei Drittel der Edelstahlumsätze macht, bestens beschäftigt (es müssen sogar Überstunden gemacht und Neueinstellungen vorgenommen werden). Nichts desto trotz wird es daneben zu Kurzarbeit (32 Wochenstunden mit einem ca. 6%-igen Lohnverlust für die Betroffenen) von rund 2.500 Beschäftigten kommen (1.100 in Kapfenberg, je 500 in Hönigsberg und Judenburg und 445 in Ternitz), 180 sollen gekündigt werden (Zentralbetriebsratsobmann Gruber: "Wir müssen uns von jenen Kollegen, die den Ernst der Lage nicht richtig einschätzen, trennen..."!), 180 in Frühpension gehen.



BROSCHÜRE DES KB ZUR SITUATION DER KÄRNTNER SLOWENEN

Preis: 15,-
Zu beziehen über: Kommunistischer Bund Österreichs, Buchvertrieb, Krummbaumgasse 1, A-1020 Wien

Industrieangestellte:
KV-Abschluß: 5,9%, mindestens 630 S

5,9% - mindestens S 630,- = auf die Istgehälter, 7,5% auf die Mindestgehälter, 8% auf die Lehrlingsentschädigungen

Am 9. September fanden die ersten Verhandlungen zwischen dem GPA-Verhandlungskomitee und den Vertretern der Industriellen statt. Entsprechend dem Sektionsvorstandsbeschluß wurden elf konkrete Forderungen erhoben, u.a.

- Erhöhung der Ist-Gehälter um 7,5%, mindestens jedoch S 850,-;
- Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestgehälter um 9,5%;
- Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen mit dem Ziel, im 1. Lehrjahr 40%, im 2. Lehrjahr 55% und im 3. Lehrjahr 75% des niedrigsten Anfangsgehaltes eines Angestellten zu erreichen;
- Anrechnung des Mutterschafts-Karenzjahres als Verwendungsgruppenjahr.

Darüber hinaus gab es noch Forderungen in bezug auf den Biennalsprung (Vereinheitlichung der Biennien, Einberechnung einer Lehr- oder Arbeiterdienstzeit in die dreijährige Wartefrist auf den ersten Biennalsprung), in bezug auf Sonderzahlungen für Vertreter sowie auf die Bezahlung von Nacht- und Schichtzulagen wie in entsprechenden Arbeiter-Kollektivverträgen. Als Anfallstermin wurde der 1. Oktober 1980 gefordert (d.h., daß - wie die Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie - auch die GPA mit einer Laufzeit des alten KV von 13 Monaten einverstanden ist).

Am 25. September fand die zweite Verhandlungsrunde statt, in der die Unternehmer 4,5% auf die Ist-, bzw. 5,5% auf die Tarifgehälter boten und alle rahmenrechtlichen Forderungen sowie den Mindestbetrag ablehnten.

Am 7. September fand nun (die GPA hatte wie in den Jahren zuvor "vorsorglich" für 8. zu einer Betriebsrätekonferenz geladen) der Abschluß statt: 5,9% auf die Istgehälter, mindestens S 630,-, 7,5% auf die kollektivvertraglichen Mindestgehälter, 8% auf die Lehrlingsentschädigungen. Über eventuelle rahmenrechtliche Verbesserungen war uns bei Redaktionsschluß nichts Näheres bekannt.

Die Mindestbetragsforderung der GPA war - insbesondere von der Höhe her - eine gute Sache, hätten doch S 850,- allen Gehaltsgruppen bis rund S 11.970,- zumindest die (offizielle) Inflation von ca. 7,1% seit September 1979 abgegolten. Die durchgesetzten S 630,- tun das brutto für die Gehälter bis ca. S 8.870,-; netto nicht mehr. Und alle anderen darüber haben sich mit einem Lohnraub abzufinden. Verglichen mit dem Metallarbeiter-Abschluß ist jedoch relativ für eine größere Anzahl von Lohnabhängigen der Reallohn halbwegs abgesichert. Jedoch für alle, die vom Mindestbetrag nicht mehr betroffen sind, gibt es um 3% mehr Gehaltsverluste. Das gilt vor allem auch für den Abschluß bezüglich der kollektivvertraglichen Mindestgehälter.

In bezug auf die Lehrlingsentschädigungen blieb es - wie in all den Jahren zuvor - bei dem schönen Ziel, sie in Relation zu den Angestelltengehältern zu fixieren. Es kam wieder nur eine lineare Erhöhung heraus, wofür allerdings die Höhe des Prozentabschlusses (8%) ein gewisses Zuckerl ist.

Alles in allem kann sich auch mit diesem Abschluß die Gewerkschaftsführung der maßvollen Lohnpolitik und ihres Verantwortungsbewußtseins rühmen. Im Hinblick auf die bevorstehende Runde der öffentlich Bediensteten dürfte Androsch seine im Budgetansatz vorgesehene 6%-ige Erhöhung mit Verweis auf die Metaller- und Industrieangestelltenabschlüsse verteidigen können.

-usb-

GEWERKSCHAFTLICHER KAMPF

Stellungnahme zum Artikel "Zum Kampf um die Gewerkschaften und seine Bedingungen"

1. ZUM VERHÄLTNIS ARBEITER UND ANGESTELLTE

Ich glaube nicht, daß man aufgrund der Tatsache, daß es in der GPA Initiativen gibt, dem "Problem des Verhältnisses Arbeiter : Angestellte" sofort einen besonderen Stellenwert beimessen kann. Umgekehrt würde man doch, wenn es in irgendeiner Arbeitergewerkschaft Initiativen von der Basis gibt, auch nicht sofort an die Angestellten denken.

Überhaupt sollte man die Frage der verschiedenen Spaltungslinien nicht abstrakt von den jeweiligen Anliegen und Forderungen der jeweiligen Belegschaft oder Gruppe, die sie vorbringt, sehen. Die Einheit alleine bedeutet doch noch gar nichts.

In dem Artikel werden drei Ebenen genannt, auf denen die Spaltung in Arbeiter und Angestellte gelöst werden muß: die betriebliche, die überbetriebliche und die gesetzliche (arbeitsrechtliche Gleichstellung). Unter den heutigen Bedingungen würde selbst durch eine "echte Zusammenarbeit der beiden Gruppen" (Betriebsratskörperschaft) oder durch die Einführung des "Industriegruppenprinzips" sich noch nicht sehr viel ändern. Wie weit ist die Tatsache, daß es Arbeiter- und Angestelltengewerkschaft gibt, heute tatsächlich das Haupthemmnis für die Entwicklung der Klassenkämpfe? Der Artikel beantwortet das nicht, bzw. nimmt nur auf die Lohnfrage Bezug. Außerdem glaube ich, daß man die Forderung "Industriegruppenprinzip" nicht so einfach, als wäre das die logischte Sache der Welt, hinstellen kann. In Deutschland gibt es das Industriegruppenprinzip, - aber selbst unter Berücksichtigung der verschiedenen anderen Verhältnisse und Bedingungen in Deutschland kann man nicht sagen, daß das Industriegruppenprinzip alle Spaltungslinien aufgehoben hätte oder die Garantie für eine klassenkämpferische Politik der Gewerkschaft wäre.

Ich bin für das Industriegruppenprinzip, aber ich glaube, man sollte nicht die organisatorische Seite in den Vordergrund treten lassen, sondern die inhaltlichen Spaltungslinien, die inhaltlichen Fragen herausfinden. Die Organisation ist doch ein Mittel zum Zweck, und wenn es entwickelte Klassenkämpfe gäbe, z.B. Lohnforderungen, die von der breiten Basis der Angestellten und Arbeiter getragen würden, so glaube ich, daß sich sehr rasch eine Einheit zwischen den beiden Gruppen herausbilden würde. Diese Frage jetzt als vorrangig zu behandeln, kommt mir nicht richtig vor.

2. DEMOKRATIE IM ÖGB

Unter dem Punkt "Der Kampf um die Gewerkschaften" heißt es: "Das größte Hindernis bei all diesen Fragen ist aber die Tatsache, daß aufgrund vor allem des jahrzehntelangen Einflusses der Sozialdemokratie das Klassenbewußtsein der österreichischen Lohnabhängigen kein hohes Niveau hat, höchstens im reformistischen Sinn. Daher ist es nicht verwunderlich, daß es so wenig Widerstand gegen die undemokratischen innergewerkschaftlichen Verhältnisse auf allen Ebenen und gegen die Praxis der meisten Gewerkschaftsfunktionäre gibt."

Es steht außer Zweifel, daß der Einfluß der Sozialdemokratie dem Klassenbewußtsein der Lohnabhängigen Österreichs in keiner Weise förderlich ist. Aber auch hier glaube ich, daß das Pferd von der falschen Seite aufgezäumt wird. Was nämlich nicht behandelt wird, und was meiner Meinung nach der entscheidende Punkt ist, ist, daß man die Gewerkschaftsfrage nicht von der politischen Ökonomie des Kapitals trennen kann. Denn die Gewerkschaft ist doch gerade aus diesen materiellen Widersprüchen hervorgegangen (historisch) und bewegt sich noch immer in diesem Widerspruch.

Reißt man das auseinander, so kommt man zu einer rein organisations-soziologischen Betrachtungsweise. Z.B.

- die Verbürokratisierung des Apparats sei das Haupthemmnis der Klassenkämpfe;
- Demokratisierungsversuche oder personelle Veränderungen wären eine Grundlage für den Fortschritt der Klassenkämpfe;
- die Gewerkschaft hätte die Arbeiter verraten.

Nicht beantwortet wird: Welche historischen Bedingungen im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit haben denn so ein Abheben der Organisation von den Interessen ihrer Mitglieder überhaupt ermöglicht?

Die Verselbständigung des Apparates gibt es, die Erklärung dafür wird jedoch nicht im Gesamtzusammenhang der kapitalistischen Gesellschaft vorgenommen. Es sind aber die Widersprüche zwischen Lohnarbeit und Kapital, die sich entwickeln, und nicht die organisatorischen oder personellen Umstände. Die Analyse der Gewerkschaft und ihres Verhältnisses zu Klassenkampfbewegung kann also nicht ausgehen von

- der organisatorischen Form (Einheitsgewerkschaft, Industriegruppenprinzip, etc.)
- der organisatorischen Verselbständigung des gewerkschaftlichen Apparates
- einem historisch verfestigten Reformismus
- einem bloßen Verrat der Interessen der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaft.

Aus den obigen (m.E.) falschen Analyseansätzen folgen dann falsche anzustrebende Veränderungen des Charakters der Gewerkschaft: Z.B.

- Zentralisierung der Gewerkschaft
- Umwandlung der Gewerkschaft in eine revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse
- Gewerkschaftsführer von der Basis her isolieren
- der reformistischen Gewerkschaft die revolutionäre Partei entgegenzusetzen.

Wie soll man nun an die Gewerkschaft herangehen?

a) Entweder man betrachtet die Funktion der Gewerkschaften im Kapitalismus und leitet daraus die Notwendigkeit der politischen Partei ab oder

b) man betrachtet die Probleme, die sich heute für (klassenbewußte) Arbeiter stellen, nämlich was die Gewerkschaft als einzige umfassende Organisation der Werktätigen betrifft (Verhältnis der Arbeiter zur Gewerkschaft, Perspektive ihrer Arbeit in der Gewerkschaft). Meines erachtens letzteres.

Wir sind bisher immer von einem sehr abstrakten, unhistorischen und dogmatischen Standpunkt an diese Frage herangegangen. Einerseits Partei - andererseits Gewerkschaft, hier politischer - dort ökonomischer Kampf, hier politisches - dort gewerkschaftliches Bewußtsein.

Nicht berücksichtigt wird dabei der Entstehungsprozeß von Klassenbewußtsein und Klassenkampf (Gewerkschaften als Schule des Klassenkampfs). Erst indem das Proletariat seine Lebensinteressen gegen das Kapital verteidigt und nur dadurch, bildet es sich zur historisch bewußten Klasse heraus. Und dieser Prozeß war mit der Entstehung der Gewerkschaften vor 100 Jahren keineswegs abgeschlossen.

Aus so einer falschen Herangehensweise an die Gewerkschaftsfrage resultiert dann auch die Haltung, man könne Klassenbewußtsein - unabhängig vom vorhandenen Entwicklungsgrad der Arbeiterbewegung - ins Proletariat hineintragen. Es ist der historische Entwicklungsgrad der Konflikte, der die Gewerkschaften zu Organen des Klassenkampfes werden läßt und der Hauptseite nach nicht der verfestigte Apparat, die Bürokratie und der reformistische Charakter der gewerkschaftlichen Politik, die den Grad der Klassenkämpfe und des Klassenbewußtseins bestimmen, wenn die Faktoren auch auf die Bewegung der Arbeiterklasse zurückwirken. Die jeweilige Rolle der Gewerkschaft sollte aus der konkreten (historischen) Stufe der Entfaltung der Produktivkräfte der Arbeit (Akkumulation des Kapitals) heraus verstanden werden.

Zu untersuchen wäre sicher: Inwieweit steht die historische Entwicklung der Klassenkampfsituation und der Gewerkschaft den Arbeitern beim Klassenkampf entgegen? Wie kann das historisch verfestigte Selbstverständnis der Gewerkschaft durch die tatsächliche Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse und durch spontane Kämpfe der Arbeiter überwunden werden?

Vieles, was ich oben kritisiere, findet sich bereits in der Gewerkschaftsresolution. Und auch in dem Artikel "Zum Kampf um die Gewerkschaften". Ich formuliere diese Kritik auch deswegen, weil ich glaube, man sollte sich nicht Illusionen über Basisgruppen und Basisarbeit hingeben. "Beharrliche Arbeit an der Basis tut also not". Das halte ich zwar für absolut richtig, aber man sollte nicht in den Fehler verfallen, diese Arbeit als das allein Seligmachende zu betrachten und daß sich dadurch Schritt für Schritt die Gewerkschaft umfunktionieren ließe.

Der Artikel erwähnt nur einmal kurz als Aufgabe der gewerkschaftlichen Betriebsgruppen, "das Bewußtsein der Kollegen im Hinblick auf eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik zu entwickeln". Im großen und ganzen sieht der Artikel die Aufgabe der Betriebsgruppen jedoch darin, 1. größer zu werden und 2. Funktionäre hervorzubringen, für den Betriebsrat zu kandidieren. Also in erster Linie auf den Gewerkschaftsapparat Einfluß zu nehmen; ein Mittel gegen die bürokratischen und undemokratischen Verhältnisse in der Gewerschaft zu sein. Das ist eigentlich die gleiche Sichtweise wie in der Gewerkschaftsresolution.

Auch dort werden nur wenige Worte verloren über die Linie im Kampf um die Gewerkschaften. Nur kurz wird erwähnt, daß es um die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder für den Klassenkampf geht. Gleich darauf kommen lang und breit Überlegungen, wie man Positionen im Apparat, in betrieblichen und überbetrieblichen Organen gewinnen kann; sorgt man sich vielmehr darum, wie man Einfluß *verbreiten* kann, als darum, wie man überhaupt irgendwo eimal Einfluß kriegt; bzw. darum, daß die einfachen Gewerkschaftsmitglieder überhaupt einmal aktiv werden.

Für Betriebsratswahlen hat die Gewerkschaftsresolution die Notwendigkeit eines "Forderungsprogramms, dessen Kern die wichtigsten aktuellen Kampfziele gegen Kapitalisten und staatliche Verwaltung bildet" betont. Einige praktische Erfahrungen sprechen mittlerweile gegen diese "Konzentration auf ein Forderungsprogramm". Genau so muß das Übergewicht, das in der Resolution auf den "Kampf um betriebliche Vertretungsorgane, Arbeit in betrieblichen Vertretugsorganen, Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie" gelegt wird, korrigiert werden.

Es geht bei den Betriebsgruppen in erster Linie einmal darum, daß die Arbeiter den "Kampf um ihre Interessen selbst in die Hand nehmen" und nicht mehr. Davon reden wir ja gerne und schon lange. Damit - auf welcher Linie in den einzelnen politischen Fragen das geschehen soll und mit welchen Problemen wir dabei konfrontiert sind etc. - müßten wir uns viel mehr beschäftigen. Erst dann nimmt man ernst, wenn die Gewerkschaftsresolution sagt, daß Kampf um die Gewerkschaften in erster Linie Gewinnung der Mitglieder für den Klassenkampf bedeutet. Der Artikel stellt aber gleich wieder nur die Frage, was bringen solche gewerkschaftliche Betriebsgruppen für "Funktionen", für Positionen im Apparat.

A.N.

US-Präsidentschaftswahl: Drei Schindmähren ziehen durchs Land..

Am 4.November wird der nächste Präsident der USA gewählt. Mitte September lagen Reagan und Carter laut Meinungsumfragen Kopf an Kopf im Rennen, kurz darauf hatte Carter einen leichten Vorsprung vor Reagan, jetzt führt Reagan wieder vor Carter. Der Dritte Gaul im Rennen ist John Anderson - er trabt abgeschlagen hinterher.

Was das amerikanische Volk tatsächlich von diesen und anderen Wahlen hält, zeigt sich an der seit Jahrzehnten geringen Wahlbeteiligung. Denn das Volk weiß, daß Wahlplattformen und -versprechen mit der folgenden Regierungspolitik tatsächlich nichts zu tun haben. Man vergleiche nur Carters Wahlkampf 1976 mit seiner Regierungsperiode: Jeder Arbeitswillige sollte Arbeit haben - das Arbeitslosenheer wuchs um Millionen; Eindämmung der Inflationsrate - sie ist seit Jahren zweistellig. Dennoch ist es interessant, diverse Wahlplattformen miteinander zu vergleichen. Denn das Wahlergebnis stellt ein gewisses Maß an Information für die Bourgeoisie dar, woraus sie ihre Linie der verstärkten Ausbeutung und Unterdrückung des amerikanischen Volkes entwickelt.

UNTERSCHIEDE IN DEN WAHLPLATTFORMEN

"Soviele Punkte werden in die Wahlplattform hineingestopft, um verschiedene Interessensgruppen zu befriedigen, daß Barry Goldwater (Präsidentschaftskandidat 1964) einmal die ganze Angelegenheit als einen "Haufen von Misinformation und Lügen" abtat...Dennoch kämpfen alle vier Jahre Parteimitglieder um ihre Wahlplattformen, als ginge es um die Formulierung einer neuen Verfassung." Diese Worte stehen am Beginn eines Artikels (Time, 25.8.), der Carters Plattform mit der Reagans vergleicht.

Sowohl Carter wie Reagan wollen einen Weg aus der Krise kennen. Beide wollen die Steuern senken und die Abschreibungsfristen für neue Maschinen verkürzen. Reagan verspricht eine 10%-ige Steuersenkung für jedes der nächsten drei Jahre. Carter will die Steuern nur senken, wenn sie kein größeres Budgetdefizit nach sich ziehen, und hält Reagan vor, sein Programm "würde entweder ruinöse inflationäre Budgetdefizite oder derartige Ausgabenkürzungen verursachen, daß die Regierung nicht in der Lage wäre, Routineausgaben (diverse Unterstützungen für Notleidende u.ä.) weiterhin zu tätigen." (Time, 22.9.). Abgesehen davon, daß die Bedingungen zur Erlangung solcher Zuschüsse immer schlechter werden (Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, u.s.f.), was Carter verschweigt, hält Reagan den Demokraten ein Zuviel an Unterstützung Notleidender vor. Reagans Plattform wendet sich daher z.B. an die Afro-Amerikaner, deren Arbeitslosenrate doppelt so hoch ist wie der Durchschnitt, in unverhüllt zynischer Weise: "Unsere grundlegende Antwort auf die ökonomischen Probleme der schwarzen Amerikaner ist dieselbe, die wir allen Amerikanern geben - Vollbeschäftigung ohne Inflation durch Wirtschaftswachstum." Carters Plattform redet von obligatorischer staatlicher Krankenversicherung , aber von solchen Dingen will Reagan erst gar nichts hören. Für ihn mischt sich der Staat insgesamt viel zuviel in die gesellschaftlichen Angelegenheiten ein. Daher will er auf allen Ebenen den "freien Wettbewerb" schalten und walten sehen. Mit dieser "Philosophie" erweist er sich einmal mehr als ein Mann der Vergangenheit. Denn gerade im Imperialismus greift der Staat-der der Staat des Finanzkapitals und von sonst niemand ist- in immer stärkerem Maße in alle Lebensbereiche der Gesellschaft ein. Egal, ob es sich dabei um Steuerspritzen fürs Kapital handelt oder um die staatliche Krankenversicherung, deren Einführung laut Kennedy deshalb gerade jetzt so wichtig ist, weil durch massive Krankenfälle die Profitmacherei ernstlich ins Stocken gerät. Carters "Philosophie" ist somit die "realistischere", weil er im Interesse des Finanzkapitals überall dort eingreifen will, wo das direkte Eingreifen des Kapitals für dieses nicht profitabel genug ist.

Zur Ankurbelung der Wirtschaft wollen sowohl Carter wie Reagan die Umweltschutzgesetze und Sicherheitsbestimmungen für Waren und in der Produktion selbst lockern. Auch die Anti-Trust-Gesetzgebung - ein Überbleibsel aus der Entstehungszeit der großen Monopole zu Beginn des Jahrhunderts - soll gelockert werden, weil sie tatsächlich ein gewisses Hindernis für Fusionen bzw. der Kapitalzentralisation insgesamt darstellt.

Beide Herren sorgen sich also nicht ums "amerikanische Volk" schlechthin. Auf jeden Fall muß den Profiten wieder auf die Beine geholfen werden. Daß kürzere Abschreibungszeiten und Steuergeschenke für Investitionen die Arbeitslosenrate nicht automatisch senken (sondern eher erhöhen), hat sich immer wieder im Kapitalismus im allgemeinen und bei der Stahlkrise 1977 im besonderen gezeigt.

Bei den Kriegsvorbereitungen sind sich Carter und Reagan im wesentlichen einig. Das Militärbudget soll real bei Carter um 4,5% bzw. bei Reagan um 5% erhöht werden. Beide sind für den Bau der MX-Rakete und der Marschflugkörper (cruise missile). Doch auch hier ist Reagan der Mann von gestern, der die strategische Defensive des US-Imperialismus nicht zur Kenntnis nehmen will. Daher schreit er nach der erneuten Erringung der militärischen Überlegenheit über die SU und bezeichnet von daher das noch immer nicht ratifizierte SAL II - Abkommen als "grundlegend fehlerhaft." Carter hingegen verlangt dessen Ratifizierung und will, daß die "militärische Stärke Amerikas unübertroffen bleibe". Dadurch verschleiert er allerdings die Tatsache, daß der Sozialimperialismus gegenüber den USA schon längst auf Überholkurs gegangen ist.

Auch außenpolitisch hat Reagan nicht mehr zu bieten als seine Wunschträume über die Wiedererstehung des "goldenen Zeitalters" des Kalten Krieges, als der US-Imperialismus der unumstrittene Häuptling unter den Imperialisten war. Zwar bezeichnet er Carters "Menschenrechtskampagne" richtigerweise als "naiv und gefährlich" in Bezug auf den Sozialimperialismus; doch tut er dies nicht deshalb, weil er eine der strategischen Defensive der USA besser entsprechende Außenpolitik anzubieten hat. Im Gegenteil: Reagan hatte sich vehement gegen die Panamakanal-Verträge gestemmt, will überall intervenieren, wo die Interessen des US-Imperialismus bedroht sind und hat zuletzt die "Zwei-China-Theorie" wieder aufzuwärmen versucht. Mit derlei Vorstellungen hat er sich aber bisher nur kalte Füße geholt; sein Vize-Präsidentschafts-Kandidat, der Ex-CIA-Chef George Bush, hatte in der Frage der Beziehungen USA-Taiwan nach der Devise "er hat's ja nicht so gemeint" Wogen zu glätten. Daher sind auch Reagans harte Worte gegenüber dem Sozialimperialismus insofern nicht ernst zu nehmen, weil sie nicht auf einer nüchternen Einschätzung des tatsächlichen Kräfteverhältnisses USA-SU bzw. USA-Dritte Welt basieren sondern auf dem Wunsch, die unwiederbringlich verlorengegangene Vormachtstellung des US-Imperialismus der 40-er und 50-er Jahre wiederherzustellen. Tatsächlich ist Reagan auch nicht so sehr der Mann der Wall Street, sondern Aushängeschild "jüngerer" Kapitalgruppen des Südwestens und der Westküste der USA.

Carters Wahlplattform deutet auf keine wesentliche Änderung der US-Außenpolitik im Falle seiner Wiederwahl hin - zumindest was die Beschwichtigungspolitik gegenüber der SU anbelangt. Zwar sollen "alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden - einschließlich einer harten Diplomatie und militärischer Stärke - um das Abenteurertum (der SU) zurückzuweisen" (U.S. News & World Report 25.8.), doch wird gleichzeitig an der bisherigen Haltung gegenüber der SU in der Afghanistan-Frage festgehalten. Auch an der Politik gegenüber der 2. und 3. Welt soll nichts geändert werden: Carter spricht sich nach wie vor für eine Stärkung der NATO aus und will den Rückzug sowjetischer und kubanischer Truppen aus Afrika "erwirken". Doch während er ein Lippenbekenntnis für das "Selbstbestimmungsrecht der afrikanischen Völker" abgibt, ist er - so wie Reagan - gegen die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates.

JOHN ANDERSON - DER ERSATZ-KENNEDY

Nach seiner Niederlage bei den Vorwahlen machte sich der Republikaner John Anderson "unabhängig" und hofft auf die Stimmen liberaler Republikaner und von Carter enttäuschter Demokraten. Er greift Reagan auf allen Linien an ("Er lebt in der Traumwelt der 20-er Jahre"; USN&WR, 11.8.).

Fortsetzung Seite 12



Carter will 1980 wieder Präsident sein, Kennedy ist ausgeschieden. Dessen halbherzige Unterstützung für Carter deutet auf Präsidentschaftspläne für 1984.



Reagan - Relikt des Kalten Krieges, als die USA noch unangefochtener Häuptling der Imperialisten waren und "Ronny" aus der Hüfte schoß - im Film.

INTERNATIONALES



Vor den schwere

Wie schön klangen doch die Wahlreden Carters anno 1976. Er wollte jedem Arbeiter, der arbeiten wollte, seinen Job garantieren; er wollte die Inflationsrate herabdrücken. Er versprach ein Budget ohne Defizit.

Doch die Realität richtete sich nicht nach Carters Wünschen und Versprechungen: 1977 war das Jahr der Stahlkrise des US-Imperialismus, in der über 60.000 Stahlarbeiter auf die Straße flogen.
1978 gab es das größte Außenhandelsdefizit in der Geschichte des US-Imperialismus: Um 28,4 Milliarden Dollar wurden mehr Waren importiert als exportiert. Die Inflation stieg an und näherte sich der 10%-Grenze.
Dann kam das Jahr 1979 - der Beginn der derzeitigen Rezession. Fast überall gab es in der Bauindustrie starke Auftragsrückgänge, immer weniger Einfamilienhäuser wurden gebaut. Der Autokonzern Chrysler, der dritte von den drei großen amerikanischen Autokonzernen, stand kurz vor dem Bankrott. Nur durch Kreditgarantien der Bundesregierung in der Höhe von 1,5 Milliarden Dollar konnte Chrysler vorläufig über Wasser gehalten werden. Ende 1979 lagen über 100.000 Arbeiter der Autoindustrie auf der Straße. Die Inflationsrate stieg auf 14%.

Zwar reden die bürgerlichen Massenmedien erst seit letztem Frühjahr von einer größeren Rezession in den USA, doch zeigen die oben angeführten Tatsachen, daß die Rezession bereits seit längerer Zeit - zumindest in einigen Schlüsselindustrien - anhält. Tatsächlich befinden sich die USA bereits seit Anfang der siebziger Jahre im wesentlichen in der Krise.

Die letzte größere Rezession, die größte seit Ende des 2.Weltkriegs, dauerte 16 Monate - von 1973 bis 1975. Das Jahr 1976 war eines der relativen Erholung, einen wirklichen Aufschwung gab es jedoch nicht.

Heute will in der US-Regierung niemand mehr an Carters Wahlversprechen erinnert werden. Heute stellt selbst die Bourgeoisie ängstlich die Frage, wann das Ärgste der Rezession endlich vorbei sein wird.

DATEN ZUR ENTWICKLUNG DER KRISE

Die Industrieproduktion war 1979 relativ stabil und stieg - nach einem Rückgang in den Monaten September bis November 1979 - in den darauffolgenden zwei Monaten sogar relativ leicht an. Doch dann gab es einen rapiden Rückgang: innerhalb von fünf Monaten - also von Ende Jänner bis Ende Juni -fiel die Industrieproduktion um fast 7,5%. Besonders betroffen sind dabei die Auto- und Stahlindustrie: innerhalb eines Jahres sank die Stahlproduktion um mehr als 45%, bei der Autoproduktion betrug der Rückgang mehr als 33%. Das Bruttonationalprodukt sank im zweiten Quartal 1980 um 2,3% - die hohe Inflationsrate ist in dieser Zahl bereits einkalkuliert.

Die Inflation ist auch dieses Jahr enorm: Der Preisindex für Konsumgüter stieg allein in den ersten fünf Monaten 1980 um rund 8%. Mit dieser hohen Inflationsrate geht eine Arbeitslosenrate einher, die - nach offiziellen Statistiken - die 8%-Grenze bereits überschritten hat, nach offiziellen Prognosen bis Jahresende 9% und später sogar 11% erreichen wird. Mit Jahresende wird also der Stand der Rezession 1973-1975 bezüglich der Arbeitslosigkeit erreicht sein. In Wirklichkeit wird aber die Arbeitslosenrate noch höher sein als damals. Einerseits werden in der Statistik nur die Bezieher von Arbeitslosenunterstützung berücksichtigt, andrerseits wurde seit 1975 die Bezugsdauer verkürzt. Lakonisch stellte Newsweek vom 14.Juli fest: "Die Arbeitslosenunterstützung läuft für viele der derzeit 305.000 arbeitslosen Autoarbeiter im September aus." Wieviele der über 100.000 im Vorjahr auf die Straße geworfenen Autoarbeiter werden in dieser Zahl von 305.000 noch mitgezählt? Allgemein nimmt man an, daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit rund doppelt so hoch ist wie die "offizielle". Das heißt: heute sind an die 16-17 Millionen Werktätige arbeitslos. Am Ende des Jahres werden es an die 20 Millionen sein. Allein in den Monaten April und Mai verloren 1,7 Millionen amerikanische Arbeiter und Angestellte ihre Jobs. Und jene, die noch ihren Job haben, sehen sich immer stärkeren Reallohnverlusten gegenüber: 1979 sanken die Löhne real um 5%, 1980 wird es eher noch schlechter sein. Denn wenn das Heer der Arbeitslosen wächst, hat die Bourgeoisie noch mehr die Möglichkeit, mit der Drohung des Hinauswurfes den Lohn nach unten zu drücken.

DAS KAPITAL AUF DER SUCHE NACH EINEM AUSWEG

Der Anteil der USA am Export von Industrieprodukten ist im Vergleich zu den Ländern der zweiten Welt seit 1960 um mehr als ein Drittel gesunken. Damit einher ging ein immer stärkeres Anwachsen von Importen. Diese haben zu immer größeren Außenhandelsdefiziten geführt. Heute werden 4,5-mal so viele Autos in die USA importiert wie 1969. Der Marktanteil ausländischer Autos am US-Markt beträgt heute mehr als 26% (1975 waren es noch18,4%). Bei Eisen und Stahl wuchsen die Importe seit 1969 auf mehr als das 4-fache; der Marktanteil ist auf über 15% angestiegen (gegenüber 13,5% im Jahr 1975). Bei Schuhen, Textilien, Maschinen und Chemikalien stiegen die Importe noch viel schneller. Heute kommt mehr als die Hälfte der in den USA verkauften Schuhe aus dem Ausland; 1975 waren es "nur" 41%. Eine Sonderstellung nehmen die Erdölimporte ein: Sie kosten heute 21 Mal so viel wie 1969. Beim Kapitalimport liegen die Dinge ähnlich.

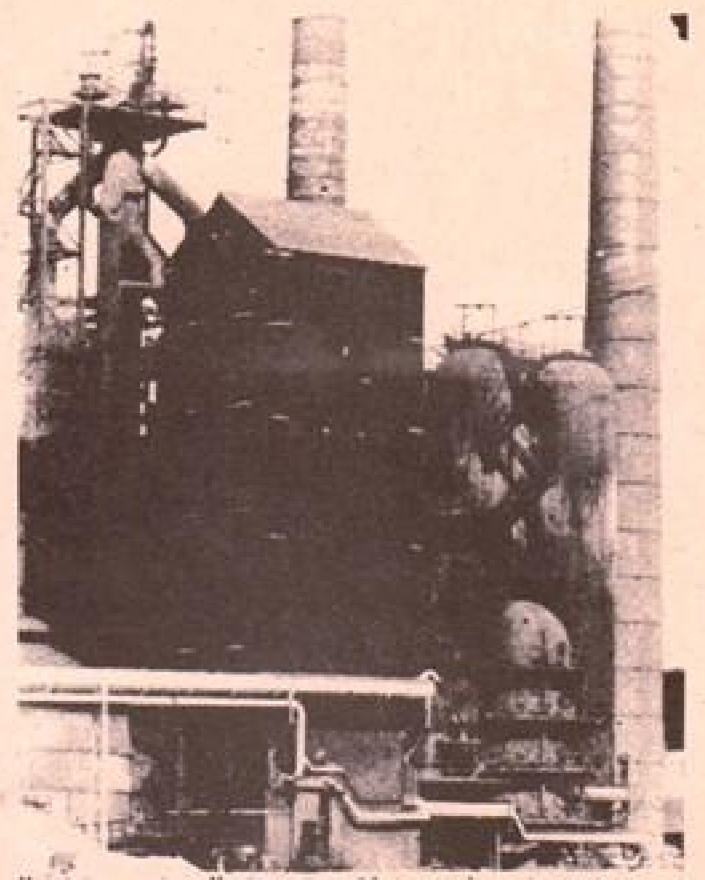
Bei dieser Entwicklung hat das Finanzkapital der USA fleißig mitgeholfen. Auf der Jagd nach Maximalprofiten hat es z.B. in die japanische Stahlindustrie investiert und deren Entwicklung auf den modernsten Stand der Technik erheblich beschleunigt. Gleichzeitig verotteten die amerikanischen Stahlwerke. Bei der Autoindustrie ist die Lage ähnlich, wobei hier noch hinzukommt, daß erst die Rohölpreiserhöhungen seit 1974 durch die OPEC zur allmählichen Entwicklung von Kleinwagen geführt hat (Doch ist der nach wie vor vom Untergang bedrohte Chryslerkonzern nicht in der Lage, für seine Erfolgsmodelle Horizon und Omni selbst die Motoren herzustellen. Er greift auf in den USA hergestellte VW-Motoren zurück).
Am Importgeschäft haben sich jedoch auch die Stahl- und Autokonzerne selbst beteiligt: US-Stahlkonzerne verkaufen in den USA japanischen Stahl, Toyota will in einer (stillgelegten) Ford-Fabrik Autos erzeugen. Eine Reihe von amerikanischen Autokonzernen hat mit ausländischen Autofirmen Kooperationsgeschäfte abgeschlossen. Die These Lenins, daß Imperialismus verfaulender Kapitalismus ist, wird gerade am Beispiel der USA in der derzeitigen Weltwirtschaftskrise bestätigt. Durch seine jahrzehntelange Vorherrschaft unter den imperialistischen Ländern seit Ende des 2.Weltkrieges hat die Fäulnis des US-Imperialismus einen besonders hohen Grad erreicht. Daher auch die besondere Wucht, mit der die Weltwirtschaftskrise die USA trifft.

Daß etwa die amerikanischen Stahl- und Autoindustrien hoffnungslos veraltet sind - das wird von der Bourgeoisie seit längerer Zeit unumwunden zugegeben. Doch ist bis jetzt nichts geschehen. Selbst die in der Stahlkrise 1977 den Stahlkonzernen gewährten Begünstigungen (verbesserte Abschreibungsbedingungen, Mindestimportpreise, u.s.w.) haben zu keiner Modernisierung der amerikanischen Stahlindustrie geführt.





Präsidentschaftswahlen: Wirtschaftskrise der USA



Stahl- und Autoindustrie - das sind nicht einfach amerikanische Schlüsselindustrien (jeder 6.Arbeitsplatz ist direkt oder indirekt mit der Autoindustrie verbunden), sondern das sind auch kriegswichtige Industrien. GM, Ford und Chrysler bauen nicht nur Autos, sondern auch Panzer und Kanonen. Die Frage der Modernisierung dieser Industrien spielt daher nicht nur bezüglich des Wirtschaftskrieges zwischen den USA und der 2.Welt eine Rolle, sondern ist v.a. im Hinblick auf den heraufziehenden 3.Weltkrieg von zentraler Bedeutung. Doch steht der US-Imperialismus tatsächlich vor dem Problem, im wesentlichen seine gesamte Industrieproduktion zu modernisieren.

Seit einiger Zeit wird ein neues Vokabel in den bürgerlichen Publikationen der USA verwendet: "Reindustrialisierung". Der "Schöpfer" dieses Vokabels ist Amitai Etzioni, Direktor des Center for Policy Research an der Columbia University in New York. Sein "Vorschlag": Entwicklung modernster Investitionsgüter, Modernisierung der Infrastruktur und Kriegsindustrie. Eine solche Entwicklung soll durch die Regierung gefördert werden, indem sie die Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen verbessert, jenes Kapital, das für die Entwicklung von Schlüsselprojekten wie die Entwicklung synthetischer Treibstoffe verwendet werden soll, steuerlich begünstigt. Die Kosten für Etzionis Vorstellungen, deren Verwirklichung zehn Jahre beanspruchen soll: 6.000 Milliarden Dollar, das ist mehr als das Zehnfache des derzeitigen Jahresbudgets der USA. Senator Kennedy hat ähnliche Vorstellungen: Er verlangt die Schaffung einer American Reindustrialization Corporation, die unter staatlicher Aufsicht steht. Herr Etzioni verlangt für die Verwirklichung seiner Pläne "10 Jahre Zurückhaltung beim persönlichen Konsum" und das "Hinaufschrauben der Produktivitätsrate."

Derzeit sind Etzionis und anderer Leute Vorstellungen nur Diskussionsgegenstand. Die derzeitige Lage erfordert jedoch "Soforthilfe", um die Profitmacherei in Schwung zu halten. Anfang Juli, auf dem Weg nach Tokio, legte Carter einen Kurzaufenthalt in Detroit ein. Dort versprach er 1 Milliarde Dollar an Regierungshilfe für die darniederliegende Autobranche. Doch den Königen der Autoindustrie (Kaiser ist derzeit Japan als größter Autoproduzent der Welt) war das zuwenig. Sie wollen Steuerbegünstigungen für das Kapital, das in die Modernisierung der Industrie gesteckt werden soll. Stattdessen hatte Carter zugesagt, die gesetzlichen Effektivitätsanforderungen an die Autos der nächsten Jahre zu lockern, sowie Autohändlern Kreditgarantien zu gewähren.

Der Stahlindustrie geht's eher schlechter als der Autoindustrie. Wie die englische Wochenzeitschrift "The Economist" vom 12.7. schreibt, wollen die amerikanischen Stahlbarone "Steuerbegünstigungen, um ihre Stahlfabriken schneller abschreiben zu können, um so die Schmerzen für die Aufbringung von 7 Miliarden Dollar zu lindern, die sie brauchen, um einerseits Umweltsverschmutzungsbestimmungen gerecht werden zu können, und um andrerseits an produktivere Stahlerzeuger wie Japan, (Süd-)Korea oder Brasilien heranzukommen."

AUS DER KRISE AUF KOSTEN DER MASSEN

Was heute für die Sanierung der Auto- und Stahlindustrie vorgeschlagen wird (günstige Abschreibemöglichkeiten, Steuerbegünstigungen, Importbeschränkungen in dieser oder jener Form) - derartiges hat die Carter-Regierung bereits in der Stahlkrise 1977 durchgeführt. Modernisiert wurde deshalb die Stahlindustrie noch lange nicht. Stattdessen wurden von der Stahlindustrie "lukrative Aktiendividenden auf Kosten von Investitionen in moderne stahlproduzierende Anlagen ausbezahlt"(IHT 22.7.), und sie "zog es vor, ihre Fonds für Investitionen in Branchen wie der Chemieindustrie zu verwenden."(TheEconomist,12.7.). Ein Stahlwerk nach dem anderen wurde zugesperrt, zu den im Jahre 1977 mehr als 60.000 arbeitslosen Stahlarbeitern kamen noch weitere zig-Tausend dazu. Die Autoindustrie hatte im 2.Quartal 1980 Geschäftsverluste in der Höhe von 1,5 Milliarden Dollar, obwohl schon mehr als 300.000 Autoarbeiter der Konzerne GM, Ford und Chrysler stempeln gingen und obwohl schon mehr als 1.000 Autohändler Pleite gegangen waren.

Das Kapital ist unersättlich. Es wird keinen Cent in die "Modernisierung" stecken, solange in andere Fabriken als die eigenen profitabler investiert werden kann. Das hat sich gerade in den letzten Jahren immer wieder gezeigt.

Jetzt kommt es dem Kapital darauf an, den Wert der Ware Arbeitskraft möglichst weit herabzudrücken, damit es wieder profitabler ist, in die amerikanische Stahl- und Autoindustrie zu investieren statt in andere Industrien in- und ausserhalb der USA oder in Stahlwerke in Japan oder Brasilien.

Den Wert der Ware Arbeitskraft drücken, das heißt konkret: Lohnabschlüsse möglichst weit unter der Inflationsrate. Aber es heißt noch viel mehr. Es heißt auch verstärktes Anziehen der Steuerschrauben und Stillhalteabkommen zwischen Kapitalisten und Gewerkschaften. Seit 1973 haben die Arbeiterverräter der Stahlarbeitergewerkschaft Streikverbote in die Kollektivverträge mit einbezogen, sich gegen jede Aktivität der Basis gestemmt.

Seit einiger Zeit geht das Kapital noch weiter. "Jetzt ertönt der Ruf nach engerer Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Regierung und Arbeit." (IHT, 14.7.). Schon sitzt Douglas Fraser, Chef der UAW (United Auto Workers, die Gewerkschaft der Autoarbeiter), im Aufsichtsrat von Chrysler. Bei GM und Ford will die UAW solche Positionen bis 1982. Das heißt aber nichts anderes als die Bindung des Lohns und der Arbeitsbedingungen an das "Wohlergehen" der Profite. Die Chryslerarbeiter haben das als erste zu spüren bekommen. Die Verluste von Chrysler sind deshalb aber auch nicht kleiner geworden.

STILLHALTEN FÜHRT INS ELEND

Seit Beginn der 70er Jahre haben die Kapitalisten und ihr Staat den Lebensstandard der Werktätigen im steigenden Maß attackiert. Die Gewerkschaftsführer haben dabei wesentliche Hilfe geleistet. Dennoch hat es immer wieder erheblichen Widerstand gegeben. Die 110 Tage des Bergarbeiterstreiks von 1977/78 sind nicht vergessen. Dieser heroische Kampf endete durch das gemeinsame Vorgehen von Kapital, Staat und Gewerkschaftsführung mit einer Teilniederlage der Arbeiter. Danach wurden die Angriffe des Kapitals noch frecher, und es schickt sich an, die jetzige Krise zu nutzen, um einen Frontalangriff auf alle Lebensbedingungen der werktätigen Massen zu starten.

An der Basis der Gewerkschaften brodelt es. Gegen den Willen der Gewerkschaftsspitzen bilden sich Streikkomitees, Komitees gegen Fabriksschließungen, für den Kampf um die Arbeitsplätze. In diesem Kampf spielen, so wie an allen Fronten der Angriffe von Kapital und Staat in den vergangenen Jahren, die Minderheiten eine wesentliche Rolle. Sie sind durch Diskriminierung und doppelt so hohe Arbeitslosenrate doppelt unterdrückt und besonders ausgebeutet. Sie bekommen die Krise am ärgsten zu spüren. Vom 26. - 29.Juni fand in einem Elendsviertel von New York die Gründungskonferenz der National Black United Front statt. An ihr Beteiligten sich Aktivisten aus 30 Bundesstaaten. Die Gründung dieser Organisation ist die Antwort auf den ständigen Verrat der Interessen der Afro-Amerikaner durch ihre alteingesessenen Organisationen.

Am Kampf gegen die Auswirkungen der Krise nehmen ebenso Lehrer, Hotelangestellte, Spitalspersonal und kleinere Farmer teil. Sie bilden -in- und außerhalb der Gewerkschaften - Komitees und Organisationen für den Kampf der werktätigen Massen. Die Gewerkschaften selbst befinden sich jedoch nach wie vor in den Händen der Klassenkollaborateure. Das ist ein besonderer Mangel für den Kampf gegen die derzeitige Flut der Angriffe der Kapitalisten. Die werktätigen Massen befinden sich in der Defensive und müssen erst ihre Kräfte formieren und gruppieren, bevor sie der Wucht der Angriffe des Kapitals erfolgreich begegnen können.

Z.O.

INTERNATIONALES

Fortsetzung von Seite 9

Insgesamt verlangt er eine größere Rolle des Staates in wirtschaftlichen Fragen: So fordert er eine Benzin-Steuererhöhung um 50 cent pro Gallone, "um die Ölimporte drastisch zu reduzieren", und will staatliche Gelder für den Bau großer Anlagen zur Herstellung synthetischer Treibstoffe (Reagan will nur einige Versuchsanlagen). Anderson verlangt die Zusammenfassung der von den einzelnen Bundesstaaten durchgeführten Wohlfahrtsprogramme durch den Gesamtstaat und eine größere Rolle des Staates im Gesundheitswesen und bezüglich Sicherheitsbestimmungen am Arbeitsplatz - so wie Kennedy. In der Militärpolitik spricht er sich gegen den Bau der MX-Rakete jedoch für das Trident-U-Boot-Programm aus. Letzteres wollen auch Reagan und Carter. Die US-Flotte soll von etwas mehr als 400 auf 600 Schiffe vergrößert werden. Daß Anderson sich politisch Kennedy näher als Carter oder gar Reagan fühlt, zeigte er in einer Bemerkung vor dessen Ausscheiden aus dem Wahlkampf: Im Falle einer Kandidatur Kennedys "müßte ich darüber nachdenken aufzugeben".

WER WIRD DAS RENNEN MACHEN ?

Abgesehen davon, daß Anderson in den Meinungsumfragen weit hinter Carter und Reagan liegt, hat er auch finanzielle Schwierigkeiten. Denn als "Unabhängiger" erhält er nicht so wie Kandidaten der Demokraten und Republikaner staatliche Zuschüsse von fast 30 Mio. Dollar. Außerdem darf jede der beiden Parteien weitere 4,6 Mio. Dollar aus der Wahlkasse fließen lassen. Zwar hat Anderson keine Partei hinter sich, doch könnte er das Zünglein an der Waage spielen.

Auch wenn Reagan keine für das amerikanische Finanzkapital gangbare Wege vorschlägt, so widerspiegelt seine Haltung doch die Gefühle großer Teile der Mittelschichten und gewisser Teile der Arbeiterklasse, die durch immer drückendere Steuerlasten und hohe Inflationsraten ihren relativen Wohlstand immer stärker gefährdet sehen. Auch wenn sich die diversen Gewerkschaftsbonzen bereits für Carter ausgesprochen haben, so heißt das noch nicht, daß sich die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder danach richten wird (Beispiel: Die Wahlen 1968, als Nixon Humphrey besiegte). Außerdem ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den USA sehr niedrig - etwa 20%.
Am 4. November könnte Anderson soviele Stimmen auf sich vereinigen, daß weder Carter noch Reagan das Minimum von 270 Wahlmännern erzielen. Dann müßte das Abgeordnetenhaus zusammentreten und den neuen Präsidenten bestimmen. Im Kongreß gibt es aber derzeit eine Mehrheit der Demokraten, sodaß auch in diesem Fall Carter die besseren Siegeschancen hätte. Es ist daher wahrscheinlich, daß sich genug Geldgeber für Anderson finden werden, solange Carter im Wahlkampf keine klare Führung gegenüber Reagan herausgeholt hat.

Hat Carter jedoch den Wahlsieg so gut wie in der Tasche - braucht die Entscheidung also nicht im Kongreß zu fallen - so wird Anderson für das Finanzkapital funktionslos. Allein finanzielle Gründe könnten ihn dann zur Aufgabe seiner Kandidatur zwingen.
Unabhängig davon, wer das Rennen gewinnen wird, der Verlierer wird das amerikanische Volk sein. Es wird nach den schönen Wahlreden weiterhin steuerlich ausgepreßt werden, Inflations- und Arbeitslosenrate werden weiterhin hoch sein. Daher werden auch diesmal viele Amerikaner gar nicht erst zur Wahlurne gehen.

Z.O.

Das Leben in befreiten

Seit bald zwei Jahren stehen mehr als 200.000 vietnamesische Besatzer in Kampuchea und versuchen buchstäblich, das kampucheanische Volk auszurotten. Doch die beiden vietnamesischen Trockenzeit-Offensiven sind gescheitert. Es ist jene Wende eingetreten, die von der Regierung des Demokratischen Kampuchea vorausgesagt worden war: Zwar können die Vietnamesen noch nicht direkt aus dem Land hinausgeschmissen werden, doch sind sie nicht mehr in der Lage, militärisch eine Entscheidung herbeizuführen. Derzeit herrscht also eine Situation des relativen Gleichgewichts.-Wie spielt sich das Leben in den befreiten Gebieten ab? Strotzt dort alles von Waffen und Munition, oder gibt es auch Schulen und Spitäler? Wie ernähren sich die befreiten Gebiete Kampucheas? Mit diesen Fragen beschäftigen sich ausführlich Artikel in der amerikanischen ML-Zeitschrift "Unity"-und in der kanadischen ML-Zeitung "The Forge", aus denen wir Auszüge bringen.

Richard Fleming und Elisabeth Erlich von "Unity" besuchten zwei Dörfer in den befreiten Gebieten. Sie berichten über das Leben in Le Phnom, in dem rund 1.000 Menschen leben: "Als erstes hörten wir Schulkinder, die laut ihre Lektion aufsagten. So wie alle Gebäude im Dorf wurde auch die Schule aus Bambus gebaut und hatte ein Strohdach. In allen befreiten Gebieten gehen Kinder bis zum Alter von 16 Jahren zur Schule so wie hier. Sie lernen lesen, schreiben, Arithmetik und andere Fertigkeiten, und einige erhalten weitere Ausbildung, um Lehrer zu werden. Es wird mit Kreide auf Rinde geschrieben, doch berichtete Thiounn Mumm, Minister für Wissenschaft und Technologie, daß eine japanische Hilfsorganisation eine große Menge Papier und Bleistift schikken würde (die in der Zwischenzeit eingetroffen sein dürfte).
Das Dorf selbst besteht aus verstreuten Gruppen von Bambushäusern, die durch fürsorglich betreute Felder, auf denen Mais, Tapioca, Kürbis und Melanzani angebaut werden, voneinander getrennt sind. Nicht ganz 7 Hektar Land werden kollektiv bebaut. Außerdem hat jede Familie noch einen Privatgrund, wo sie für den Eigenbedarf Lebensmittel produziert. Da der Boden in diesem Dorf nicht sehr fruchtbar ist, kann sich das Dorf nicht vollständig selbst ernähren und erhält von der Regierung einen gewissen Getreidezuschuß. Ein Teil der geernteten Lebensmittel geht an die Front. Außerdem produziert das Dorf täglich 10.000 scharfe Bambusstäbchen für den Bau von Fallen im Dschungel, die ein wirksames Mittel gegen die vietnamesische Infantrie sind und bereits viele Okkupanten ausgeschaltet haben.
Le Phnom hat - so wie jedes Dorf dieser Größe - auch eine eigene Sanitätsstation, die 30 bis 40 Patienten betreuen kann. Derzeit stellt Malaria das größte medizinische Problem dar. Diese Krankheit befällt früher oder später fast jeden Dorfbewohner. Die Versorgung mit Anti-Malaria-Medikamenten reicht kaum aus, sodaß diese Krankheit nach wie vor ein ernstes Problem darstellt. Doch ist die medizinische Versorgung im Vergleich zu den schweren Bedingungen, unter denen die Bewohner leben, von hoher Qualität. Sind Patienten so schwer erkrankt, daß sie in der Sanitätsstation nicht behandelt werden können, so werden sie zu einem etwa 9,5 km entfernt gelegenen Spital gebracht. Dieses kann alle Routine-Operationen durchführen, aber auch kompliziertere Operationen wie etwa die Entfernung von Geschoßen bei Kopfwunden.
In den befreiten Gebieten gibt es insgesamt 40 solche Spitäler.
Derzeit leben ungefähr eine Million Menschen in Dörfern wie Le Phnom in den befreiten Gebieten unter der Verwaltung des Demokratischen Kampuchea. In den von den Vietnamesen kontrollierten Gebieten leben ein bis zwei Millionen Menschen. Weitere zwei Millionen Menschen leben in Gebieten, die bei Tag von den Vietnamesen und bei Nacht durch das Demokratische Kampuchea kontrolliert werden.
Das Leben in den befreiten Gebieten ist ziemlich beschwerlich, stabilisiert sich jedoch immer mehr, und die auf die vietnamesische Invasion im Dezember 1978 folgenden Zersetzungserscheinungen beginnen langsam zu verschwinden.

DIE UMSETZUNG DES EINHEITSFRONTPROGRAMMS

Ein wichtiger Faktor bei der Stabilisierung und Verbesserung der Lage in den befreiten Gebieten ist das neue Einheitsfrontprogramm, das im vergangenen Herbst von der Regierung des Demokratischen Kampuchea vorgelegt wurde. Unter anderem garantiert das Einheitsfrontprogramm eine Reihe politischer Rechte, darunter Redefreiheit, Religionsfreiheit, sowie das Recht auf Privateigentum.
Dieses neue Einheitsfrontprogramm wird in den befreiten Gebieten bereits in die Praxis umgesetzt und wird die Leitlinie für das ganze Land sein, nachdem die Vietnamesen zum Abzug gezwungen sein werden.
Das Einheitsfrontprogramm wurde ausgearbeitet, um die breitestmögliche Unterstützung des kampucheanischen Volkes im Kampf gegen Vietnam zu gewinnen."
In Gesprächen mit den Vertretern von "Unity" wies Ministerpräsident Khieu Samphan darauf hin, daß dieses Programm keine vorübergehende oder taktische Maßnahme ist, sondern eine langfristige strategische Politik; die Regierung werde nicht zu der in der Periode 1975-78 verfolgten Politik zurückkehren.
Westliche Massenmedien haben dieses Ein-



In der Dorfschule von Le Phnom



Frauen mit ihren Kindern bei der Feldarbeit auf ihrem Privatgrund.

Gebieten Kampucheas

heitsfrontprogramm als eine "Ablehnung des Kommunismus" durch die Regierung des Demokratischen Kampuchea interpretiert. Dazu erklärte Khieu Samphan in einem Interview mit Stephen Orlov, Sekretär des Kampuchea-Unterstützung-Komitee in Kanada (s. "The Forge", 5.9.): Die neue strategische Politik bedeutet keine Ablehnung des Sozialismus in der Vergangenheit. Doch die Situation hat sich geändert. Jetzt geht es ums nackte Überleben der Khmer Nation. Es ist nicht angebracht, vom Sozialismus zu reden, wenn der nationale Unabhängigkeitskampf die Einheit aller Kampucheaner erfordert. Nach dem Rückzug der Vietnamesen wird das Kampucheanische Volk durch demokratische Wahlen selbst entscheiden, welchen Gesellschaftstyp es will.-Doch wird das Problem des Überlebens der Khmer Nation auch nach der Vertreibung der Vietnamesen mehrere Generationen lang existieren, erklärte Khieu Samphan gegenüber den Vertretern von "Unity". Diese berichten auch über die praktische Umsetzung des Einheitsfrontprogramms in den von ihnen besuchten Dörfern: "Während früher (also in der Periode 1975-78) Familien oft getrennt wurden und es nur eine Gemeinschaftsküche gab, so hat jetzt jede Familie ihr eigenes Haus und ihre eigene Küche. Jetzt kann jede Familie ihr eigenes Stück Land bebauen, während das früher nicht gestattet war."

Es geht aber nicht nur um die Umsetzung des Einheitsfrontprogramms in den befreiten Gebieten. Kader in den von den Vietnamesen kontrollierten Gebieten erklären den Volksmassen die Bedeutung dieses Programms. Denn es geht darum, alle Kräfte zu vereinigen, die gegen die vietnamesischen Okkupanten sind. Den Vertretern von "Unity" wurde berichtet, daß sich bereits einige bewaffnete Gruppen, die früher unabhängig waren, der Einheitsfront angeschlossen haben. Außerdem gibt es Verhandlungen, um weite Kreise patriotischer Kräfte zu vereinigen. Das bezieht sich auch auf Kräfte außerhalb Kampucheas.

ZUR MILITÄRISCHEN SITUATION

Taktische Fehler zu Beginn des Kampfes gegen die vietnamesische Aggression (es wurde versucht, der vietnamesischen Blitzkrieg-Taktik mit einer konventionellen Kriegführung zu begegnen) sowie der strategische Rückzug in den Westen des Landes und die damit verbundene fast einjährige Defensive brachten schwere Verluste mit sich. Obwohl fast die Hälfte der Streitkräfte verlorenging, gelang die Umstellung auf den Guerrillakrieg. Die Eindrücke, die Stephen Orlov und die Vertreter von "Unity" bezüglich der militärischen Situation gewinnen konnten, bestätigen die offizielle These vom strategischen Wendepunkt im Kampf gegen Vietnam. Da dessen Blitzkriegstrategie gescheitert ist, versucht der vietnamesische Aggressor, durch Artilleriefeuer die kampucheanischen Freiheitskämpfer zu zermürben. Doch reichen die vietnamesischen Kräfte nicht mehr aus, um dem Artilleriefeuer eine Infanterieattacke folgen zu lassen.



50% der vietnamesischen Verluste beruhen auf Verletzungen, die durch solche Bambusstäbchen in Fallgruben verursacht werden.

Ohne 3 Mio. Dollar Militärhilfe durch die Sozialimperialisten wäre Vietnam nicht mehr in der Lage, diesen Krieg zu führen. Die Einschätzung, daß ein strategischer Wendepunkt erreicht ist, bedeutet nicht, daß der Übergang zur endgültigen Vertreibung der Vietnamesen aus Kampuchea unmittelbar bevorsteht. Vielmehr ist mit einer längeren Periode des relativen Gleichgewichts zu rechnen. Dennoch sind die Kämpfer des Demokratischen Kampuchea schon heute in der Lage, ihr Ziel, täglich mindestens 300 Vietnamesen außer Gefecht zu setzen, zu verwirklichen (s.Kasten).

LÜGEN UND SCHWEIGEN

Immer wieder haben Hanoi und seine Hintermänner der Welt weiszumachen versucht, daß jetzt und jetzt und jetzt den "Pol-Pot-Banden" der Garaus gemacht wird. Stephen Orlov berichtet von einem Beispiel der Hanoier Lügenmaschinerie: "Als ich wieder in Kanada war, las ich interessante Berichte aus Hanoi, wonach Phnom Malay am 25.Juli durch vietnamesische Truppen eingenommen wurde. Doch ich befand mich am 31.Juli in diesem Stützpunkt, und da befand dieser sich sehr wohl unter kampucheanischer Kontrolle." Dieser Stützpunkt befindet sich in den Bergen. Etwa 8-9 km entfernt davon befindet sich der Berg Phnom Macrum, von dem aus die Vietnamesen Phnom Malay mit Artillerie beschossen. Offenbar dachten sie, daß ein hinreichend anhaltendes Artilleriefeuer schon zur Einnahme von Phnom Malay ausreicht.

Die österreichischen Massenmedien belegen die Kämpfe in Kampuchea mit Schweigen. Jahr um Jahr haben sie die Hetze made in USA and USSR gegen das Demokratische Kampuchea mitgemacht. Jetzt stehen sie vor den Scherben ihrer Lügen. Denn das "unter Pol Pot schmachtende Volk" kämpft verbissen und unbeugsam gegen den vietnamesischen Aggressor - unter der militärischen Führung von Pol Pot und der politischen Führung von Khieu Samphan. Dafür hat die österreichische Bourgeoisie bestenfalls Schweigen übrig. Direkt oder indirekt zugeben, eine Hetzjagd mitgemacht zu haben - das geht gegen die Ehre der Bourgeoisie. Den Ausrottungsfeldzug Vietnams und die Globalstrategie der Sozialimperialisten zumindest beleuchten - unmöglich, wo "wir" doch vom sowjetischen Erdgas abhängig sind. Außerdem kommen keine Millionen Tonnen Erdöl wie aus dem Irak oder 0,2 Millionen Tonnen Erdöl wie aus dem Iran aus dem "fernen" Kampuchea. Schon sind Vietnams und Kampucheas Hochseehäfen zu sowjetischen Flottenstützpunkten ausgebaut, schon schielt der Sozialimperialismus nach der Malakkastraße. Doch die Sorge um ihre eigenen Profite läßt die österreichische Bourgeoisie (und nicht nur diese) schweigen.

Das österreichische Volk hat keine Profitinteressen. Der Kampf des kampucheanischen Volkes liegt aber sehr wohl im Interesse unseres Volkes.Denn die Bedrohung seiner Unabhängigkeit durch den Sozialimperialismus wächst tagtäglich. Daher hilft der Kampf Kampucheas dem österreichischen Volk, aus diesem Kampf Lehren zu ziehen. Die Unterstützung des kampucheanische Volkes durch das österreichische Volk muß daher gefördert werden.

-Z.O.

VIETNAMS TRUPPEN WERDEN ZERMÜRBT

Trotz zwei Trockenzeit-Offersiven ist es den Vietnamesen nicht gelungen, den bewaffneten Widerstand des kampucheanischen Volkes zu brechen. In der Regenzeit können sie aber ihre waffentechnische Überlegenheit nicht ausspielen. Die Vietnamesen kontrollieren nicht viel mehr als Städte und Überlandstraßen. Kampucheas Freiheitskämpfer sind drauf und dran, das für die heurige Regenzeit gesteckte Ziel, 50.000 feindliche Soldaten und Offiziere auszuschalten, zu überbieten.

Die Verluste (Tote und Verwundete) der Vietnamesen betrugen im Monat
- Mai: 12.285 Mann
- Juni: 14.333 Mann, darunter 3 Regiments- und 3 Bataillonskommandeure sowie weitere 8 Offiziere. Außerdem wurde eine große Menge Waffen und Munition zerstört und weitere beträchtliche materielle Verluste den Vietnamesen zugefügt.
- Juli: 14.464, darunter 1 Distrikts-, 2 Regiments-, 2 Bataillons-, 10 Kompaniekommandeure. Weiters wurden so wie früher eine Reihe von militärischen Installationen, Militärfahrzeugen, Brücken und große Mengen an Waffen und Munition zerstört.

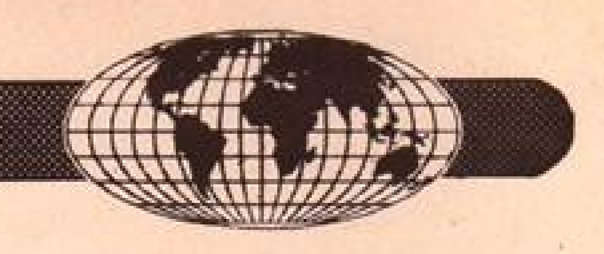
Für August standen uns Anfang Oktober noch keine vollständigen Zahlen zur Verfügung, doch dürften die vietnamesischen Verluste etwa das gleiche Ausmaß wie in den vorangegangenen drei Monaten erreicht haben. Denn in der ersten Septemberwoche betrugen die Verluste der Besatzer täglich mehr als 400 Mann.

Diese beträchtlichen Verluste, die auf tagtäglichen Attacken kleiner Guerrillaeinheiten, aber auch größeren Angriffen (bei denen mehrere Guerrillaeinheiten gemeinsam operieren) beruhen, ruinieren auch die Moral der vietnamesischen Besatzer. Immer häufiger kommt es zu Desertionen und Meutereien vietnamesischer Truppen. Hier einige Beispiele:
- Am 3.August desertierten in der Gemeinde Romchek in der Ostregion 13 Soldaten in Richtung Vietnam.
- Am 4.August brachten die Soldaten einer in Sandan im Bezirk Sambaur stationierten Kompanie ihren Kommandanten um und verletzten drei seiner Untergebenen schwer. Diese Soldaten hatten sich geweigert, an die Front zu gehen.
- Anfang August desertierten 70 Soldaten der Front Koh Kong Nord in Richtung Vietnam.
- Am 5.August erhoben sich die Soldaten einer Kompanie in Baray in Kompong Thom und brachten ihren Kommandeur um. In der darauffolgenden Nacht desertierten 18 von ihnen nach Vietnam.
- Am 15.August waren es ein Leutnant und 100 Soldaten, die aus Damrey Phong im Bezirk Chhlong der Provinz Kratie in Richtung Heimat desertierten. Sie waren bereits früher bei Desertionsversuchen erwischt und zum neuerlichen Einsatz in Kampuchea gezwungen worden.

Die kampucheanischen Freiheitskämpfer werden von der Bevölkerung im ganzen Land unterstützt. Dadurch ist es ihnen möglich, den Feind sogar in seinem kampucheanischen Hauptquartier, in Phnom Penh, anzugreifen.
- Am 9.Juli wurde ein vietnamesischer Soldat am alten Markt von Phnom Penh erschossen.
- Am 11.Juli wurde eine Wachestation an der Chbar Ampeou Brücke am Westufer des Bassac-Flusses mit Handgranaten angegriffen. Dabei kamen 2 Vietnamesen ums Leben, drei weitere wurden verletzt.
- Am 30.Juli wurden Besatzungssoldaten direkt im Olympiastadium von Phnom Penh angegriffen. 6 von ihnen kamen ums Leben, mehrere wurden verwundet.

Im Laufe des August verloren die Vietnamesen in Phnom Penh und den Vororten 79 Mann.

INTERNATIONALES



Erstmals seit dem 2. Weltkrieg stehen einander im Krieg zwischen dem Irak und dem Iran zwei Länder der Dritten Welt im Nahen Osten gegenüber. Erstmals sind weder Imperialismus noch Zionismus die militärischen Feinde eines arabischen Landes, sondern ein Land bei dem die Gemeinsamkeiten die Differenzen bei weitem überwiegen: sowohl der Irak als auch der Iran kämpfen gegen die Muttermale wirtschaftlicher Ausplünderung, die ihnen vom Imperialismus und Sozialimperialismus zugefügt wurden; im Rahmen der OPEC sind beide Länder bemüht, ihren Ölreichtum gegen die imperialistische Ausplünderung zu verteidigen; beide Länder sind Mitglieder in wichtigen Zusammenschlüssen der Dritten Welt wie der Bewegung der Blockfreien und der Konferenz der islamischen Staaten; beide Länder unterstützen sowohl den Kampf des palästinensischen Volkes um sein nationale Selbstbestimmungsrecht wie auch den Kampf des afghanischen Widerstands gegen die sozialimperialistischen Okkupanten; und nicht zuletzt zwingt ihre strategische Lage beide Länder den Kampf gegen das Hegemoniestreben der Supermächte aufzunehmen, in einem Gebiet, das zu den Kernräumen des Ringens der beiden Supermächte zählt.

Irak/Iran
Ein Krieg zum Nutzen des Sozialimperialismus

Trotz dieser wichtigen und einigenden Gemeinsamkeiten werden die kriegerischen Auseinandersetzungen mit unerbittlicher Härte und Unnachgiebigkeit geführt: lebenswichtige Industrieanlagen wurden zerstört, der Sturz der Regierung des jeweiligen Gegners wurde propagiert und ernstgemeinte Verhandlungsangebote von gemeinsamen Freunden - wie dem PLO-Vorsitzenden Arafat und der Konferenz der islamischen Länder - wurden zumindest in den ersten Wochen rundweg abgelehnt.

ZU DEN HINTERGRÜNDEN DES KRIEGS

Vielfach wird - besonders in der bürgerlichen Presse - aus verständlichen Gründen der wirtschaftliche Aspekt dieses Krieges hervorgehoben. Wahr daran ist, daß alle territoriale Fragen, um die es in diesem Krieg geht, eng mit wirtschaftlichen Fragen verbunden sind.

Auch in strategischer Hinsicht ist der Krieg von Bedeutung. Immerhin liegen in den Ländern, die am Persischen Golf angrenzen,mehrere der größten Ölexporteure der Welt. Wer z.B. die Straße von Hormuz kontrolliert, kann zugleich 60% der Ölimporte Europas kontrollieren.
Dennoch spielt der wirtschaftliche Aspekt, zumindest für den Irak als Angreifer,eine geringe Rolle. Wäre für den Iran der Verlust der Provinz Khusistan eine wirtschaftliche und politische Katastrophe, so gehört der Irak zu den "reichsten" arabischen Ländern. Er hat es weder notwendig, fremdes Gebiet aus wirtschaftlichen Gründen zu erobern, noch dürfte er dazu imstande sein.
Auch der strategische Aspekt ist von untergeordneter Bedeutung - zumindest was den Kriegsausbruch betrifft; denn soweit bekannt ist, handelt keines der beiden Länder bewußt im Interesse einer der beiden Supermächte.

Eine wesentliche Ursache wird aber deutlich, hält man sich jene Gebiete vor Augen, die der Irak beansprucht und deren teilweise Kontrolle erklärtes Kriegsziel des Irak ist. Sowohl der Schatt-el-Arab, wie auch die Provinz Khusistan(Arabistan) und die Straße von Hormuz werden vom Irak als arabisches Territorium beansprucht.
In diesem Zusammenhang kann sich der Irak sogar auf eine Reihe von Tatsachen stützen: der Schatt-el-Arab liegt zweifellos auf arabischem Territorium, in Khusistan leben arabische Minderheiten,und die Inseln in der Straße von Hormuz wurden im 19.Jahrhundert gemeinsam mit Territorien auf der arabischen Halbinsel besetzt.

Wie auch in anderen Gebieten der Dritten Welt handelt es sich um solche Gegenden, die im Laufe ihrer Geschichte mehrmals Gegenstand der Aggression und des Schachers imperialistischer Mächte wurden: des Osmanischen Reichs, der Briten und des US-Imperialismus.

Die Lösung dieser Frage steht bei den jüngsten kriegerischen Konflikten offensichtlich im Vordergrund. Für den Irak geht es darum, die Oberhoheit über die genannten Gebiete herzustellen, für den Iran geht es darum, die drohende Zersplitterung des Landes zu verhindern.

Nun ist dieses Phänomen von ungelösten nationalen und territorialen Fragen - meist Grenzproblemen - in der Dritten Welt eher die Regel. In hunderten Fällen wurden in Afrika,Asien und Lateinamerika ganze Völker und Länder auf Grund imperialistischer Eroberungen und einer Reihe von innerimperialistischen Verträgen zersplittert. Ebenso ist es bei dem Versuch,diese Probleme nach der Unabhängigkeit der jeweiligen Länder zu lösen,zu einer Reihe von Kriegen gekommen: die Kämpfe zwischen Indien und Pakistan, die Kriege zwischen Äthiopien und Somalia, der tansanisch-ugandische Krieg und eine Reihe von Volksbefreiungskriegen sind nur einige von vielen Beispielen. Selbst beim Überfall Vietnams auf das Demokratische Kampuchea spielt dieser Aspekt eine (wenn auch untergeordnete)Rolle. Eine Reihe von Ländern der Dritten Welt trugen dieser Tatsache Rechnung und versuchten durch gegenseitige Verträge,die herrschenden Grenzstreitigkeiten zumindest so zu Regeln, daß Kriege für die meisten Fälle verhindert werden konnten. Das bekannteste Beispiel für einen solchen Vertrag ist das Generalabkommen der OAU, auf gewaltsame Lösung von offenen Territorialfragen in Afrika zu verzichten.

RADIKALER ARABISCHER NATIONALISMUS

Ein Grund für die besondere Schärfe der politischen Offensive des Irak, die ganz offensichtlich ohne Rücksicht auf strategische und andere politische Probleme - wie die palästinensische Frage - durchgeführt wurde, liegt im besonderen Charakter des "Baath"-Regimes, das seit 1968 die Macht im Land hat. Die "Baath"-Partei vertritt den radikalsten Nationalismus im gesamten arabischen Raum. Das programmatische Ziel dieser Partei ist es, den gesamten arabischen Raum vom Atlantik bis zum Indischen Ozean bzw. im arabischen Süden bis nach Somalia einschließlich Eritreas in einem einheitlichen Staatsgebilde zu vereinigen. Zugleich hat"Baath"eine Reihe von sozialen Reformen auf seine Fahnen geschrieben, die sich sowohl gegen den Imperialismus als auch gegen überkommene "feudale" Strukturen im arabischen Raum richten.

Aus diesem radikalen arabischen Nationalismus erklären sich eine Reihe von z.T. widersprüchlichen Maßnahmen, die "Baath" seit ihrem Regierungsantritt im Irak gesetzt hat.

Z.B. gehört der Irak zu jenen arabischen Ländern, die am schärfsten die zionistische und imperialistische Unterdrückung des palästinensischen Volkes kritisieren und seinen Kampf unterstützen. Zugleich hat der Irak schon mehrmals die PLO wegen ihrer "Kompromißbereitschaft" angegriffen und sogar 1978 politische Morde an PLO-Vertretern verübt.
Auch gegenüber den beiden Supermächten äußert sich dieser Widerspruch. Der Irak hat fast alle Beziehungen zu den USA wegen deren Unterdrückungspolitik gegenüber dem palästinensischen Volk abgebrochen. Zugleich ist er jedoch engere wirtschaftliche und politische Beziehungen mit den Sozialimperialisten eingegangen, hat einen Freundschaftsvertrag mit ihnen abgeschlossen. Umgekehrt hindert dies den Irak nicht, die Sowjetunion dort anzugreifen, wo sie sich in die inneren Angelegenheiten einmischt oder - wie im Fall von Eritrea und Afghanistan - Länder der Dritten Welt angreift.

Die Hauptseite dieses Widerspruches, der den radikalen Nationalismus der "Baath"-Partei prägt,ist sicherlich seine konsequente Haltung gegen jegliche imperialistische Unterdrückung bzw. gegen jegliches Hegemoniestreben einer Supermacht.

Allerdings entspricht es der Logik eines solch radikalen Nationalismus, daß in seinem Namen Aktionen gesetzt werden, die letztlich die angestrebten Ziele der nationalen Unabhängigkeit und die Front der Länder der Dritten Welt gegen die beiden Supermächte schwächen.
Das ist beim irakischen Angriff auf den Iran sicherlich der Fall. Immer-

hin handelt es sich bei dem derzeit im Iran herrschenden Regime um eines, das durch den Kampf der Volksmassen an die Macht kam, bereits eine Reihe von Maßnahmen im Sinne der Unabhängigkeit des Landes gesetzt hat und einige wichtige soziale Reformen zugunten der breite Masse der Bauern und Arbeiter im Land. Nationalisierung der Banken und wichtiger Industrien; Verbesserung der Sozialversicherung für die Arbeiter und höhere Mindestlöhne; das Zurückdrängen des US-imperialistischen Einflusses im Land und die Kündigung ungleicher Verträge mit der Sowjetunion - das sind nur einige von vielen Maßnahmen der islamischen Republik.
Dennoch ist das Land alles andere als gefestigt. Das haben die Auseinandersetzungen um die Bildung einer Regierung in den letzten Monaten gezeigt. V.a. sind eine Reihe von Problemen im Zusammenhang mit den nationalen Minderheiten offen.
Eine militärische Niederlage im Krieg gegen den Irak würde die unsichere Lage im Iran weiter verschärfen und das Land für Aggressionen von außen höchst verwundbar machen.

DER KRIEG NÜTZT DEN SOZIALIMPERIALISTEN

Eine solche Entwicklung ist weder für den Iran noch für den Irak wünschenswert. So notwendig die Klärung jener territorialen Fragen ist, die den Ländern des Nahen Ostens vom Imperialismus hinterlassen wurden, so sehr die Geschichte - z.B. nationaler Kriege in Europa - gezeigt hat, daß solche Fragen oft nur mit den Mitteln des Krieges zu lösen sind, so wenig hat das derzeitige irakische Unterfangen Aussicht auf Erfolg.
Nach zwei Wochen ist bereits abzusehen, daß der Krieg mit rein militärischen Mitteln - und ohne Intervention einer fremden Macht - nicht entschieden werden kann. Die Alternativen liegen heute in einem langwierigen Zermürbungskrieg beider Länder oder im Versuch,eine friedliche und einvernehmliche Lösung zu finden.

Im ersten Fall wäre der Sozialimperialismus der eindeutige Nutznießer aus diesem Konflikt.

Den USA sind derzeit die Hände gebunden. Einerseits stehen die Wahlen zur Präsidentschaft vor der Tür,andrerseits haben sie alle Hände voll zu tun, ihren zionistischen Stützpunkt vor den wachsenden internationalen Angriffen zu schützen. Auch hat die mißlungene Kommandoaktion gegen den Iran im vergangenen Frühjahr gezeigt, daß auch jetzt ein militärisches Eingreifen der US-Armee höchst unsichere Ergebnisse bringen würde. Zumal die Sozialimperialisten bereits offen gedroht haben, einer solchen Intervention nicht tatenlos zusehen zu wollen. Carter bleibt also nichts anderes übrig,als "Neutralität" zu wahren und von "Frieden" zu schwätzen.

Das tun die sowjetischen Sozialimperialisten auch. Allerdings erklärt sich diese Haltung weniger aus einer Schwäche, die zweifellos angesichts ihrer Schiwerigkeiten in Afghanistan sicherlich vorhanden ist, sondern daraus, daß ihnen fast bei jedem Ausgang des Konflikts eine Reihe von Möglichkeiten offen stehen:

+ Im Falle eines längerandauernden Krieges und der damit verbundenen Lahmlegung wichtiger Industrien in der Provinz Khusistan(Arabistan) wäre mit einer weiteren Untergrabung der Autorität der iranischen Zentralregierung zu rechnen. In solch einer Situation könnte es den Sozialimperialisten eine prosozialimperialistische Putschregierung - wie z.B. in Afghanistan - als Lösung zu präsentieren.
+ Auch stünde den Sozialimperialisten die Möglichkeit offen, in einigen Minderheitengebieten durch Subversion auf Sezessionstendenzen hinzuarbeiten, die den Iran gegenüber der Sowjetunion sicherlich schwächen würden.
+ Auch ist nicht auszuschließen, daß die Sozialimperialisten unter dem Vorwand eigener "Sicherheitsinteressen" im Iran direkt militärisch intervenieren und Teile des Landes besetzen.
In all diesen Fällen wären die Sozialimperialisten einen Schritt näher ihrem Ziel, Zugang zum Golf zu erhalten.

Auch für den Irak ist die Entwicklung alles andere als günstig, kommt es nicht zu einer einvernehmlichen Verhandlungslösung mit der Regierung des Nachbarlandes:
+ In längerandauernden Kämpfen böte sich der Sowjetunion die Chance, die militärische und politische Abhängigkeit des Irak zu erhöhen. Immerhin verfügt der Irak nach wie vor in der Hauptsache über sowjetisches Kriegsmaterial. Die durch einen längeren Krieg entstehenden Nachschubprobleme würden ein geignetes Druckmittel für die Sozialimperialisten abgeben.
+ Auch im Irak hat die Sowjetunion die Möglichkeit, Sezessionstendenzen anzuheizen. So hat es im irakischen Kurdengebiet bereits eine Woche nach Kriegsbeginn erstmals seit 1975 kriegerische Auseinandersetzungen gegeben.

Selbst eine Verhandlungslösung steht der Sojwetunion als günstige Möglichkeit offen: Sie könnte sich als "Vermittler" einschalten; um den Preis, auf ein allfälliges Abkommen Einfluß zu nehmen.

Für beide Länder - als Länder der Dritten Welt -, deren Unabhängigkeit vom Hegemoniestreben der beiden Supermächte bedroht ist, gibt es derzeit keine andere Lösung der gemeinsamen Konflikte als jene, die bereits PLO-Vorsitzender Arafat angeboten hat: gemeinsame Verhandlungen mit dem Ziel eines Kompromisses, der die Interessen beider Seiten berücksichtigt.
(Z - wik)

<u>KHUSISTAN(ARABISTAN)</u>: Die im Südosten des Iran gelegene Provinz ist die reichste des ganzen Landes. Die Konzentration der Ölreichtümer des Landes in dieser Provinz hat zu einer relativ starken Industrialisierung bereits zu einer Zeit geführt, als imperialistische Mächte noch die Kontrolle über dieses Gebiet hatten. Neben ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ist sie für den Iran auch politisch wichtig Die Ölarbeiter der Hafenstädte Abadan und Korramshar waren durch ihre Streiks 1978 und 1979 wesentlich am Sturz des Schah-Regimes beteiligt.
Die Provinz wird von einer starken arabischen Minderheit wie auch weitere Küstenstreifen am iranischen Ufer des Golf bewohnt. Seit dem Sturz des Schahregimes kam es mehrmals zu nationalen Unruhen um die Forderung nach Autonomie für die Provinz.

<u>SCHATT-EL-ARAB</u>: ist der Zusammenfluß von Euphrat und Tigris und auf 500 km Länge Grenzfluß zwischen dem Irak und dem Iran. Er ist mit Hochseeschiffen befahrbar und dient zum Transport des Rohöls, das an beiden Seiten der Grenze gefördert wird. In Abadan, einer Hafenstadt am Fluß liegt die größte Raffinerie des Nahen Ostens.
Entsprechend ihrer ökonomischen Bedeutung war die Region um den Schatt-el-Arab stets ein Ziel imperialistischen Schachers. 1901 erhielt der Brite d'Arcy auf persischer Seite die erste Ölkonzession im Nahen Osten. Mit der Übernahme ihres Mandats im Irak geriet der Grenzfluß auch formell unter britische Kontrolle. Der britische Imperialismus kann sich damit 1925 die Ölkonzessionen auch auf der irakischen Seite sichern. 1937 wird ein Grenzvertrag über die Rechte beider Länder am Schatt-el-Arab geschlossen. 1959 flammen Grenzstreitigkeiten zwischen beiden Ländern um den Fluß auf. 1969, ein Jahr nach der Machtübernahme des antiimperialistischen "Baath-Regimes" im Irak, kündigt dieser das Abkommen von 1937 auf. Nach einer Reihe von bewaffneten Grenzzwischenfällen in den kommenden Jahren vermittelt der algerische Präsident Boumedienne 1975 ein Grenzabkommen, das neben anderen Fragen die Grenze in die Flußmitte verlegt. Dieser Vertrag ermöglicht dem Irak eine Großoffensive gegen die revoltierenden Kurden im Land.
Die Sowjetunion kann sich im Zuge des Ausbaus der irakisch-sowjetischen Beziehungen Hafenrechte im Gebiet des Schatt aneignen, ihre Forderung nach einem Militärstützpunkt wird vom Irak jedoch nicht erfüllt.
Vor wenigen Wochen kündigte der Irak das Abkommen von 1975 einseitig mit der Begründung auf, der Iran habe sich an einige andere Bestimmungen nicht gehalten und diese nicht erfüllt.



<u>STRASSE VON HORMUZ</u>: ist die Meerenge am Ausgang des Golfs zum Indischen Ozean. Sie ist ca. 20-30 km breit. In ihr liegen einige kleine, unbewohnte Inseln, von denen aus die Durchfahrt in der Straße kontrolliert werden kann. Die britischen Imperialisten besetzten im Zuge ihrer Kolonialisierung der östlichen Arabischen Halbinseln. Nach dem Abzug der Briten 1971 ließen die USA die Inseln vom Schahregime besetzen. In diesem Zusammenhang kam es zu politischen und militärischen Konflikten in deren Zuge der Irak 60.000 Exiliraner aus dem Land wies.
Nach dem Sieg der iranischen Revolution richtete der Irak sofort die Forderung nach Abzug des Iran von den Inseln an die neue Regierung.

INTERNATIONALES

Wir haben jetzt
Doch jetzt geht
Es geht jetzt

Die Streikfront im Juli und August hat die Bürokraten und die neuen Herrscher in Polen überrannt. Die entartete KP Polens von Moskaus Gnaden hatte den Arbeitern im Sommer nicht viel entgegenzusetzen. Sowohl die Russen als auch ihre Statthalter in Regierung und Partei Polens erholen sich aber inzwischen und versuchen, zum Gegenschlag auszuholen. Der Herbst wird zeigen, ob das Volk von Polen geschlossen und bewußt genug ist, um die demokratischen Rechte, die sie in der Übereinkunft von Danzig (siehe Kasten) ertrotzten, zu erhalten, in der Praxis durchzusetzen und weiter in der Offensive bleiben zu können.

ZÜGIG ORGANISIEREN SICH DIE WERKTÄTIGEN IN DEN NEUEN GEWERKSCHAFTEN

Um die Verhandlungserfolge der Streikenden zu konsolidieren und in der Praxis durchzusetzen, ist jetzt in Polen der Aufbau der freien Gewerkschaften ein wichtiger Hebel. Es kommt darauf an, daß es den polnischen Arbeitern gelingt, die Werktätigen selbständig zu organisieren. Erst die Organisiertheit ermöglicht es, die Bedürfnisse des polnischen Volkes gegen die herrschende Klasse in Partei und Staatsmacht durchzusetzen. Bis Ende September war der Zustrom zu den neuen, freien Gewerkschaften recht ermutigend. Bis jetzt sind 3,4 Millionen im neuen Gewerkschaftsverband organisiert. Verschiedene Branchengewerkschaften sind zur Gänze übergetreten. Bis 16.9. waren dies die Krankenhausbediensteten, die Hafenarbeiter, die Lehrer, die Seeleute und die Magistratsbediensteten. Besonders beachtlich ist, daß seit einiger Zeit auch durch das zivile Personal der Armee der Austritt aus den Staatsgewerkschaften gefordert wird.

Am 28.9. schlossen sich die freien Gewerkschaften der verschiedenen Betriebe und Regionen in einem unabhängigen Dachverband zusammen. Der Name des Gewerkschaftsbundes ist "Solidarität".

DIE HERRSCHENDE KLASSE REORGANISIERT SICH UND BEGINNT, DEN ZUSAMMENSCHLUSS NACH KRÄFTEN ZU SABOTIEREN

Nach einigen personellen Umbesetzungen in Staat und Partei Anfang September versucht die KP, wieder in die Offensive zu kommen. Ihr Hauptziel ist heute zu verhindern, daß sich die Arbeiter selbständig organisieren und so ihre Kampfkraft erhöhen. Es ergibt sich aus den Interessen der Herrschenden, daß sie, wo immer es geht, die Übereinkünfte von Danzig als einen Fetzen Papier behandeln, um den Zustrom zu den freien Gewerkschaften möglichst einzubremsen. So werden z.B. von ihren Bütteln in den Betrieben fiktive Gewerkschaftsgruppen gebildet, von denen sie behaupten, daß sie nicht nur unabhängig sind, sondern auch auf der politischen Linie des Streikkomitees der Leninwerft liegen. Das Ergebnis: Drei Gewerkschaften stehen zur Wahl. Dies führt oft zu Verwirrungen. Die Direktoren nützen diese dann für die Hetze gegen die "Neuen".

In Fällen, wo sich auch Parteimitglieder den neuen Gewerkschaften anschließen, treten die Funktionäre so auf: Warum organisiert Ihr Euch überhaupt in den "Neuen", wenn dort erst wieder dieselben "Kommunisten" drinnen sind? Wenn sich keine Parteimitglieder in einem Betrieb mit den neuen Gewerkschaften zusammenschließen, so sagen sie: Betriebsorganisationen ganz ohne die Partei sind staatsgefährdende Sachen. Man solle es sich noch einmal gut überlegen, es könne gefährlich werden.

In der Schwerindustrie von Wroclaw tauchten Flugblätter auf, in denen den Arbeitern, die sich selbständig organisieren, angedroht wurde, daß sie alle Vergünstigungen verlieren würden. Dadurch entstand natürlich einige Unruhe. Die Organisatoren der freien Gewerkschaften mußten in aller Eile dementieren (siehe Übereinkunft von Danzig).

Im Distrikt Masuren wurden sogar Gerüchte ausgestreut, daß sich die Führer der freien Gewerkschaften an den schon eingezahlten Mitgliedsbeiträgen bereichert hätten. In manchen Betrieben verweigern die Direktoren den Gewerkschaften Versammlungsräume, in anderen behindern sie den Druck von Flugblättern oder liefern kein Papier an die Organisatoren der freien Gewerkschaften.

DAS EIGENE PRESSEWESEN DES VOLKES MUSS AUSGEBAUT WERDEN

Die offizielle Presse Polens beteiligt sich zwar nicht an der direkten Verleumdung und Behinderung der freien Gewerkschaften, doch geht eine große Gefahr davon aus, daß die Vereinbarungen insofern gebrochen werden, als kaum Meldungen über den Gewerkschaftsbund "Solidarität" verbreitet werden. Am 10.9. gab z.B. die regionale Gewerkschaft von Masuren eine Pressekonferenz in Warschau. Dutzende Journalisten stellten stundenlang Fragen und notierten eifrig die Antworten. Doch kein einziges Wort erschien darüber am nächsten Tag in der Presse. (vergl. L'Express, 27.9.).

Jozef Kusmirek, ein unabhängiger Journalist, beklagt, daß es ein Fehler war, daß in der Übereinkunft von Danzig keine freie Tageszeitung durchgesetzt wurde: "Die Regierung profitiert von diesem Manko, indem sie die Arbeiter spaltet und systematisch Fehlinformationen verbreitet." Er nennt ein Beispiel: "Ende August zeigte das Fernsehen in Danzig Hafenarbeiter, die als Streikbrecher Zitronen entluden. Dafür hat man im Warschauer Fernsehen zu denselben Bildern berichtet, daß es an Zitronen fehlt, da die Hafenarbeiter sie ins Meer werfen." Oder: "Was wird passieren, wenn es im Winter zuwenig Kohlen zum Heizen gibt? Die anderen werden sagen, daß es daran liegt, daß die [illegible]rgarbeiter die Produktion gedrosselt haben, indem sie samstags und sonntags nicht mehr arbeiten. So erfährt vielleicht niemand, daß die Bergarbeiter die Verlangsamung der Produktion aus Gründen der Arbeitssicherheit verlangt haben." Niemand wird berichten, daß der Großteil der Kohle ins Ausland verschoben wird und der Anteil der exportierten Kohle ständig steigt (ebenda).

DIE VEREINBARUNGEN DES STREIKKOMITEES VON GDANSK MIT DER POLNISCHEN REGIERUNG (leicht gekürzt)

I....:

1. Die Tätigkeit der Gewerkschaften in Polen hat die Hoffnungen und Erwartungen der Arbeiter nicht erfüllt. Es wird deshalb für notwendig erachtet, neue autonome Gewerkschaften zu gründen, die zu authentischen Vertretungen der Arbeiterklasse werden sollen.

2. Das Vereinigte Streikkomitee erklärt, daß es bei der Schaffung neuer, unabhängiger, autonomer Gewerkschaften die Grundlagen der Verfassung Polens beachten wird. Die neuen Gewerkschaften werden die sozialen und materiellen Rechte der Arbeiter verteidigen, und sie haben nicht die Absicht, eine politische Partei zu werden. Sie stehen zum Prinzip des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln.

Sie anerkennen, daß die polnische Vereinigte Arbeiterpartei die führende Kraft in Polen ist, und stellen das bestehende internationale Bündnissystem nicht in Frage. Sie werden sich bemühen, den Werktätigen die geeigneten Durchsetzungsmittel zum Ausdruck ihrer Meinung und zur Verteidigung ihrer Rechte zu verschaffen. Die Regierungskommission erklärt, daß die Regierung die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der neuen Gewerkschaften garantieren und ihnen volle Beachtung sichern wird, sowohl was ihren organisatorischen Aufbau als auch ihr Wirken auf allen Ebenen anbetrifft. Die Regierung wird den neuen Gewerkschaften die volle Möglichkeit der Erfüllung ihrer Hauptaufgabe auf dem Gebiet der Verteidigung der Interessen der Arbeiter bei der Befriedigung ihrer materiellen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse sichern. Gleichzeitig garantiert die Regierung, daß neue Gewerkschaften keinerlei Diskriminierung ausgesetzt werden.

3. Die Tätigkeit von mehr als einer Gewerkschaft wird entsprechende Gesetze notwendig machen: Ein Gewerkschaftsgesetz, ein Gesetz über die Arbeiterselbstverwaltung und ein Arbeitsgesetz.

4. Die bestehenden Streikkomitees können in ihren Betrieben in Arbeitervertretungen umgewandelt werden, etwa in Arbeiterkomitees, Arbeiterräte oder Gründungskomitees für die neuen Gewerkschaften. Den Vereinigten Streikkomitees als Gründungskomitee steht es frei, sich als Gewerkschaft oder als Verband im Ostseeraum zu konstituieren. Die Regierung verpflichtet sich, die Voraussetzungen für die Registrierung neuer Gewerkschaften außerhalb des Registers des bestehenden Gewerkschaftsrats zu schaffen.

5. Neue Gewerkschaften sollen die reale Möglichkeit haben, öffentlich die Beschlüsse zu kritisieren, die die Lebensbedingungen der Arbeiter entscheidend betreffen, ferner Prinzipien der Aufteilung des Nationaleinkommens, Beschlüsse auf Konsum und Akkumulation, auf gesellschaftlichen Verbrauch und Zwecke wie Gesundheit, Erziehung und Kultur. Dazu gehören auch die Leitlinien der Gehalts- und Lohnpolitik und insbesondere der automatischen inflationsbedingten Lohnerhöhung, der langfristigen Wirtschaftsplanung, Investitionen und Preisänderungen. Die Regierung schafft die Voraussetzungen für das Wahrnehmen dieser Funktion.

6. Das Vereinigte Streikkomitee wird ein Zentrum für Sozial- und Berufsforschung einrichten, das objektiv die Lebensbedingungen der Arbeiter und die Wege zur geeigneten Interessensvertretung analysiert. Zu dem Zentrum soll auch eine Forschungsgruppe gehören, die sich mit dem Index der Preise und der Löhne befaßt, und es soll das Ergebnis der Untersuchungen veröffentlichen. Die neuen Gewerkschaften sollen auch ihre eigenen Publikationen haben.

7. Die Regierung stellt sicher, daß in Polen Punkt 1 des Gewerkschaftsgesetzes von 1949 beachtet wird, das allen Arbeitern das Recht garantiert, sich freiwillig zu Gewerkschaften zusammenzuschliessen. Die neue Gewerkschaft wird nicht dem durch den Gewerkschaftsrat repräsentierten Verband der alten Gewerkschaften beitreten. Wir stimmen darin überein, daß das Gewerkschaftsgesetz diesen Grundsatz wahren und daß das Vereinigte Streikko-

eine kleine Schlacht gewonnen. es erst richtig los. ums Ganze. (Lech Walesa).

DIE ARBEITER WEICHEN NICHT ZURÜCK

Trotz aller Schikanen und hundertfacher Brüche der Übereinkommen beharren die Arbeiter auf ihren Rechten. Ende September, mit Beginn des Hochschulbetriebs, schalteten sich auch die Studenten in den Kampf um Demokratie und Selbstbestimmung ein. Sie fordern freie Vertretungskörperschaften nach dem Muster der Gewerkschaft "Solidarität". In einigen Hochschulen bildeten sich bereits solche Vertretungsorgane heraus. Auch die Bauern pochen entschieden auf ihre Rechte und beginnen, sich massenhaft zu organisieren. Sie bildeten ein gemeinsames Komitee mit der Gewerkschaft "Solidarität" für weitere Verhandlungen mit der Regierung. Die Partei- und Staatsmachthaber schreien währenddessen unablässig nach Ruhe. Rankovski (ZK): "Ich verlange jetzt ganz entschieden von der ganzen Gesellschaft Vernunft." Und Jozef Pinkovski: "Die Forderungen lassen sich einfach nicht von heute auf morgen erfüllen." Die Gewerkschaft "Solidarität" zeigte jedoch, was sie von solchen Sprüchen halten muß, und rief für den 3.10. zu einem einstündigen Generalstreik auf (der ohne Zwischenfälle und diszipliniert ablief. Anm.d.Red.). Gegen jegliche Behinderung bei der Durchsetzung der Übereinkunft von Danzig! Auszahlung der ausgehandelten Lohnerhöhungen und Teuerungsabgeltung! - so lauten die Forderungen.

DER SOZIALIMPERIALISMUS DROHT; DIE SOWJETISCHE PARTEIPRESSE SCHIESST SICH EIN

Unmittelbar nach dem Abkommen zwischen dem Vereinigten Streikkomitee von Gdansk und dem Unterhändler der polnischen Regierung, Jablonski, am 31.August nahm die "Prawda" in zwei Kommentaren (1. und 3.9.) zu den Abkommen und den Entwicklungen in Polen direkt Stellung. Die sozialimperialistischen Kommentatoren erwähnten zwar mit keinem Wort die Abkommen, prangerten aber umso schärfer die "antisozialistischen Elemente, die politische Forderungen zu stellen beginnen" und die "die Bande der Partei zur Arbeiterklasse erschüttern" an. Für die Kommentatoren der "Prawda" ist es offensichtlich, daß sich unter diesen "antisozialistischen Elementen", die "von Feinden Polens unterstützt werden, welche von außen Unruhe stiften - die reaktionären Gewerkschaften in den USA, die revanchistische westdeutsche Presse und mysteriöse subversive Kreise - " gerade jene polnischen Oppositionellen befinden, die im Zuge der Forderungen der Vereinigten Streikkomitees freigelassen wurden. Bei diesen Elementen handle es sich um "Kriminelle der alten vereinigten Rechten von gestern." Sie seien plötzlich in "politische Gefangene" verwandelt worden.

Einer dieser "kriminellen Antisozialisten" geht in einem Interview mit dem ORF darauf ein: "Wenn man unter Sozialismus ein System von Lüge, Korruption und Unterdrückung versteht, bin ich ein wütender Antisozialist. Wenn man unter Sozialismus Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Demokratie nicht für eine Minderheit, sondern für alle versteht, bin ich konsequenter Sozialist und werde es hoffentlich bis zum Ende meiner Tage bleiben!" (FS 1, Adam Michnik, Mitglied des KOR, am 30.9.).

Mitte September, während des Besuches des polnischen Vizepremiers Jagielski, bremste sich dann die sozialimperialistische Presse etwas ein. Die Prawda sprach von einer Stabilisierung der Lage.

PARALLELEN ZUR INVASION IN DER CSSR UND AFGHANISTAN

Am 20.September drohte der politisch einflußreichste Prawda-Kommentator wieder deutlich. Er warnte vor "subversiven und propagandistischen Zentren im Ausland", die die Suveränität Polens an der Seite der "Bruderstaaten" gefährden. Besonders unverfroren schreibt er über "unberufene Verfechter der polnischen Suveränität und der Rechte der Arbeiter", die in Polen agieren. Es gehört schon eine Menge Großmachtchauvinismus und Arroganz dazu, um die Polen, die für nationale Unabhängigkeit und die Rechte der Arbeiter in Polen auftreten, als nicht zuständig zu erklären. Einzig und allein zuständig dafür, wie die Rechte der Arbeiter und die "Unabhängigkeit" von den Russen auszuschauen hat, ist also nach Meinung der Prawda die Führung der UdSSR.

"ZURÜCKHALTUNG" DER ARBEITER BEI IHREN FORDERUNGEN UND NACHGEBEN BEI IHREN DEMOKRATISCHEN RECHTEN GEGENÜBER DEN POLNISCHEN MACHTHABERN SICHERT DAS LAND NICHT VOR DER OKKUPATION DURCH DIE RUSSEN

Die Gefahr eines Eingreifens der SU in Polen ist sicher groß. Nichts würde die Gefahr sowenig verringern wie die Angst des Volkes vor einer Besetzung.Dies anerkennt auch Lech Walesa, wenn er auf die Frage eines polnischen Journalisten, wie lange die SU die Aktivitäten der polnischen Arbeiter seiner Meinung nach tolerieren werden, antwortet: "Was heißt hier tolerieren. Wir tun hier nichts Schlimmes. Wir schaffen hier nur Ordnung in Polen. Wir schaffen gründlich eine neue, eine gute Ordnung! Was sollten die Nachbarn dagegen haben? Sie sollten lieber auch Ordnung schaffen!" Darauf folgten Applaus und Gelächter von Seiten der Journalisten.

Gerade das Beispiel der CSSR 1968 hat gezeigt, daß die Bevölkerung nicht gut in der Lage war, ihr Land zu verteidigen, weil sie auf einen Einmarsch der SU-Truppen nicht vorbereitet war. Ihr Land nicht gut verteidigen konnten, weil die Arbeiter nicht in ausreichendem Maße demokratisch organisiert waren. Ein gut organisiertes Volk, das weiß, wofür es kämpft, hat gewisse Chancen, die Russen davon abzuhalten einzumarschieren oder einen Einmarsch zumindest hinauszuzögern.Wenn aber die Arbeiter bei ihrem Kampf um Demokratie und selbständige Organisierung zurückstecken, dann ist die Invasion durch die Sozialimperialisten um einiges leichter durchzuführen.

---

mitee an der Gründung von Ausschüssen zur Ausarbeitung dieses Gesetzes beteiligt wird.

II.

Das Streikrecht soll im neuen Gewerkschaftsgesetz verankert werden. Das Gesetz soll festlegen, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, um einen Streik zu organisieren. Bis das neue Gesetz verabschiedet ist, garantiert die Regierung allen Streikenden und Streikhelfern die persönliche Immunität und die Erhaltung der derzeitigen Bezüge.

III.

1. Die Regierung wird innerhalb von drei Monaten dem Parlament den Entwurf eines neuen Zensurgesetzes unterbreiten. Die Zensur besteht nur mehr zum Schutz von Staats- und Wirtschaftsgeheimnissen, wie sie vom Gesetz definiert sind, in Angelegenheiten der Staatssicherheit und bezüglich wichtiger internationaler Interessen, zum Schutz religiöser Überzeugungen sowie zur Unterbindung des Verbreitens von obszönem Material. Die Möglichkeit der Klage beim obersten Verwaltungsgericht gegen die Zensurbehörden soll bestehen.

2. Den religiösen Gemeinschaften soll ein besserer Zugang zu den Massenmedien verschafft werden.

3. In Radio, Fernsehen, in den Massenmedien und Publikationen muß die Vielfalt von Ideen, Ansichten und Meinungen garantiert werden.

4. Die Presse wie die Staatsbürger und ihre Organisationen müssen Zugang zu den öffentlichen Dokumenten haben, besonders zu Verordnungen, Sozialplänen und Wirtschaftsplänen.

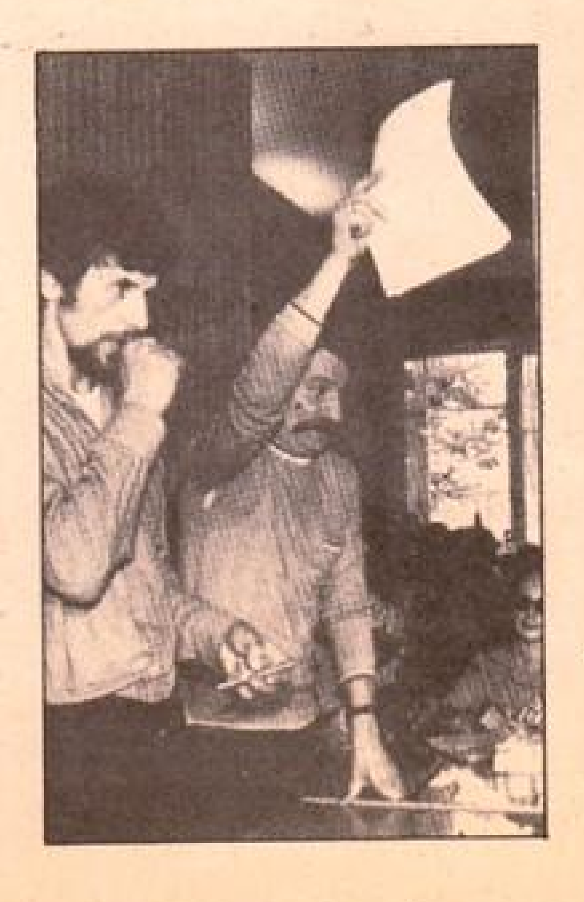
IV.

1. Die Regierung verpflichtet sich erstens, sofort die Rechtmäßigkeit der Entlassung von Arbeitern nach den Streiks von 1970 und 1976 zu überprüfen. In allen Fällen, in denen Unrechtmäßigkeit erwiesen ist, werden die Leute wiedereingestellt, wenn sie wollen, wobei ihre möglicherweise in der Zwischenzeit erworbene höhere Qualifikation berücksichtigt wird. Das gilt auch für Studenten, die von der Universität weggewiesen wurden.

2. Fälle von namentlich aufgeführten Personen werden dem Justizminister unterbreitet, der innerhalb von zwei Wochen diese Fälle prüfen und - sofern die aufgeführten Personen gegenwärtig inhaftiert sind - die Verbüßung der Gefängnisstrafe für die Dauer der Überprüfung aussetzen wird. Der Minister wird auch alle derzeitigen Verhaftungen überprüfen und die im Anhang aufgeführten Personen auf freien Fuß setzen.

V.

Über die Vereinbarung zwischen Regierung und Streikkomitee wird ganz Polen ausführlich informiert.



Geschichte der Arbeiterbewegung

Unserer Einschätzung nach war der Oktoberstreik der Höhepunkt in der Kampftätigkeit der österreichischen Arbeiterklasse gegen den Wiederaufbau des bürgerlichen Staates auf ihrem und des ganzen Volkes Rücken, mehr oder weniger bewußt gegen die Restauration des kapitalistischen Systems in Österreich nach dem 2. Weltkrieg. Mit seiner Niederschlagung insbesondere mit Hilfe der sozialdemokratisch-reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführung wurde in Wirklichkeit die Restauration des Kapitalismus besiegelt, der Wiederaufbau im großen und ganzen abgeschlossen und die Grundlage für den "österreichischen", nichts desto weniger kapitalistischen Ausbeutungs-Weg gefestigt. Die Niederwerfung der Arbeiterklasse durch ihre Spaltung (in klassenkämpferische und sozialpartnerschaftliche Gruppen) wirkt bis heute. Der kommunistischen Partei und ihrem Flügel in der Gewerkschaftsbewegung kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, aufgrund einer unselbständigen, komfinformorientierten und damit Moskau-hörigen Politik (was natürlich den Putschgerüchten leicht Vorschub gab) wesentlich zu dieser Niederlage beigetragen zu haben.

Es ist nicht so, daß mit der Niederschlagung des Oktoberstreiks 1950 die Weichen für die Sozialpartnerschaft gelegt wurden - sondern so, daß diese seit 1945 gestellt waren und seit 1950 festfrieren konnten.

Bezugnehmend auf unsere Serie "Geschichte der Arbeiterbewegung Österreichs in der 2. Republik" (seit "Klassenkampf" 15/80) weisen wir hier nur mehr kurz auf die darin behandelten historischen Ereignisse wie folgt hin:

1.11.1943: Moskauer Erklärung über die Wiederherstellung der Republik Österreich (vgl. "Klassenkampf 15/80)

27./28.4.1945: Bildung einer provisorischen Regierung unter Renner; SPÖ, ÖVP und KPÖ proklamieren die Unabhängigkeit Österreichs, die Wiederherstellung der "demokratischen" Republik "im Geiste der Verfassung von 1920" (vgl. "Klassenkampf" 15/80)

Februar 1945: Jalta-Konferenz (GB, USA, UdSSR) über die Wiederherstellung der souveränen Rechte und der Selbstregierung jener Völker, die durch das Hitler-Regime dieser Rechte mit Gewalt beraubt wurden; Hilfe auf demokratischer Grundlage.

8.5.1945: Kapitulation Hitler-Deutschlands

2.8.1945: Potsdamer Konferenz; Festlegung der Reparationsforderungen der Alliierten, insbes. der UdSSR (vgl. "Klassenkampf" 16/80)

20.7.1945: Arbeiterkammergesetz in Österreich (vgl. "Klassenkampf" 18/80)

8.10.1945: Der "Alliierte Rat" gestattet die Organisierung von Gewerkschaften in ganz Österreich (Registrierung des ÖGB bereits am 30.4.45 vom Militärkommandanten Wiens)

25.11.1945: Erste Wahlen der 2. Republik: VP 85 Mandate, SP 76, KP 4 Mandate (vgl. "Klassenkampf 16/80); Bildung einer Koalitionsregierung (vgl. "Klassenkampf 17/80).

Oktoberstreik 1950 :

Der Wiederaufbau der Wirtschaft auf dem Rücken der Arbeiter

Die baulichen Kriegsschäden Österreichs 1945 wurden mit 4 Mrd. Schilling angegeben (2,2 Mrd. Wohnbauten, 359 Mio. in Industrie und Bergbau, 183 Mio im Gewerbe incl. Fremdenverkehr, 135 Mio. in der Land- und Forstwirtschaft, 552 Mio. bei öffentlichen Gebäuden sowie 522 Mio. bei Verkehrswegen) - nach der Bewertung von 1947 (Währungsreform und damalige Preise und Löhne) ergab das eine Summe von 19 Mrd. Schilling.

Die Verluste in der Industrie und im Gewerbe durch die nach Kriegsende erfolgten Beschlagnahmungen, Demontagen und Abtransporte von Maschinen, Halbfabrikaten und Rohstoffen wurden 1952 von der österreichischen Regierung mit 5oo Mio. Dollar beziffert (vgl. Klenner, "Die österreichischen Gewerkschaften", Bd. 2, S. 1391), rund 110.000 ha Bodens sowie die Hälfte der Donauflotte waren von den Besatzungsmächten beschlagnahmt worden.

Die Opfer an Menschenleben wogen schwer: 380.000 im Krieg Gefallene und Vermißte, 15.000 Opfer von Luftangriffen; die Zahl der Invaliden (incl. Zivilisten) betrug 305.000.

"Die Lage der österreichischen Wirtschaft war 1946 durch folgende Tatsachen gekennzeichnet: Unterbilanz der Brennstoffwirtschaft, Minderergiebigkeit der Elektrizitätswirtschaft, unbefriedigende Lage der Transportwirtschaft, Fehlen aussichtsreicher Exportmöglichkeiten, Belastung mit einer großen Zahl unproduktiver Ausländer(!), Fehlen der Kriegsgefangenen mit ihrer fachlichen Qualifikation, unzureichende Lage der Ernährungswirtschaft, Belastung mit den Kosten und Auswirkungen der Besetzung, Fehlen des Staatsvertrages. ...

Im Frühjahr des Jahres 1946 sanken die Rationen in einem Teil Österreichs bis auf 700 Kalorien für Normalverbraucher. Die Arbeiter brachen an den Maschinen zusammen ... In einer Reihe von Betrieben kam es zu kurzen Streiks...

Die Ernährungssituation wurde im Frühjahr 1947 wieder kritisch, als die Lebensmittelaufrufe, vor allem infolge Ausbleibens der Kartoffellieferungen, nicht voll erfüllt werden konnten und die Nachtragsaufrufe sich verzögerten. Am 5. Mai kam es in Wien zu einer Demonstration vor dem Bundeskanzleramt und dem Haus des Gewerkschaftsbundes... Der Gewerkschaftsbund verhandelte mit der Regierung, und die Erfüllung der Nachtragsaufrufe wurde zugesichert und auch durchgeführt. Ab 10. November 1947 wurde der Kaloriensatz auf 1700 pro Normalverbraucher erhöht...

Im Winter 1946/47 hatte die Verorgung mit elektrischer Energie - trotz des steigenden Bedarfes - eine Abnahme von 210 Mio. kWh im Oktober auf 190 Mio. kWh im Jänner zu verzeichnen. Die Versorgung mit Kohle stieg nur von 26o.000 t im Oktober 1946 auf 270.000 t im Jänner 1947. Durch diese Entwicklung mußten nicht nur alle energieintensiven Produktionsstätten stillgelegt werden, sondern darüber hinaus kam es zu einem zeitweisen Stillstand der gesamten Industrie, mit Ausnahme der lebensnotwendigen Betriebe." (zit. aus Klenner 2, S. 1409-1412).

Aus diesen Gründen kam es zu Bewirtschaftungsmaßnahmen in Form eines neuen Warenverkehrsgesetzes, welches im Juli 1946 beschlossen wurde. Aber erst Ende 1947 hatte sich auf den entscheidenden Wirtschaftsgebieten die Lenkung der Erzeugung und Verteilung der Roh-, Halb- und Fertigwaren durchgesetzt (incl. Kohle- und elektrischer Energiebewirtschaftung).

DIE PROBLEMSTELLUNG DES WIEDERAUFBAUS

"Die Problemstellung des Wiederaufbaus 1945 war... gegenüber der Zeit von 1918 und den folgenden Jahren völlig verändert. Der Übergang von der Kriegs- auf die Friedensproduktion war belastet mit dem Erbe eines doppelten Druckes der Anpassung an eine Kriegswirtschaft und an die Bedürfnisse des deutschen Reiches. Zwar hatte der Westen Österreichs eine intensive Industrialisierung erfahren, aber ausgerichtet auf die Proportionen eines viel grösseren und von anderen Produktionszielen bestimmten Wirtschaftsgebietes als Österreich es war.

Die veränderte ökonomische Struktur verlangte also ein anders Akkumulationsmodell, als die nationale Bourgeoisie - soweit sie überhaupt vorhanden war - es allein leisten konnte. Die Frage war, wie dieses ökonomische Problem der völlig verschobenen Struktur der Industrie und die nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus fraglichen Eigentumsverhältnisse geregelt werden sollten. Die Kapitalistenklasse war großteils diskreditiert durch ihre Politik in der Zwischenkriegszeit und im Nationalsozialismus, die Betriebe wurden dann buchstäblich aus dem Schutt von den Arbeitern wieder aufgebaut und weitergeführt. Wenn die kapitalistische Herrschaft unter diesen Bedingungen überhaupt zu retten war, dann nur, indem Teile der früheren Herrschaft vorläufig preisgegeben oder geteilt wurden, also konkret durch das Einverständnis mit Verstaatlichungs- und Planungsmaßnahmen, die sonst von den Anhängern der 'freien Wirtschaft' strikt abgelehnt wurden." (Prader, "Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf", S. 25)

Mit den Verstaatlichungsgesetzen von 1946 und 1947 (welche der drohenden Beschlagnahme des deutschen Eigentums in Österreich durch die Besatzungsmächte - v.a. der sowjetischen - zuvorkommen wollten, die aber aufgrund der auf der Potsdamer Konferenz festgelegten Reparationsansprüche der UdSSR von dieser in der von ihr besetzten Zone nicht anerkannt wurden) wurde die Grundlage einer staatlich forcierten Kapitalakkumulation und zugleich die Bindung der Arbeiter an den bürgerlichen Staat geschaffen: Im verstaatlichten Sektor waren - bei gleichzeitiger überdurchschnittlicher Steigerung der Produktion und Produktivität - die Löhne niedriger als auf privatem Sektor. Die Zubringerrolle der natioanlisierten Industrie für die private Profitproduktion stellte sich für die Arbeiter der Verstaatlichten als die Idologie der Produktion "im gesamtwirtschaftlichen Interesse" dar, was ohne die Einstimmung der Arbeiter durch die sozialistische Partei- und Gewerkschaftspolitik nicht vorstellbar gewesen wäre. Renner bezeichnete die Verstaatlichung (Sozialisierung) als Weg zum Sozialismus.

"Die völlige Wendung des klassenpolitischen Sinns der Verstaatlichung von einer sozialistischen Forderung der Arbeiter zu einer bloßen kapitalistischen Nationalisierung ergänzt sich mit der ausgedehnten Mehrwertabpressung in der verstaatlichten Industrie, die wesentlich ermöglicht wurde durch die Täuschung über den Charakter dieses Sektors der Ökonomie." 1) (Prader, S.23)

"Einen Eindruck von der... Argumentation der Gewerkschaftsführung gibt die Rede Maisels auf dem 2. Gewerkschaftstag der Metallarbeiter 1950. Maisel erklärte, die 'verstaatlichte Industrie müsse von der Arbeiterschaft wie ihr Augapfel behütet werden, alle, von der Belegschaft bis zum letzten Arbeiter müssen mithelfen, um die Betriebe immer leistungsfähiger zu machen. Der Einfluß der

1) "Unter welchen Bedingungen Verstaatlichungen einen kapitalistischen oder sozialistischen Sinn bekommen, erklärt Friedrich Engels (Brief an Oppenheimer, 24. März 1891, in: Marx/Engels: Briefe über 'Das Kapital'): 'Das ist ja gerade der wunde Punkt, daß, solange die besitzenden Klassen am Ruder bleiben, jede Verstaatlichung nicht eine Abschaffung, sondern nur eine Formveränderung der Ausbeutung ist.'" (Prader, Fußnote 42, S. 102).

Ursachen - Folgen

Arbeiterschaft auf die Wirtschaftsführung müsse immer stärker werden'. (Gewerkschaftl. Rundschau, Nr. 42, Juni 1950, S. 21). Ähnlich auch das Referat Waldbrunners auf dem Parteitag 1950 der SPÖ, wo er die verstaatlichten Betriebe zum 'wertvollsten Gut der Arbeiterbewegung' hochstilisierte. (PTP 1950, S. 95)" (Prader, Fußnote 37, S. 102)

Zwei weitere Gesetze 1947 schwächten die nach dem Sturz des Faschismus errungenen Positionen der Arbeiter: Das Kollektivvertragsgesetz und das Betriebsrätegesetz. Beide wurden - unter weitgehender Nichtberücksichtigung der gewerkschaftlichen Forderungen bzw. ohne Einbeziehung der Arbeiter und unter Mißachtung der geringsten innergewerkschaftlichen Demokratie - auf parlamentarischer Spitzenebene der Koalition ausgehandelt. *"In den ersten Nachkriegsjahren war die Stellung der Arbeiterklasse in den Betrieben so stark, daß die Unternehmer oft erst die Betriebsräte fragen mußten, ob sie wieder die Fabrik betreten durften. Nach den Koalitionsgesetzen zur Regelung der Arbeitsbeziehungen kehrte sich dieses Verhältnis allmählich oder abrupt um: Die Unternehmer hatten jetzt 'Recht und Gesetz' auf ihrer Seite und die Mitbestimmung der Arbeiter, die vorher oft sogar eine Alleinbestimmung war, war geschrumpft. Diese Sozialgesetze waren somit ein Rückschlag in den Rechten und Positionen der Arbieterbasis."* (Prader, S. 27)

DIE LOHNPOLITIK

Das Reallohnniveau war während des Faschismus bis 1945 sehr tief gesunken. Im November 1945 lag das durchschnittliche westeuropäische Niveau bei 59, in Wien lag es (an vorletzter Stelle vor Lissabon mit 30) bei 45 gegenüber z.B. London 103 (Informationsdienst der SPÖ Nr. 23 vom 21. November 1945. Die Meßziffern wurden aufgrund der Nahrungsmittelpreise errechnet.)

Um diese - für die österreichischen Kapitalisten - günstige Bedingung abzusichern, wurde vom Kontrollamt der Interalliierten Kommission rückwirkend mit 1.4.1945 ein Lohn- und Preisstop eingeführt, wobei der Preisstop von der Koalitionswirtschaftspolitik genauso wie von den Unternehmern bald übergangen wurde. Analog dazu wurden 1945 zwei "kleine Währungsreformen" durchgeführt, die einen Teil der Kaufkraft - v.a. der Arbeiter - abschöpften. *"Durch die staatliche Geldpolitik und die staatliche Lohnpolitik wurde die Kapitalbildung zu fördern versucht. Die Preise wurden auf das Weltmarktniveau ausgerichtet, während die Löhne gestoppt und an den Preisen der Hungerrationen ausgerichtet waren. In Wirklichkeit mußten die Löhne Schwarzmarktpreise decken und waren daher niemals ausreichend.*
Durch die Aufhebung der Preisstützungen bzw. die laxe Handhabung der staatlichen Kontrollen, die Mangellage und die Ausgaben der Besatzungstruppen kam es zu einer starken Inflation. Die Ursache dieser inflationären Entwicklung lag daher keineswegs - dies trifft für die ganze Wiederaufbauphase zu - in den Löhnen. Der Lohnstop wurde immer unhaltbarer, denn die Produktion und die Beschäftigung stiegen, während das Lebensniveau konstant niedrig blieb und im Winter 1945 die Reallöhne sogar noch einen Rückschlag erlitten. In einigen Branchen wurde die Diskrepanz zwischen Lebenshaltung und Kapital- bzw. Preisentwicklung besonders stark spürbar." (Prader, S. 33)

Aufgrund dieser Situation wurde mit April 1946 auf Initiative der Alliierten und der österreichischen Kapitalisten die paritätisch besetzte "Zentrallohnkommission"2) eingerichtet, welche zwar den Lohnstop lockerte, aber gegen die steigende Preisentwicklung nichts unternehmen konnte bzw. wollte. Mit der Zentrallohnkommission sollte eine Übergangsregelung bis zur Wiederherstellung des Kollektivvertragsgesetzes geschaffen werden, freie Lohnverhandlungen wurden bundesweit untersagt. Ihre Aufgabe war die sog. Angleichung der Löhne an die Preise und die Ausbalancierung (der durch die NS-Kriegswirtschaft verzerrten) Lohnstrukturen. Tatsächlich war die Situation so, daß sich die Unternehmer aufgrund der inflationären Situation (nominellen) Lohnforderungen kaum widersetzten, da sie leicht über die Preise ausweichen konnten. Schwieriger war es bei langfristigen arbeitsrechtlichen Regelungen (z.B. Arbeitszeit).

"Da die Preiskontrolle nicht eingehalten und die Lohnvereinbarungen in dieser wirtschaftlichen Lage leicht durchsetzbar waren, die gewerkschaftliche Lohnpolitik ohnedies sehr zurückhaltend war, blieb der Zentrallohnkommission hauptsächlich die Funktion eines arbeitsrechtlichen Ombudsmannes und eines Schlichtungsapparates für Arbeitskämpfe. In mehreren Fällen griff sie in drohende Streiks ein und verhinderte Arbeitskämpfe." (Prader, S. 34)

Selbst die KPÖ, welche damals ebenfalls Klassenkonflikte im Interesse eines raschen und ungefährdeten, "demokratischen" Wiederaufbaus vermeiden wollte, achtete die Zentrallohnkommission. Genauso wie die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung rühmte sie damals die Verdienste der Kommission bei der Bewahrung des "sozialen Friedens".

"Wenn man die Zentrallohnkommission einschätzt, kann ihre Bedeutung auch darin gesehen werden, daß sie einen Teil jenes ökonomischen, sozialen und technischen Lernprozesses darstellt, den die österreichische Sozialpartnerschaft in der Zweiten Republik von der Zentralen Lohnkommission bis zur Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen bei der Durchsetzung staatlicher Einkommenspolitik durchmachen mußte. Die Zentrallohnkommission war der erste, rohe und noch sehr unbeholfene Ansatz und Anlauf für die weiterentwickelten Formen der Lohn-Preis-Abkommen und der Paritätischen Kommission." (Prader, S. 36)

DIE LOHN-PREIS-ABKOMMEN:

Ein neuer Produktionsaufschwung 1947 - durch die inflationäre Geld- und Lohnpolitik des Staates begünstigt, da dadurch die Finanzierung von Investitionen leicht möglich war -, machte jedoch klar, daß gerade die Inflation ihn gefährdete: Zwar stieg die Beschäftigung, jedoch Löhne und Preis in unkontrollierbare Höhen. Eine Neuanpassung dieses Gefüges schien unumgänglich notwendig, v.a. entfachte die Inflation bei den Gewerkschaftern Krisenängste in bezug auf eine Wiederholung von 1920 mit den darauffolgenden Ereignissen in der 1. Republik (Zerschlagung der Gewerkschaften, Arbeitslosigkeit und Faschismus).

Prader (vgl. S 38) schätzt die Stategie der Gewerkschaften wie folgt ein: Als Alternative stand entweder eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik mit der vermeintlichen Folge der Unterdrückung der Gewerkschaften durch Staat und Alliierte, oder Zusammenarbeit mit den Kapitalorganisationen. Seiner Meinung nach arbeitete die österreichische Bourgeoisie nicht bewußt auf eine staatliche Einkommenspolitik hin, jedoch ergab sich die Notwendigkeit vielmehr aus der Dynamik einer Situation, in der die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführung sich für die gesellschaftliche Entwicklung hauptverantwortlich fühlten und glaubten, die Rekonstruktion der Wirtschaft ohne aktive Mitwirkung der Bourgeoisie leisten zu müssen. *"In einer solchen Situation wie 1947 genügten die automatisch eintretenden Mechanismen kapitalistischer Produktionsweisen - Kapitalflucht, Investitionszurückhaltung etc. -, um die Sozialdemokratie zu noch härteren, strafferen Formen der gewerkschaftlichen Politik zu bewegen, als sie schon im Lohnstop nach 1945 und in der Zentrallohnkommission praktiziert wurden."* (Prader, S. 38)

Die Gewerkschaftsführung kam daher der Aufforderung des Instituts für Wirtschaftsforschung (ÖIW) und der Bundeswirtschaftskammer, eine Stabilisierung herbeizuführen, nach. Das ÖIW legte einen Lebenshaltungskostenindex vor, der - zugegebenermaßen! - rein fiktiv war. Er beruhte u.a. auf einem Friedensverbrauchsschema (offizielle Preise, friedensmäßige Qualitätswaren, freie Konsumwahl usw.), während tatsächlich die lebensnotwendigen Güter zu Schwarzmarktpreisen gehandelt wurden. (Noch Anfang 1948 betrugen die Schwarzmarktpreise z.B. für Brot das 15-fache, bei Fleisch das 35-fache, bei Zucker das 73-fache der offiziellen Preise des März 1938).

"Die Gewerkschaften akzeptierten diesen Index des ÖIW, obwohl sie selbst einen viel realistischeren Index der Arbeiterkammer zur Verfügung hatten.
Die Arbeitnehmerorganisationen gingen auf den 'Grundgedanken' der Stabilisierung ein, daß die Löhne von vornherein hinter den Preisen zurückbleiben sollten - wenn auch durch Anheben der Geldlöhne verhüllt. Von vornherein wurde der status quo der Einkommensverteilung nicht nur akzeptiert, ja sogar darauf verzichtet, die seit dem April 1945 und den darauffolgenden Wintermonaten eingetretenen Reallohnverluste aufzuholen. Noch mehr: Das Verhandlungsergebnis war als langfristige Maßnahme gedacht, sollte die obere Grenze gewerkschaftlicher Lohnforderungen bilden und bereits die Folgen der im 1. Lohn-Preis-Abkommen eingeplanten Währungsreform 3) kompensieren." (Prader, S. 40)

Die mit dem 1. Lohn-Preis-Abkommen beschlossene fortdauernde Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse wurde dadurch zu verschleiern versucht, indem Löhne und Preise gleichzeitig auf einem höheren Niveau fixiert wurden, womit durch eine nominelle Erhöhung der Geldlöhne die Auswirkungen des Abkommens verborgen bleiben sollten. *"Konkret sah das so aus, daß zuerst die Agrarpreise erhöht, dann die Löhne auf das neue Lebenshaltungsniveau nachgezogen wurden. In der nächsten Etappe wurden die neuen Erzeugerpreise der Landwirtschaft inklusive der durch die Erhöhung der Landarbeiterlöhne gesteigerten Produktionspreise berechnet und eine neuerliche Lohnerhöhung vorgenommen, die die Tariferhöhungen bei Strom, Gas und Verkehr einberechnete. Allerdings stiegen in der Folge auch zahl-*

Fortsetzung nächste Seite

2) Die Zentrallohnkommission war in Senaten organisiert, in denen mindestens von je zwei von den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen vorgeschlagenen Vertretern über die Anträge beraten wurde. Bei so leicht möglicher Stimmengleichheit war die Stimme des Vorsitzenden, Dr. Stain, eines Gewerkschafters, ausschlaggebend, was ihm von konservativer Seite u.a. die Bezeichnung "roter Lohndiktator Österreichs" einbrachte.

3) "Mit der Währungsreform vom November 1947 trat die Bourgeoisie den ärgsten Auswirkungen dieser Inflation entgegen, indem sie das Geldvolumen von 27 Mrd. Schilling auf 10 Mrd. Schilling reduzierte. Die Lasten der Reform hatten allein die Volksmassen zu tragen, da nur der Bargeldbesitz betroffen war und Neukonten, die gerade die Nachkriegsgewinnler, Händler, Spekulanten und Schwarzhändler anlegen konnten, unberührt blieben. Diese Schicht blieb ungeschoren, genauso wie die honorige Bourgeoisie, deren Kapitalbesitz ebenfalls nicht angetastet wurde." (Ronald Gruber/Manfred Hörzinger: ..."bis der Preistreiberpakt fällt", S. 10)

Geschichte der Arbeiterbewegung

30 Jahre Oktoberstreik

reiche andere Preise - ohne Abgeltung." (Prader, S. 41)

Bereits bei Abschluß des Abkommens war klar, daß die Lebenshaltungskonsten um ca. 20% über den Tariflohn steigen würden. Die Festlegung, daß also das Abkommen bei einer 10%igen Steigerung von seiten der Gewerkschaft aufgekündigt werden dürfe, war eine reine Formalität, eine Propagandasache, die über den Charakter des 1. Lohn-Preis-Abkommens hinwegtäuschen und die Arbeiter von Kämpfen abhalten sollte. *"In Wirklichkeit war das 1. Lohn-Preis-Abkommen eben keine Maßnahme zur Eindämmung der Preis- und Lohninflation - obwohl jedes Lohn-Preis-Abkommen mit einer drohenden Inflation und deren gefährlichen politischen Folgen gerechtfertigt wurde -, sondern eine einseitige Maßnahme zur Kontrolle der Agrarpreise und der Löhne, während die Industriepreise beliebig erhöht wurden. Die inflationäre Entwicklung der Investitionen blieb, bis zum Beginn der Stabilisierung Ende 1951 - also in der ganzen Zeit der Lohn-Preis-Abkommen - ein Hauptprinzip der privatkapitalistischen Akkumulation."* (Prader, S. 42) 4)

Die fünf Lohn-Preis-Abkommen (zwischen 1947 und 1951) wurden als Mantelkollektivverträge zwischen Bundeswirtschaftskammer und Gewerkschaftsbund abgeschlossen. Sie galten für das ganze Bundesgebiet und alle Fachgewerkschaften. Die schon durch die Koalition angelegte Umgehung des Parlaments wurde mit diesen Lohn-Preis-Abkommen, die umfassend mit der staatlichen Wirtschaftspolitik abgestimmt waren, verstärkt. Mit dem 1. Lohn-Preis-Abkommen wurde eine Wirtschaftskommission eingerichtet, die 1951 zum Wirtschaftsdirektorium erweitert wurde (später vom Verfassungsrichtshof aufgehoben) und als Modell für die 1957 eingerichtete Paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen angesehen werden kann.

DER MARSHALL-PLAN

Entscheidend für das Kapital in Österreich war, daß mit der Währungsreform "der letzte wesentliche Schritt zur Restauration der kapitalistischen Spielregeln gesetzt worden war. Die kapitalistische Wirtschaft 'normalisierte' sich." (Prader, S. 54f)
Die Chancen einer sozialistischen Politik während der Anfangszeit, als die Bourgeoisie schwach und in Verruf war, waren vertan, weitere bürgerliche Zugeständnisse nicht mehr notwendig. Die sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Übergang in eine normalisierte kapitalistische Wirtschaft waren gegeben, die Alliierten in einen westlich-kapitalistischen Block und in die UdSSR gespalten - die Phase des "kalten Krieges" hatte begonnen: Der sog. Marshall-Plan war vorgeschlagen, die Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes im Laufen, die Festschreibung der Spaltung Deutschlands von den Westmächten ins Auge gefaßt, nachdem in einer Reihe von Ländern Süd- und Osteuropas Volksdemokratien errichtet worden waren (worauf wir hier leider nicht näher eingehen können).

Der US-Imperialismus seinerseits versuchte, seinen politischen Einfluß mit wirtschaftlichen "Hilfsmaßnahmen" zu sichern (darüber hinaus war es für ihn die einzige Möglichkeit, seine - kriegsbedingt - hohe Produktion aufrechtzuerhalten, um nicht im eigenen Land in eine wirtschaftliche Krise mit hoher Arbeitslosigkeit zu geraten, bzw. war es auch notwendig, das Weltpreisniveau hoch zu halten). So wurde das European Recovery Program (ERP) - kurz nach dem amerikanischen Außenminister Marshallplan genannt -, "welches selbst nie vorgab, mehr zu sein als eine Strategie zur Rettung des internationalen kapitalistischen Systems und der Ausrottung des Klassenkampfs" (Prader, S: 59), angegangen.

"Mit der Annahme des ERP und der amerikanischen Auslandshilfe insgesamt traf die sozialistische und christliche Mehrheit des ÖGB die 'folgenreichste Enstscheidung' der Nachkriegszeit. Anders als in Deutschland unterstützte die sozialistische Gewerkschaftsführung den Marshallplan von Beginn an vorbehaltslos, wenn sie auch zu teilweise abweichenden widersprüchlichen offiziellen und inoffiziellen Einschätzungen des ERP gelangte. Wie die deutschen Gewerkschaften bezog die ÖGB-Mehrheit von Anfang an eine ideologische Position des dritten Weges, indem sie sich der Erklärung der Marshall-Länder-Gewerkschaften anschloß, die die erkennbaren negativen gesellschaftspolitischen Konsequenzen des ERP - den Verzicht auf eine fundamentale Neuordnung der Wirtschafts- und Besitzverhältnisse - einfach leugnete und nur die positiven materiellen Effekte hervorhob. Die Zustimmung zum ERP erhellt viel grundsätzlichere und tiefgehendere Probleme der österreichischen Sozialdemokratie als das bloße Moment der Entscheidung für ein wirtschaftliches Hilfsprogramm es ahnen läßt. Die harte und unerschütterliche Durchführung des ERP unter Mitwirkung der österreichischen Gewerkschaften legt alle klassenharmonistischen Wurzeln der österreichischen Sozialdemokratie bloß.... Es besteht ein circulus vitiosus von ERP-Abhängigkeit der Sozialdemokratie und Integration bzw. Abhängigkeit von der eigenen Bourgeoisie: Weil die Sozialdemokratie auf die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie angewiesen zu sein glaubte (...fehlende Zuversicht und Zweifel der sozialdemokratischen Führung in die eigenen Kräfte Österreichs beim Wiederaufbau...), mußte sie auch kapitalistische Auslandshilfe für die Modernisierung und den Ausbau der österreichischen Industriestruktur fordern und unterstützen. Mit der Annahme dieser Wirtschaftshilfe war sie aber gleichzeitig noch fester an das Schicksal der Bourgeoisie und der kapitalistischen Ökonomie gebunden. Bei einem ökonomischen Erfolg dieser 'Hilfe' war auch die Sozialdemokratie bzw. die Klassenkooperation gesichert und die Abhängigkeit vom kapitalistischen System verstärkt." (Prader, S. 57f)

Der Marshallplan brachte eine ungeheure Produktionssteigerung, aber entgegen seinem Versprechen auf Erhöhung der Massenkaufkraft in Wirklichkeit eine Beschränkung der Löhne, der Außenhandelskontrollen und v.a. eine Eliminierung jeglicher planwirtschaftlichen Ansätze.

DAS 2. LOHN-PREIS-ABKOMMEN:

Die Agrarpreiserhöhungen seit März 1948, deren staatliche Subventionierung nicht mehr vom Budget getragen werden konnten, führten zur Verwendung von ERP-Mitteln für die Stützung der Lebensmittelpreise, was wiederum zu Konflikten mit der amerikanischen Marshallplan-Administration führte, die diese Mittel hauptsächlich für kapitalistische Investitionen freigeben wollte. Ein 2. Lohn-Preis-Abkommen wurde abgeschlossen (vorausgegangen waren sogenannte "wilde" Streiks in der O-Steiermark gegen die Gewerkschaftspolitik und die bestehenden Arbeits- und Lebensbedingungen) mit einer generellen 6%-igen Lohnerhöhung als Ersatz für den Abbau der Fleisch- und Milchproduktesubvention, einer einheitlichen Ernährungsbeihilfe von S 34,- monatlich und S 23,- Kinderbeihilfe.

DAS 3. LOHN-PREIS-ABKOMMEN:

Es wurde im Mai 1949 abgeschlossen und sollte das drohende Budget-Defizit für 1949 verhindern: Der Finanzminister hatte ursprünglich Lebensmittelsubventionen und die Bautätigkeit des Bundes aus den Erlöskonten für Hilfslieferungen finanzieren wollen, der ERP-Vertrag sah diese jedoch für Zwecke der Währungssicherung und für Investitionen vor. "Die in den ersten Monaten des Jahres 1949 steigende Tendenz des Banknotenumlaufes veranlaßte nun die amerikanischen Stellen zu einer sehr vorsichtigen Freigabepolitik." (Tätigkeitsbericht des ÖGB 1949, S. 18)

Mit dem 3. Lohn-Preis-Abkommen wurde die Sanierung des Staatshaushaltes allein auf Kosten der Arbeiter betrieben; es wurden von vornherein die Reallohnverluste (entstanden durch Preis- und Steuererhöhungen) nicht voll abgegolten: Die staatlichen Subventionen für Getreide und Getreideprodukte, Zucker und Kohle wurden gestrichen, Gas-, Strom- und Verkehrstarife und Milch- und Schweinefleischpreise erhöht, ebenso die Steuerlast der Werktätigen, während für die Industrie 20% der steuerpflichtigen Gewinne von der Körperschafts- und Gewerbesteuer befreit wurden.

"Die Erbitterung auf allen Ebenen der Gewerkschaften war bereits so groß, daß das Lohn-Preis-Abkommen nur mehr mit der Begründung, es sei das letzte, und mit 'höheren' gesamtwirtschaftlichen Interessen der Gesundung der Wirtschaft, der Erhaltung der Vollbeschäftigung und der Freiheit des Landes zu rechtfertigen war." (Prader, S. 65 nach: "Arbeit & Wirtschaft", 6/49).

Im September 1949 war die Produktion im Vergleich zu März 1947 um 186% höher. "Etwas mehr als ein Drittel dieser Steigerung war auf eine Zunahme des Beschäftigungsstandes zurückzuführen, während die restlichen zwei Drittel die Frucht einer 109%igen Steigerung der Produktion pro Arbeiter darstellen. Diese setzt sich aus einer 24%-igen Steigerung der Arbeitszeit und einer Steigerung der Leistung pro Arbeitsstunde um 70% zusammen." (Prader, S. 65 aus: Monatsberichte des ÖIW 10/1950).

Die Marshallplan-Länder mußten 1949 ihre Währungen abwerten, um das Zahlungsbilanzdefizit gegenüber Amerika abzubauen (d.h., um die eruopäische Arbeitskraft gegenüber der amerikanischen billiger zu machen), was im November 1949 zu einer neuerlichen Reallohnminderung führte. Im Dezember 1949 war der Index bereits 28% über den Löhnen. Die Arbeitslosigkeit erreichte im Winter 1949/50 mit fast 200.000 vorgemerkten Arbeitslosen kanpp die 10%-Rate.

Unter dem Druck großer Massenstreiks in ganz Österreich mußte die Gewerkschaftsführung den Einzelgewerkschaften Verhandlungen über eine sogenannte "Überbrückungshilfe" zugestehen, setzte aber - "erstmalig in der Geschichte der Gewerkschaften" (Prader, S. 66) - eine Obergrenze fest, und zwar ein Viertel eines Monatsbezuges (während die Forderungen aus den Betrieben auf einen ganzen Monatsbezug lauteten). Aber auch das konnte von den Arbeitern nur durch Streiks und Demonstrationen (z.B. der Bauarbeiter in Graz, Klagenfurt und Innsbruck) durchgesetzt werden.

DAS 4. LOHN-PREIS-ABKOMMEN:

Die Notwendigkeit dieses Abkommens resultierte aus der Wendung der USA zur aggressiven Rüstung für den Korea-Krieg in der Mitte des Jahres 1950. Die Marshall-Hilfe wurde gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1949/50 um fast 100 Mio. Dollar auf 165 Mio. Dollar gekürzt. Nach Auffassung der Gewerkschaftsführung sollte das durch niedrigere Löhne und durch eine Steigerung der Weltmarktpreise kompensiert werden. Inhalt des 4. Lohn-Preis-Abkommens war daher dann letztlich der prinzipielle Abbau der Lebensmittelsubventionen aus dem ERP-Fonds; die Er-

---

4) Auf die theoretische Fundierung der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung dieser Lohnpolitik, die berühmte "Lohn-Preis-Spirale" werden wir erst in einer unserer nächsten Nummern in Zusammenhang auch mit der heutigen Lohnpolitik eingehen können.

zeugerpreise für Brotgetreide und Zuckerrüben wurden erhöht, ebenso Strom- und Massenverkehrstarife; Brot-, Mehl-, Zucker- und Hausbraunkohlepreise wurden ebenfalls angehoben.

"Schon im August und in den ersten drei Septemberwochen war es zu größeren Ausständen gekommen. Als das neue Lohn-Preis-Abkommen nach langwierigen, sich über Monate hinziehenden Verhandlungen hinter verschlossenen Türen und unter Ausschaltung der mittleren und unteren Ebenen der Gewerkschaften 'überstürzt' bekanntgegeben wurde, konnte es nicht einmal von den sozialistischen Betriebsräten und Vertrauensleuten akzeptiert werden. Spontan brach ein Generalstreik aus, an dem sich in der ersten Phase etwa 120.000 Arbeiter aktiv beteiligten. Obwohl die Forderungen der Streikenden nur gewerkschaftlich-ökonomischer Natur waren, mußten sie unter den Bedingungen einer Identität von staatlicher und zentraler gewerkschaftlicher Lohnpolitik sofort unmittelbar politischen Charakter erhalten und sich gegen die Gewerkschaftsführung richten." (Prader, S. 68)

Der Widerstand gegen die kapitalistische Restauration - die Niederlage

"Die Enttäuschung über die neuerliche Restauration des Kapitalismus, die vor allem in der elenden Lage der arbeitenden Bevölkerung spürbar wurde, schlug sich entsprechend der vorherrschenden sozialistischen und demokratischen Illusionen erst spät in gewerkschaftlichen und politischen Aktionen nieder. Die ersten Anzeichen einer solchen betrieblichen Protestbewegung waren Generalstreikdrohungen in Salzburg im Sommer 1946, die in einem eintätigen Proteststreik im Pinzgau gipfelten und mit der ersten generellen Lohnerhöhung für ein ganzes Bundesland abschlossen...

...Zu den ersten größeren spontanen Streiks kam es bereits im Mai 1946, vor allem in der Obersteiermark. Die Gewerkschaften übernahmen teilweise noch die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen, aber nur auf Landesebene... Mitte Juni 1946 warnten ÖGB und das sozialistisch geführte Ernährungsministerium vor einem Generalstreik, weil sonst die sowjetischen Truppen das als Grund nehmen würden, um weiter im Land zu bleiben...

...Im Oktober 1946 folgten eine Reihe von wilden Ernährungsstreiks im ganzen österreichischen Bundesgebiet. Allein in Niederösterreich beteiligten sich 72 Betriebe an solchen 'Kalorienstreiks'. Am 5. Mai 1947 demonstrierten über 20.000 Arbeiter vor dem Bundeskanzleramt und dem Gebäude des ÖGB. Am nächsten Tag streikten in Wien und Umgebung 114 Betriebe. Die KPÖ wurde jetzt in der betrieblichen Protestbewegung aktiv, die sich gegen die Nichteinhaltung der Lebensmittelaufrufe, die zunehmende Kluft zwischen Löhnen und Preisen, die 'Nazilohnsteuer' und die allgemeine Mißwirtschaft wandte... Nicht eine der den Normen sozialer Gerechtigkeit des Wiederaufbaus entsprechenden Maßnahmen war ergriffen worden, obwohl sie die Regierung Figl bei ihrem Antritt versprochen hatte.

Für die sich entfaltenden innergewerkschaftlichen Gegensätze war es bedeutsam, daß sich die Gewerkschaftsführung von diesen Demonstrationen distanzierte und staatliche Exekutive und Bourgeoisie mit Methoden des Kalten Krieges dagegen einschritten. Die Minister Gruber und Helmer bezeichneten die Demonstrationen als Aktionen von Kommunisten und Ausländern (Griechen und Albaniern) und versuchten damit, amerikanische Militärpolizei zum Einsatz zu bringen, was nur durch den russischen Stadtkommandanten verhindert werden konnte... Die Polizei arbeitete bereits mit einer Vorform der Putschlüge, die Gewerkschaftsführung denunzierte die Demonstrationen als 'wilde Streiks' und beharrte auf ihrem Monopol der Streik- und Demonstrationsbewilligung.

Dennoch stellte sich die große Mehrheit der Betriebe in Resolutionen hinter die Kampfziele...

...Die Stillhaltepolitik der KPÖ - der einzigen Gegenkraft zur großen Koalition - endete aber erst, als die wesentlichen Mechanismen der kapitalistischen Marktwirtschaft wieder fast völlig funktionierten - nach dem 1. Lohn-Preis-Abkommen und der Währungsreform. In diesem Moment war es freilich schon zu spät...

Der Schuharbeiterstreik 1948: Auf der Grundlage einer restriktiven Auslegung des neuen Kollektivvertragsgesetzes starteten die Unternehmer eine Offensive: Sie versuchten, die 48-Stundenwoche wieder einzuführen... Am Schuharbeiterstreik waren 4.750 Arbeiter während 62 Tagen beteiligt...

...Als kommunistische Sekretäre den Streik der Schuharbeiter gegen den Willen der zuständigen Fachgewerkschaftsführung und des ÖGB-Präsidenten Böhm organisierten, gingen die sozialistischen und christlichen Gewerkschaftsführer hart vor: Als es nicht gelang, den Streik durch den Vorsitzenden der Textil-, Schuh- und Lederarbeitergewerkschaft Frühwirt zu verhindern, schaltete sich die Regierung ein und vermittelte. Nach fünf Wochen Streik waren den Streikenden auf Beschluß des Alliierten Rates durch Ernährungsminister Sagmeister (SPÖ) die Lebensmittelzusatzkarten entzogen worden...

...Die politischen Schwierigkeiten und hohen Kosten, die solche Streiks mit sich brachten, machten den ÖGB noch kampfunwilliger als er es ohnehin schon immer war: Der dreiwöchige Streik der Arbeiter des graphischen und papierverarbeitenden Gewerbes kostete 673.000 Schilling, der Schuharbeiterstreik im Frühjahr 1948 drei Millionen Schilling. Die Produktionsausfälle paßten nicht in das gesamtwirtschaftliche und harmonische Wiederaufbaukonzept des ÖGB. Außerdem mußte man immer damit rechnen, daß Streiks unter kommunistischen Einfluß gerieten. Gegen solche politische und ökonomische Kosten zählte der Erfolg des Schuharbeiterstreiks - die 44-Stundenwoche - wenig...

Die Kampfaktionen vor dem 2. Lohn-Preis-Abkommen: ...Am Beispiel der Streikbewegung in der Obersteiermark Ende Juli 1948 bis Mitte September 1948 läßt sich sehr gut das Verhältnis kooperativer Gewerkschaftspolitik zur betrieblichen Interessensvertretung nachzeichnen: Am 30. Juli beschlossen die Böhler-Arbeiter in Kapfenberg eine einhalbtägige Arbeitsniederlegung. 2.000 Arbeiter protestierten vor der Werksdirektion, die eine Erfüllung der Forderung nach einer Lohnerhöhung bis 15. August versprach. Am 31. Juli trat auch der Zentralvorstand der Metall- und Bergarbeiter für höhere Löhne ein. Die sozialdemokratische Presse versuchte, diese Lohnforderungen zu verschweigen. Am 15. August gab es in der VÖEST Proteststreiks gegen die sogenannten Bettelscheine, eine Form von Fleischverbilligungsscheinen. Am 16. August forderte die Landesleitung der Kärntner Chemiearbeiter Lohnerhöhungen. Eine Veröffentlichung dieser Forderungen verhinderte jedoch der Präsident der Landesexekutive Kärnten des ÖGB. In Donawitz legten die Arbeiter am 18. August 1948 die Arbeit nieder und forderten Mehl und Frischfleisch. Am nächsten Tag verlangten die Vertrauensmänner der Hütte Donawitz einstimmig eine 25%-ige Lohnerhöhung, die Abschaffung der Bettelscheine und die Erhöhung der Lebensmittelrationen. Die Bundesvorstandssitzung am 19. August 1948 lehnte es jedoch ab, die Lohnfrage überhaupt zu behandeln, weil eine Erhöhung der Realeinkommen nur auf dem Wege von Preissenkungen möglich sei...

...Am 24. August kam es bereits wieder zu einem 24-stündigen Streik von 4.000 Arbeitern in Kapfenberg, dessen Ursache die miserable Lebensmittelversorgung war. Zur gleichen Zeit liefen bereits die Geheimverhandlungen über ein neues Lohn-Preis-Abkommen... Den Widerstand der Kapfenberger Arbeiter wollte die Betriebsleitung dadurch brechen, daß am 11. September 158 Beschäftigte aus 'wirtschaftlichen Gründen' entlassen wurden. Dennoch gab es am 15.9. in der ganzen Oststeiermark Protestversammlungen mit Arbeitsniederlegungen bei Alpine-Montan Donawitz, Schoeller-Bleckmann (Mürzzuschlag) und Waagner-Biro (Graz)... In Steyr und Mauthausen wurde ebenfalls gestreikt... In Kapfenberg war nach den Entlassungen vom 15. September der Betrieb von Werkschutz und Gendarmerie besetzt worden. Unter dem Druck dieser Ereignisse wurde das Verhandlungsergebnis des 2. LPA bekanntgegeben. Zwar hörten auch an diesem Tag die Versammlungen und betrieblichen Bewegungen nicht auf, aber der betrieblichen Protestbewegung war fürs erste einmal die Spitze gebrochen worden." (Aus: Prader, S. 91-98)

Auf die Kämpfe nach dem 3. Lohn-Preis-Abkommen zur Durchsetzung einer "Überbrückungshilfe" Ende 1949 und die großen Ausstände im August und Anfang September 1950 vor Abschluß des 4. Lohn-Preis-Abkommens ("Zwischen 2. August und 24. September 1950... verlangten 88 große Betriebe aller Branchen Lohnerhöhungen zwischen 15 und 30%. Diese Forderungen wurden von 23 Gewerkschaftskonferenzen zweier Fachgewerkschaften aufgegriffen", so E. Epler in: Der große Streik in Wien, S 22) haben wir schon hingewiesen."Anstatt der geforderten Lohnerhöhungen von 15 bis 30% brachte das Abkommen nur 10 bis 15%, aber in Verbindung mit weiteren horrenden Preiserhöhungen" (Gruber/Hörzinger, S. 25).

Ab Montag, dem 25. September kommt es in Wien, Oberösterreich, in den Industriebezirken Niederösterreichs und in der Steiermark und in Salzburg zu Streikaktionen, die sich rasch ausdehnten. Insbesondere wurden die Wiener und niederösterreichischen USIA-Betriebe, die VÖEST und die Stickstoffwerke, die Steyr-Werke und die Alpine-Montan in Donawitz sowie Kaprun (Kraftwerksbau) erfaßt. (Eine genaue Schilderung dieses größten Arbeitskampfes in der 2. Republik findet sich in der Gruber/Hörzinger-Broschüre "..bis der Preistreiberpakt fällt". Wir gehen hier nicht genauer darauf ein, zumal es uns vor allem auf die Einschätzung der ganzen Bewegung seit 1945 ankommt und deren Niederlage mit der Zerschlagung dieses Streiks). Massendemonstrationen von Zehntausenden finden in Wien und Linz statt. Beteiligt an diesen Aktionen sind neben den Kommunisten auch SP-Funktionäre (sogar Arbeiterkammerräte, lt. Hillegeist, dem damaligen GPA-Vorsitzenden) und vor allem in Oberösterreich die Masse der VdU-Anhänger. Nachdem die ÖGB-Führung alles gegen den Streik unternimmt, gelingt es weder den SP- noch den KP-Funktionären, den Streik unter ihre Kontrolle zu bringen. Nicht erst die Unterbrechung des Streiks durch die Kommunisten ab 27. September hat zur Niederlage geführt, sondern das Fehlen von geeigneten Kräften, die ihn organisieren hätte können, nachdem die SP-ler zurückgepfiffen worden waren; die Kommunisten waren dazu nicht ausreichend verankert und die "Putschlüge", die Innenminister Helmer am 3. Oktober durch die "AZ" verbreiten läßt, war der letzte Anstoß dazu, daß der für 4. Oktober geplante Generalstreik nicht mehr durchgeführt wurde. (Ronald Gruber schätzt, daß sich über 200.000 Arbeiter an den Kämpfen beteiligten.)

Mit der Niederschlagung des Höhepunktes der Kampfbewegung der österreichischen Arbeiterklasse gegen den Wiederaufbau des Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg und mit dieser Niederlage der Arbeiterklasse war der kapitalistische Weg Österreichs gesichert, die "Phase des Wiederaufbaus" beendet, das 5. Lohn-Preis-Abkommen vom Juli 1951 ein Schlag ins Wasser ("die Vereinbarung war kaum unterzeichnet, als Preise und Löhne sofort wieder zu steigen begannen" - Franz Nemschak: Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945 - 1955, S. 73), der neue Raab-Kamitz-Kurs drückte sich vor allem in der Einschränkung der öffentlichen Investitionen und in deflatorischer Geld- und Beschäftigungspolitik aus. "Die Gewerkschaften anerkannten sogar die Notwendigkeit einer 'Stabilisierung' und lehnten nur das Ausmaß der Investitionsrestriktion und der Arbeitslosigkeit ab." (Prader, S. 71) Der ÖGB war als Ordnungsfaktor anerkannt.

-usb-

SERIE

Geschichte der Arbeiterbewegung österreichs in der 2. Republik

In den ersten Teilen dieser Serie befaßten wir uns mit den historischen Ereignissen nach der Kapitulation Hitler-Deutschland (militärische Befreiung Österreichs, Bildung einer Provisorischen Regierung, erste Wahlen in der 2. Republik und Koalitionsregierung) und setzen nun im Kapitel "Der Wiederaufbau" - nachdem wir das letzte Mal die Gründung des ÖGB beleuchtet haben - fort.

DIE GEWERKSCHAFTSPOLITIK ORDNET SICH DER KOALITIONSPOLITIK UNTER

Bereits im Mai 1945 hatte die Provisorische Regierung in rund 6.000 Betrieben öffentliche Verwalter eingesetzt (in einem Großteil der Betriebe waren ja Unternehmer und Manager geflohen - v.a. in den Großbetrieben, die vom deutschen Kapital errichtet oder erweitert worden waren). Die Hauptlast der Aufbauarbeit in der Produktion wurde von den Arbeitern selbst getragen. Dieses Bewußtsein der selbständigen Ingangsetzung der Produktion bildete einen mächtigen Auftrieb des Wiederaufbaus und fand seinen Ausdruck in Forderungen nach Sozialisierung (Verstaatlichung) der Industrie in fast all ihren Sektoren.

In den Augen vieler sozialdemokratischer und kommunistischer Politiker und Gewerkschafter (und wohl auch der Mitglieder) war das Ende des Kapitalismus schon gekommen, eine orthodoxe kapitalistische Politik war in der Öffentlich diskrediert - gerade die bürgerlichen Politiker gaben sich am "sozialistischsten": "Die ÖVP trat mit dem Anspruch auf, das legitime Pendant zur britischen Labour-Party - die gerade einen riesigen Wahlerfolg errungen hatte und einen mächtigen propagandistischen Druck in ganz Europa ausübte - zu sein." (Prader, S. 18, s. Fußnote 1). *"Klassenkämpfe im Sinne betrieblicher Kämpfe schienen zunächst gar nicht notwendig und möglich. Sie schienen auch großteils keinen Adressaten zu haben. Dort, wo Unternehmer oder reaktionäre öffentliche Verwalter Widerstand leisteten, mußten sie meist zurückweichen.... Die momentane Vorherrschaft der Arbeiterklasse lag der Zusammenarbeitsbereitschaft der österreichischen Unternehmer zugrunde, erzeugte aber bei den Arbeitern auch Illusionen von der Macht der Arbeiterklasse und verbreitete eine gefährliche Sorg- bzw. Ahnungslosigkeit über die wirklichen Mechanismen kapitalistischer Restauration...* (Prader, S. 19 und Anmerkung S. 101).

Mit dem Arbeiterkammergesetz vom 20. Juli 1945 wurden die Arbeiterkammern wiedererrichtet. Renner, der schon in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg die "Vorzüge" der ständischen Interessensvertretungen der Arbeiter zu deren Niederhaltung erproben konnte, predigte 1945: Ziel der Kammer sei die Ausbildung von Kadern, "welche neben den oft ausgezeichnet geschulten Vertretern der übrigen Kammern den Staat beraten und die eigenen Auftraggeber über alle gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge aufklären... In dieser Funktion sind die Arbeiterkammern nicht Organe des sozialen Krieges, sondern Mittler zum sozialen Frieden. Fragen, die vormals oft nur auf der Straße ausgetragen werden konnten, entscheiden sie am Konferenztisch..." (Arbeiter-Zeitung vom 28.6. 1945; zitiert nach "Klassenkampf" 4/79)

Die Arbeiterkammern orientierten sich an ihrem - längst vor ihnen entstandenen - Pendant, den Handelskammern (Bundeswirtschaftskammer der gewerblichen Wirtschaft) als Audruck der politischen "Gleichberechtigung" der Arbeiter im demokratischen Staat und wurden in diesem Sinne auch anfangs als "Organe eines Übergangs in die sozialistische Planwirtschaft" gehandelt, schlußendlich jedoch nur mit der Kompetenz von Gesetzesbegutachtungen und -vorschlägen ausgestattet. "Die Land- und Forstarbeiter wurden aufgrund des Widerstands des Bauernbundes nicht in die Arbeiterkammern aufgenommen und deren Einbeziehung in arbeitgeberabhängige "gelbe" Landarbeiterkammern zugelassen (vgl. "Die neuen Arbeiterkammern und ihre Aufgaben ", in: der österreichische Arbeiter und Angestellte, Nr. 4, 8.9.1945, S. 1). Solche Zugeständnisse sollten während der ganzen Wiederaufbauzeit und danach die Regel werden." (Praderm S. 20)

..*"Das Stellvertreter-Verständnis der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vermengt sich mit einer unklaren, klassenunspezifischen Sicht des Staates: 'Heute kann sich die Arbeiterschaft eine Verneinung des Staates nicht mehr leisten; zu schwer waren die Folgen dieser Haltung. Wie sie in der Politik des Bürgertums abgelöst und dessen Platz eingenommen hat, muß dieses auch in der Verwaltung geschehen.' In den 'Zeiten des Umbaues der planlosen Privatwirtschaft in die gelenkte sozialistische Planwirtschaft' sollen die Arbeiterkammern den Arbeitern 'Zutritt zu den höchsten Verwaltungsstellen der Staatsverwaltung'ebnen."* (Prader, Anmerkung S. 101, zitiert hier aus: Die neuen Arbeiterkammern, s.o.)

Nach den Wahlen beschloß der ÖGB-Vorstand ein Forderungsprogramm an die Regierung, welches (lt. Klenner, "Die österreichischen Gewerkschaften", Bd. 2, S.1406) "die einmütige Zustimmung der am 7. Dezember im Großen Musikvereinssaal abgehaltenen Wiener Betriebsräte- und Vertrauenspersonenversammlung fand." Enthalten waren darin insbesondere die Forderung nach "Planung der Produktion und Verteilung der Güter, insbesondere der Rohstoffe" - Schaffung eines Wirtschaftsministeriums, "auf dessen Führung der ÖGB maßgebenden Einfluß beanspurcht"; Bodenreform, Verstaatlichung des Bergbaues, der Schlüsselindustrien, der Energiewirtschaft...; Schaffung eines Betriebsrätegesetzes, "das das Mitbestimmungsrecht aller Arbeiter und Angestellten in den Betrieben sichert"; Selbstverwaltung aller Sozialversicherungsträger; Verbesserung der Ernährungslage, Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot.

Von den meisten dieser Forderungen wurden nur Teile im Rahmen des staatlichen Interventionismus verwirklicht. Die Forderungen nach einer Bodenreform und einem gewerkschaftlichen Wirtschaftsministerium - Ausdruck der Forderung nach "sozialistischer" Wirtschaftsplanung - wurden überhaupt bald fallengelassen.

(Umgekehrt wiederum appellierte Bundeskanzler Figl an die "unerläßliche Mitarbeit des Gewerkschaftsbundes" und betonte, daß in Abkehr von der Vergangenheit den Arbeitern soziale Gerechtigkeit zuteil werden müsse.)

"Die notwendige Ergänzung dazu, daß die sozialistische Partei- und Gewerkschaftsführung weder einen Weg zum Sozialismus wußte, noch den Willen hatte, dieses Ziel zu erreichen, war die Politik der revolutionären Phrase im Alltag der Gewerkschafts- und Parteiarbeit. Revolutionäre Aufrufe wie der des wirtschaftspolitischen Sprechers des SP-Parteivorstandes auf der Wiener Konferenz der sozialistischen Betriebsfunktionäre am 15. Mai 1946 waren typisch: 'Diesmal wird es allen jenen, die Nutzen aus dem Elend unseres Volkes gezogen haben und noch zu ziehen verstehen, nicht gelingen, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen! Die werktätigen Schichten haben es satt, stets die Betrogenen zu sein. Die Hauptkosten für den Wiederaufbau sollen jene tragen, die, infolge ihrer von Besitz und Machtgier bestimmten Politik, das heutige Elend mitverschuldet haben,(...). Die Zeit des Sturmangriffes auf die Reste der kapitalistischen Welt ist gekommen (...), brecht auf das Tor in die Zukunft!' (Alfred Migsch, zit. nach "Die Arbeit", Oktober 1947, S. 38f)

Die radikale antikapitalistische Rhetorik sollte praktische Aktionen der Arbeiter verhindern. Weil in den Betrieben die Unruhe der Arbeiter am größten war, sahen sich die sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre zu verbalen 'revolutionären' Zugeständnissen an die Stimmung der Massen gezwungen. Die Taktik wechselte beliebig: Einmal wurde zur Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse aufgerufen, das andere Mal wurde überhaupt geleugnet, daß es noch etwas zu verändern gäbe, denn: 'Wir haben praktisch kein kapitalistisches System mehr im Lande. In Wirklichkeit gilt es aus Trümmern etwas Neues zu bauen.'" - Alfred Migsch auf dem Parteitag 1946 der SPÖ, PTP 1946, S. 101. (Prader, S. 22f)

Hand in Hand mit der langsam wieder anlaufenden Industrieproduktion - nachdem die Aufräumungsarbeiten zum Großteil verrichtet waren -, erhöhte sich die Beschäftigung in der Industrie von August 1945 bis Juni 1946 um rund 33% (das Produktionsvolumen stärker) und sanken die Lebensmittelrationen bis auf 700 Kalorien für "Normalverbraucher". Die Preise auf dem offiziellen Markt stiegen (während sie auf dem Schwarmarkt wegen der sinkenden Kaufkraft der Massen leicht sanken), hingegen die Löhne stiegen kaum. In einer Reihe von Betrieben kam es zu Streiks.

Wird fortgesetzt

Postgebühr bar bezahlt

Empfänger:

IMPRIME A TAXE REDUITE

Absender: Kommunistischer Bund Österreichs 1020 Wien Krummbaumgasse 1

DRUCKSACHE